

Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus
Heft 7

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

Das Gothaer Programm

Beschlossen auf dem
Vereinigungs-Kongreß der Sozialdemokraten Deutschlands
in Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875



Bollwerk-Verlag Karl Drott Offenbach a. M.

1947

PV 11838

A28821
Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

INHALTSVERZEICHNIS:

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 3 |
| Tagesordnung | 12 |
| Der Entwurf des Parteiprogramms | 12 |
| Die Organisation der deutschen Arbeiterpartei | 13 |
| Anträge zum Programm | 16 |
| Anträge zur Organisation | 20 |
| Liebknechts grundsätzliche Rede 1874 | 20 |
| Eröffnungssitzung am 22. Mai 1875 | 45 |
| Zweite Sitzung am 23. Mai 1875 | 46 |
| Dritte Sitzung am 24. Mai 1875 | 60 |
| Beratung des Programms der deutschen Arbeiter-Partei | 62 |
| Vierte Sitzung am 25. Mai 1875 | 73 |
| Fünfte Sitzung am 25. Mai 1875 | 81 |
| Das angenommene Programm | 86 |
| Sechste Sitzung am 26. Mai 1875 | 90 |
| Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands | 102 |
| Siebente Sitzung am 27. Mai 1875 | 105 |
| Verzeichnis der Delegierten, Ort und Zahl der Mitglieder | 114 |
| Anhang | |
| Eisenacher Programm | 122 |
| Aus Anträgen Coburg 1874, die Vorschläge zur Änderung | 123 |
| Kritik Karl Marx' am Gothaer Programm | 136 |

Nachdruck- und Übersetzungsrecht vorbehalten

Auflage: 2500 / Dezember 1947

Veröffentlicht unter Zulassungs-Nr. US-W-2023 der Nachrichtenkontrolle der Militär-Regierung

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten.

Copyright by Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M.

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach · Buch- und Kunstdruckerei W. R. Rudolph

Vorbemerkung

Gotha 1875

Man schrieb das Jahr 1869. Der unter der Führung Ferdinand Lassalles gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte sich machtvoll entwickelt. Aber der Vorsitzende der Organisation, v. Schweitzer, handelte mitunter etwas eigenmächtig. Da eine Reihe Mitglieder sich dagegen verwarnten, kam es zum Bruch, als eine wirklich demokratische Organisation gefordert wurde. Am 7. August beriefen Schweitzers Gegner nach Eisenach den Allgemeinen Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß ein. Unterzeichner des Aufrufs waren neben anderen August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Aber die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hielten jedoch in der Mehrzahl zu v. Schweitzer — die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung war damit Tatsache geworden. So sonderbar es jedoch klingen mag: diese Zersplitterung hatte ebenso viele Vorteile wie Nachteile.

V. Schweitzer hatte die größere Organisation hinter sich, aber sein Programm war nicht klar genug, es war ziemlich verschwommen. V. Bismarck hatte — was damals unbekannt war — Bestechungsgelder an v. Schweitzers Redaktionskollegen v. Hofstetten in Höhe von 2500 Talern gegeben, kurz und gut, es war die machtvollere Organisation. Ihr entgegen standen die „abtrünnigen“ Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des neuen Verbandes der deutschen Arbeitervereine.

Jede Richtung mußte sich ein klares Programm zulegen, eine überzeugende Propaganda durchführen und eine aufwärtsstrebende Entwicklungstendenz seiner Mitgliederzahl sich zum Ziel setzen. August Bebel erwies sich neben Wilhelm Liebknecht als der geborene Organisator. Das Eisenacher Programm, kombiniert aus dem Nürnberger in seinen grundsätzlichen Abschnitten und dem Chemnitzer in seinem aktuellen Teil, erwies sich sehr bald als ein hervorragendes Agitationsprogramm. Es kam hinzu, daß die wesentlichen Forderungen Lassalles in diesem Programm berücksichtigt wurden, obwohl die Forderung nach Errichtung staatlicher Produktionsgenossenschaft und Bereitstellung von Staatskrediten damals bereits als fragwürdig angesehen, sogar offene Ablehnung fanden. Der lassalitreue Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sah in diesem „Eisenacher Programm“ im wesentlichen sein eigenes Programm, obwohl auch die eigentlichen Forderungen des „Kommunistischen Manifestes“ hier zu finden waren.

Das „Eisenacher Programm“ war somit weniger ein Kampfprogramm als eine ausgesprochene Kompromißlösung, die sich aber gerade deshalb bewährte. Die Richtung der „Eisenacher“, wie die Anti-Schweitzerianer nunmehr genannt wurden, hatte noch die schwächere Organisation, aber die besseren Aussichten. Zuerst fielen die bayrischen Lassalleaner von Schweitzer ab, August Bebel bemühte sich jedoch vergeblich, die bayrischen Arbeiter zum Anschluß an die „Eisenacher“ zu bewegen. Weitere Schwierigkeiten hatte v. Schweitzer mit der Gräfin Hatzfeldt, der Kampfgefährtin Ferdinand Lassalles, die behauptete, daß Schweitzer sich gegen den Streik ausgesprochen habe und gemeinschaftsfeindliche Auffassungen vertrete.

Unerfreulich waren die internen Kämpfe zwischen den Lassalleanern und Eisenachern. Die Pressefehde nahm an Heftigkeit zu, in den Versammlungen gab es immer wieder unliebsame Szenen. Die Fortschritte der Eisenacher waren jedoch nur gering, ihre in Eisenach beschlossene Form der Organisation war viel zu schwerfällig, man hatte sich besonders schützen wollen vor einer zwangsweisen Auflösung und bemerkte, daß ein Organisationsapparat vorgesehen war, dem niemals wirkliches Arbeiten, tatsächliches Funktionieren gegeben war. Die Lassalleaner dagegen hatten wiederum innere Schwierigkeiten, Streitigkeiten, ihre Presse hatte Einbußen an Umfang und Auflageziffern.

Der entscheidende Schritt zur sich anbahnenden Versöhnung geschah auf dem Stuttgarter Pfingstkongreß der Eisenacher im Jahre 1870. Die in Eisenach beschlossene umständliche Form der Organisation und ihrer Unterteilung der Mitgliedschaften des Einzelnen in Lokalverein, Gesamtpartei und Internationale wurde aufgehoben, auf selbständige Lokalvereine verzichtete man. Es gab fortan lockere Mitgliedschaften, die Vertrauensmänner und Revisoren benannten. Dadurch ergaben sich zahlreiche örtliche Diskussionsmöglichkeiten zwischen Eisenachern und Lassalleanern. Auch die bisherigen Streitpunkte konnten einer Klärung zugeführt werden: vor allem in der Gewerkschafts- und Agrarfrage.

Obwohl man sich im Grundsätzlichen immer stärker näherte, gab v. Schweitzer einen Beschluß der Lassalleaner bekannt, daß bei notwendig werdenden Stichwahlen seine Anhänger immer für den fortschrittlichsten Kandidaten, niemals jedoch für einen Eisenacher stimmen sollten — auch dann nicht, wenn in der Stichwahl ein reaktionärer Konservativer einem August Bebel oder Wilhelm Liebknecht, oder einem anderen Sozialdemokraten gegenüberstände. Die Diskussion hierüber wurde jedoch übertönt durch die kurz danach stattfindende Abstimmung über die Berichtigung der Kriegskredite für den Feldzug gegen Frankreich: Liebknecht und Bebel enthielten sich der Stimme, der Eisenacher Fritzsche stimmte ebenso mit „Ja“ wie die beiden Lassalleaner v. Schweitzer und Hasenclever.

Diese Abstimmung hatte schwerste Folgen, der Parteiausschuß der Eisenacher war höchst unzufrieden, er bekannte sich zu dem Grundsatz, daß der deutsche Arbeiter diesen Krieg unterstützen müsse, weil es ein

Verteidigungs- und kein Angriffskrieg sei. Liebknecht wiederum betrachtete diese Stellungnahme des Parteiausschusses als eine rein persönliche, auch wenn dessen fünf Mitglieder die vom Kongreß gewählten Führer der Partei waren. Es muß betont werden, daß die Eisenacher im großen ganzen hinter der Meinung des Ausschusses standen — tiefgehende Konflikte schienen sich zusammenzuballen, aber das schnelle Ende des Krieges ergab völlig neue Problemstellungen.

Die bürgerlichen Politiker hatten bisher nur von einem Verteidigungskrieg gesprochen, nach dem Sieg wandten sie sich in einer gemeinsamen „Adresse“ an die Nation, um die Annexion Elsaß-Lothringens zu fordern. Der Parteiausschuß wandte sich sofort gegen diese Absichten, in machtvollen Massenversammlungen sprachen hier die Eisenacher sich für einen großzügigen Frieden mit der französischen Republik aus, gegen die Annexion Elsaß-Lothringens und für eine Bestrafung Bonapartes und der übrigen Verantwortlichen. Es ist, historisch gesehen, außerordentlich interessant, daß der Parteiausschuß sich an Karl Marx wandte und ihn um seine Stellungnahme bat. Mit unheimlicher Klarheit sagte Karl Marx voraus, daß die Annexion Elsaß-Lothringens zu einer Todesfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich führe und zugleich die Vorherrschaft Rußlands in Europa begründe, durch die Annexion gäbe es keinen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand.

In jenen Tagen war dieses Bekenntnis zu einem ehrenvollen Frieden für den unterlegenen Gegner jedoch nicht nur eine Herausforderung sämtlicher deutscher Chauvinisten, sondern sogar der Fortschrittler und Liberalen, etwa jener Kreise, die bis 1873 bei den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu finden waren. Der gesamte Parteiausschuß der Eisenacher wurde verhaftet, in Ketten gelegt und nach dem ostpreussischen Lötzen transportiert, wo er in der Feste Bergen eingekerkert wurde. Die Proteste gegen die Annexion Elsaß-Lothringens gingen weiter, Bismarck schritt ein mit der Begründung, diese Protestaktion unterstütze die französische Widerstandsbewegung. Richtig war das Gegenteil, denn die deutschen Annexionsabsichten entfachten den Widerstand der Franzosen, nicht aber die Kundgebungen der sozialdemokratischen Arbeiter.

Bismarck erklärte, daß Elsaß-Lothringen annektiert wird, für die Fortführung des Krieges benötige er eine Anleihe. Neben August Bebel und Wilhelm Liebknecht stimmten im norddeutschen Reichstag auch die Lassalleaner gegen den Anleiheantrag, ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten verlangte Verzicht auf die Annexion, hier spaltete sich bei der Abstimmung jedoch die lassalleanische Fraktion, nur Schweitzer und Hasenclever unterstützten den Antrag. Die Nationalisten tobten in ihrer Presse über die „vaterlandslosen Gesellen“, aber die Geschichte bewies, daß es richtiger gewesen wäre, auf diese Mahner zu hören. Die Weissagung des sozialistischen Abgeordneten Schrapf vor der Tribüne des Reichstages hat sich bewahrheitet, wenn auch Jahrzehnte später: „Ich glaube nicht, daß das Deutsche Reich tausend Jahre bestehen wird wie das früher; ich glaube vielmehr, ehe zwanzig Jahre vergehen, wird die

Lage eine andere sein nach der Gestaltung der Dinge, die sich jetzt im Westen vorbereiten.“ Das Reichstagsprotokoll verzeichnet große Heiterkeit und Unruhe. Noch schärfer sprach August Bebel, als der Reichstag seine Zustimmung zur Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem übrigen Deutschland geben sollte. Nur ein einziger Satz sei aus dieser Rede hervorgehoben, der das ganze „Steinigt ihn“ der Nationalisten und Militaristen auf ihn vereinigte. Bebel sagte: „Der einzige Vorteil, den ich in der Annexion von Elsaß-Lothringen erblicke, ist der, daß gerade die revolutionären und republikanischen Tendenzen, die meiner Überzeugung nach in einem großen Teil der Bevölkerung Elsaß-Lothringens leben, jetzt nach Deutschland mit hinübergenommen werden, und daß Elsaß-Lothringen den Keil bildet, der es uns möglich machen wird, das gesamte monarchistische Deutschland aus den Fugen zu treiben.“

Die deutsche Reaktion ging zum Angriff über; der soeben siegreich beendete Krieg entfachte einen üblen Hurratriotismus. Ein großer Teil der Arbeiterschaft stand als Einberufene noch in Frankreich, die Stimmung der breiten Masse war für die Annexion, die reaktionäre, aber auch die liberale Presse brachten Artikel über den französischen Feldherrn Turenne, der das alchwürdige Heidelberger Schloß in die Luft sprengte, man erinnerte an Ludwig XIV. und an die Reunionskammern und an die Tage der Ohnmächtigkeit des Deutschen Reiches: Eine fürchterliche Wahnniederlage der Eisenacher und Lassalleaner war die berechnete Folge. 62952 Stimmen zählten die Lassalleaner, 38975 die Eisenacher. Das waren etwa 3% aller abgegebenen Stimmen, ein Frauenwahlrecht existierte damals noch nicht. August Bebel wurde, obwohl ihm der populäre Schulze-Dalitzsch gegenüberstand, im sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane gewählt, neben ihm nur noch Schrapf im benachbarten Wahlkreis Zwickau-Krimmitschau. Alle anderen Kandidaten unterlagen im ersten Wahlgang oder in der Stichwahl, die Lassalleaner gewannen trotz ihrer wesentlich höheren Stimmenzahl keinen einzigen Abgeordnetensitz.

Es ist ganz selbstverständlich, daß unter diesen Umständen sich eine versöhnende Haltung zwischen Eisenachern und Lassalleanern anbahnte. V. Schweitzer, der unumschränkte Führer der Lassalleaner, erklärte am 24. März 1871, sich zurückziehen zu wollen. Er war in seinem Wahlkreis Elberfeld-Barmen in der Stichwahl gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien knapp geschlagen worden. Sein „Sozialdemokrat“ hatte nur noch etwa 2700 Bezieher, er war so unrentabel geworden, daß er eingestellt werden mußte, bevor die anberaumte Generalversammlung helfende Maßnahmen beschließen konnte. V. Schweitzer wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen, zu seinem Nachfolger jedoch Hasenclever gewählt, ab 1. Juli erschien der „Neue Sozialdemokrat“ nachdem in der Zwischenzeit der „Agitator“ als Parteiorgan aushelfen mußte.

Die Arbeiterbewegung hatte schwere Rückschläge erlitten. Jetzt stellten sich auch noch die Staatsanwälte in den Dienst der Reaktion. Es hängte Gefängnisstrafen. Bebel und Liebknecht wurden im berüchtigten

Leipziger Hochverratsprozeß zu zwei Jahren Festung verurteilt. Diese Verurteilung war jedoch ein Fehlschlag, da die Sympathie der Arbeiterklasse sich den Verurteilten zuwandte, der gesamte Prozeß war eine einzige Bestätigung der Notwendigkeit des Kampfes der Sozialdemokratie für sozialen und politischen Fortschritt. Hinter dem Leipziger Schwurgericht wollte auch das Bezirksgericht nicht zurückstehen und schickte Bebel wegen Majestätsbeleidigung auf neun Monate ins Gefängnis. Sein Verbrechen bestand darin, den Preußenkönig auf eine gebrochenes Versprechen aufmerksam gemacht zu haben. Das Reichstagsmandat wurde eingezogen, bei der Nachwahl erhielt Bebel zwar über 3000 Stimmen mehr, aber der Reichstag lehnte es ab, seine Immunität geltend zu machen — er war als Redner sämtlichen Parteien mehr als unbequem.

All das trug dazu bei, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft wieder auf die sozialen und politischen Probleme zu lenken, während gleichzeitig Eisenacher und Lassalleaner sich immer stärker in ihren Auffassungen und Zielen näherten. Mit den französischen Kriegskontributionen zog Wohlstand in die deutschen Lande — nicht jedoch für die Arbeiter. Eine ganze Reihe berechtigter Streiks ging verloren. Vor allem Mieten, Haushaltskosten und Bekleidung stiegen in einem wesentlich schnelleren Tempo als die Löhne — es ist dabei zu berücksichtigen, daß im allgemeinen nur qualifizierte Arbeiter Zulagen erhielten. Immer stärker breitete sich bei den Massen Unzufriedenheit aus, die in der Sozialdemokratie ihren berufenen Helfer und Verteidiger ihrer Interessen sahen.

Die Einbußen, die die Arbeiterschaft durch die nationalistische Welle erlitten hatte, war ziemlich schnell wieder wettgemacht, zumal die bisherigen Gegensätze zwischen Lassalleanern und Eisenachern immer geringer wurden und in den Hintergrund traten. Dazu kamen die verschärften Steuern und Militärlasten, die breite bürgerliche Krise in die Opposition gegen Bismarck trieben. Gegen die Arbeiterschaft wurde ein besonderes Kontraktbruchgesetz erlassen, um Streiks zu erschweren, wenn nicht sogar unmöglich zu machen. Ein politisch mehr als reaktionäres Pressegesetz brachte die liberale und fortschrittliche Presse keineswegs in Harnisch: Man bemühte sich, um gut Wetter zu bitten — ein würdeloses Schauspiel!

Das Bürgertum drückte sich davor, um elementarste Volksrechte zu kämpfen! Aber auch der sozialdemokratische Aufstieg wurde behindert: der Kulturkampf Bismarcks gegen das Zentrum warf weite Schatten. War bisher die rote Internationale der Feind Nr. 1 der konservativen Reaktion, der Militaristen und Nationalisten, so wurde zum Feind Nr. 2 die schwarze Internationale. Die katholische Kirche traf ihre Gegenmaßnahmen, um die Ein- und Übergriffe Bismarcks zu unterbinden. Das Zentrum zog in den Kampf gegen Bismarck und für staatsbürgerliche Freiheiten. Um diesem Ringen eine möglichst breite Plattform zu geben, agitierte das Zentrum mit sozialistischen Forderungen, die sich an Lassalle anlehnten. Bei dem ausgedehnten Netz katholischer Vereinigungen war diese Propaganda außerordentlich erfolgreich. Allerdings war diese Berufung auf

sozialistische Forderungen nicht das Entscheidende, da die Priesterverfolgungen einen weit stärkeren Eindruck auf die katholische Arbeiterschaft hinterließen als eine politische Aktion. Tatsache ist jedenfalls, daß der sozialistische Gedanke sich aus diesen Gründen in katholischen Gebieten nur schwer durchsetzen konnte. Die Schwergewichte des sozialistischen Aufstiegs beginnen sich schon in jener Zeit in die protestantischen Gebiete zu verschieben.

Aus dieser Erscheinung, die der Kulturkampf als Nebenergebnis zeitigte, resultieren mehr oder minder scharfe Auseinandersetzungen zwischen Katholizismus und Sozialismus, die auch heute noch nicht überwunden sind, aber doch wesentlich geringfügiger wurden als bisher. Wenn damals das Zentrum sich von den politisch reaktionären Bindungen restlos gelöst hätte, wäre der Lauf der Weltgeschichte ein anderer geworden. Die Geschichte dieser Epoche muß noch geschrieben werden, in den „offiziellen“ Geschichtswerken findet sich darüber kaum etwas.

Für die Arbeiterschaft blieben sowohl Lassalleaner als auch Eisenacher die einzigen politischen Richtungen, auf die Verlaß war. Um so geringer wurden die programmatischen Gegensätze, die jedoch noch in der Wurzel vorhanden blieben. Eine Versöhnungspolitik setzte sich durch, die nach und nach auch zum Erfolg führen mußte.

Die Lassalleaner hatten eine ausgezeichnete Organisation, sie hatten Geld, sie waren schlagfertig, ihre Presse war hervorragend, populär und trotzdem absolut klar in theoretischer Richtung. Ihre schwache Seite war immer noch die Gewerkschaftsfrage, das unklare Programm, der sektiererhafte Aufbau der Organisation und der Kultus, der getrieben wurde. Die Eisenacher waren wesentlich schwächer als die Lassalleaner, sie hatten ständig finanzielle Schwierigkeiten, der „Volksstaat“ war zu gelehrt und viel zu schwerfällig in seiner Redaktionsführung, aber bei ihnen war die größere grundsätzliche Klarheit, die genaue Erkenntnis der Bedeutung der Gewerkschaft, die richtige Einschätzung der Genossenschaft, die sachliche von bestem Geist getragene Diskussion in der Parteileitung. Sie zählten etwa 10 000 Mitglieder, während die Lassalleaner über 20 000 vereinigten.

Die Eisenacher pflegten in besonderem Maße intellektuelle Gelehrsamkeit und hatten damit auf längere Sicht günstige Ergebnisse. Ihren Anhängern stand eine umfassende Broschürenliteratur zur Verfügung. Auch die Presse konnte durch die Gründung neuer Lokalblätter ständig erweitert werden. Es machte sich jedoch damals schon bemerkbar, daß die reine wissenschaftlich-theoretische Arbeit zwar eine Pflegestätte gefunden hätte, daß es auch nicht an den Köpfen fehlte, daß aber bei all der so wichtigen politischen Kleinarbeit einfach nicht die Zeit blieb, sich gründlich mit den Problemen um den Sozialismus zu beschäftigen. Die Diskussion um die Verschmelzung kam jedoch immer stärker in Fluß. Die Lassalleaner als ältere und stärkere Organisation hatte vor allem in Preußen ihre Mitglieder, die Industriestädte Brandenburgs, Schlesiens,

Pommerns, Schleswig-Holsteins, Hannovers, des Rheinlandes, Westfalens, Hessen-Nassaus und Hersen-Darmstadts. Die Eisenacher waren hier kaum vertreten, sie hatten ihre Hauptgebiete in Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Thüringen, in Baden, Württemberg und Bayern. Über kleinere Dispute, die sich dann und wann ergaben, kann ohne weiteres hinweggegangen werden, sie waren weder wichtig noch grundsätzlicher Natur.

Noch einmal schien sich bei den Lassalleanern durch Verdächtigungen gegenüber v. Schweitzer eine Schranke gegen die Vereinigung niederzulassen, obwohl eine Abstimmung mit übergroßer Mehrheit entschied, daß Schweitzer nicht mehr Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins werden könne. Diese Abstimmung veröffentlichte die bürgerliche Presse, aber v. Schweitzer blieb trotz seines bitteren Grolls der Sache des Sozialismus treu, sie war ihm teurer als sein eigenes Ich. In einem Flugblatt „An die Arbeiter Deutschlands“ wirbt er für die Einigung der beiden Richtungen, obwohl er hätte verärgert sein können. Er empfiehlt und bezweckt eine Einigung mit den Führern, sofern sie es verlangen, ohne Führer, wenn sie keine Initiative für die Durchführung der Einigung ergreifen, und trotz der Führer, wenn sie Ausflüchte machen oder die Verschmelzung noch nicht wollen — aber er fordert Einigkeit um jeden Preis!

Noch immer zögerten jedoch die maßgeblichen Führer auf beiden Seiten. Der Termin für die Neuwahl des Reichstages rückte heran, die beiden Fraktionen konnten die Schlappe, die ihnen Bismarck beigebracht hatte, wieder wettmachen. Mit dem Ausgang der Wahl konnten beide Parteien zufrieden sein, der Stimmenanteil von 3% war auf 6% angestiegen, 351 670 Stimmen wurden es am 10. Januar 1874 gegenüber 101 927 am 3. März 1871; die Lassalleaner erhöhten ihre Stimmzahl von 62 952 auf 180 319, die Eisenacher sogar von 38 975 auf 171 351, jedoch waren die Lassalleaner trotz ihrer höheren Stimmziffer nur in zwei Wahlkreisen erfolgreich, gewählt wurden Hasenclever und Reimer, die Eisenacher hatten jedoch sechs Mandate erobern können, hier waren gewählt: Geib, Vahlteich, Most, Bebel, Liebknecht und Motteler. In elf Stichwahlen wurden zwei weitere Abgeordnetensitze erkämpft, gewählt wurden Hasselmann und Jacoby.

Die sozialdemokratischen Wahlziffern erschienen auch für die Gegner erstaunlich hoch, lediglich in der Provinz Posen wurden keine sozialistischen Stimmen abgegeben. Dagegen bestätigte sich erneut, daß in den katholischen Bezirken die Arbeiterschaft zum Zentrum hielt. Die im großen ganzen gleichen Wahlziffern, die sowohl Eisenacher als auch Lassalleaner auf sich vereinigten, hatten eine äußerst vorteilhafte Wirkung. Gleichzeitig räumte diese Wahl die letzten Vorurteile fort, die immer noch in den Köpfen spukten: Lassalleaner überzeugten sich endgültig, daß die Eisenacher eine selbständige sozialistische Bewegung waren und keine verkappten bürgerlichen Demokraten oder deren Ableger, die Eisenacher sahen endlich bestätigt, daß die Lassalleaner mit Bismarck nicht das geringste zu tun hatten. Die Abgeordneten traten sich zwangsläufig im Reichstag näher

und arbeiteten gemeinsam. Mit dem Zentrum kämpften sie gegen die Bismarcksche Gewaltpolitik wider den Katholizismus. Sie setzten sich für die elsäß-lothringischen Abgeordneten ein, als diese in den Reichstag einzogen und von den Chauvinisten haßvoll empfangen wurden.

Aber Bismarck blieb nicht untätig. Diesmal verzichtete er auf Bestechungen, dafür setzte er den Staatsanwalt wieder in Bewegung. Bebel und Liebknecht waren noch in Hubertusburg eingekerkert, jetzt wurde Most in Mainz verhaftet und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, es folgten Hasenclever mit drei Monaten wegen Beleidigung des Blut- und Eisenkanzlers. Prozeß reihte sich an Prozeß, Aufreizung zum Klassenhaß, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Majestäts- und Staatsbeleidigung, es hagelte Gefängnisstrafen gegen Lassalleaner und Eisenacher — das letzte Mißtrauen, das immer noch schwelte, wurde dadurch radikal beendet. Aber ein Streitpunkt blieb immer noch bestehen: die Frage der Organisation. Die Lassalleaner hatten einen zwar ausgezeichnet funktionierenden Parteiapparat, der der Eisenacher war jedoch zu zentralistisch aufgebaut und man diskutierte hin und her, ohne eine endgültige Lösung zu finden, die ja Voraussetzung für die Verschmelzung sein mußte.

Jetzt kam aber der Staatsanwalt den Verfechtern der Einheit ungewollt zu Hilfe. Bei allen prominenten Berliner Lassalleanern wurde Haussuchung gehalten und Berge von Papier den Staatsanwälten vorgelegt. Der Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde sofort nach Bremen verlegt, aber jetzt holte die bismarckhörige Justiz zum entscheidenden Schlag aus: der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wurde auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes verboten. Wahre juristische Meisterleistungen mußten vollbracht werden, um das Verbot zu rechtfertigen.

Auch die Organisation der Eisenacher kam bald an die Reihe. Der Arbeiterbewegung wurde nun auch das Versammlungsrecht abgesprochen, die weitere Tätigkeit auf der bisherigen Grundlage dadurch unmöglich gemacht.

Lassalleaner und Eisenacher mußten eigentlich dem Staatsanwalt Tessendorff ihren Dank aussprechen; es kam jetzt spontan zu einer Einigung, ohne daß diese überhaupt durch die Mitgliedschaft bestätigt wurde. Hasselmann, der Führer der Lassalleaner, stellte als entscheidende Bedingung rückhaltlose Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes. Die Eisenacher waren überrascht, sie hatten erwartet, auf die Lassalleanischen Produktivgenossenschaften festgelegt zu werden, sie stimmten der Forderung ebenso gern wie überzeugt zu.

Der Weg zur Einigung war frei: Bereits im Februar 1875 finden in Gotha die ersten Besprechungen statt. Ein Bericht über diese Verhandlungen existiert nicht, Eduard Bernstein hat später hierüber persönliche Aufzeichnungen in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Lediglich Entwürfe zum Organisationsstatut und zum Programm der neuen Partei wurden veröffentlicht. Das Organisationsstatut verzichtet auf jede feste Ortsvereinigung und trägt den damaligen Zuständen Rechnung. Das Programm

dagegen mußte eine ausgesprochene Kompromißlösung werden. Vor allem die grundsätzlichen Forderungen der Lassalleaner wurden berücksichtigt, selbst die Produktivgenossenschaften brachte man im Programm unter. Dieser Kompromißentwurf fand die stärkste Kritik durch Karl Marx. Für Liebknecht war aber zunächst einmal die politische Einheit wichtig; „Jeder Schritt praktischer Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“. Keine der beiden Fraktionen sollte Prinzipien opfern — das hätte nur neue unnütze Diskussionen gegeben. Marx hat die Eisenacher in ihrem theoretischen Fundament überschätzt, die Lassalleaner unterschätzt.

Über die Verhandlungen selbst unterrichtet ausführlich das Protokoll, über die theoretischen Bedenken beim Gothaer Programm das Schreiben Karl Marx' an Bracke mit den umfangreichen Anmerkungen.

Am 27. Mai 1875 war die Einigung vollzogen. Am 27. Mai 1863 hatte Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet. In 12 arbeits- und opfervollen Jahren hatte die Arbeiterschaft eine mächtige Organisation geschaffen, mit deren Hilfe sie ihre sozialen und politischen Forderungen durchsetzen wollte. Unbestreitbar hatte Lassalle als der organisatorisch Befähigtere von Anfang an die richtigen Wege gewiesen, die zu einer Massenorganisation führen, während Karl Marx immer der Theoretiker, wenn auch der einsam Überragende, blieb.

Im Erfurter Programm, das 1891 beschlossen wurde, finden die Marx'schen Anregungen ihren Niederschlag. Das Gothaer Programm konnte praktisch nicht allzu stark in Erscheinung treten, da im Jahre 1878 durch das Sozialistengesetz die legale Betätigung der Sozialdemokratie verboten worden ist.

Diese Vorbemerkung will lediglich den historischen Rahmen für die damaligen Zeitverhältnisse und ihre Entwicklung geben. Sie bemüht sich, die wichtigsten Tatsachen aufzuzeigen und auf eine eigene Stellungnahme zu verzichten. Der Leser selbst möge zu den Dingen Stellung nehmen, an Material wird genügend geboten, wo er im einzelnen manches „für“, aber auch manches „wider“ sagen wird.

Das kritische Denken ist die beste Schulung, um sich eine eigene, fest fundierte Meinung zu schaffen. In diesem Sinne sollen diese „Dokumente“ ihre Aufgabe erfüllen.

Der Herausgeber

Tagesordnung

Kongreßlokal: Kaltwasserscher Saal

A. Vorversammlung: Sonnabend, den 22. Mai, abends 8 Uhr,

- behufs: 1. Abgabe der Mandate,
2. Wahl der Mandatprüfungs-Kommission.

B. Geschlossene Sitzungen: Sonntags, von vormittags 11 Uhr und nachmittags ab 3 Uhr ab:

1. Die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands (Generaldiskussion.)
2. Das Programm der neuzubegründenden deutschen Arbeiterpartei.
3. Die Organisation dieser Partei.
4. Die Presse dieser Partei.
5. Die Parteitagitation.
6. Die Wahl der Parteibehörden und des Vororts.

Der Entwurf des Parteiprogramms

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohn-

gesetz und der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde;
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht;
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung;
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze;
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht;
2. Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staates:

Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde statt aller bestehenden, insbesondere der indirekten Steuern.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Koalitionsfreiheit;
2. Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit;
3. Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit;
4. Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie;
5. Regelung der Gefängnisarbeit;
6. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

Die Organisation der deutschen Arbeiterpartei

§ 1. Der Partei kann jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer längere Zeit säumig ist, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Ausschuß, resp. an den Parteikongreß ist zulässig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteikongreß statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei beraten werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Kontrollkommission werden dort für ein Jahr bestimmt; ferner Vorstand, Kontrollkommission und Ausschuß für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteikongreß einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb sechs Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Kontrollkommission und des Ausschusses oder ein Sechstel sämtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteikongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens acht Wochen vorher Zeit und Ort des Parteikongresses den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

§ 5. Zu jedem Parteikongreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens fünf Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Kongreß von seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Kongreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Kongreß oder erst auf dem Kongreß gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegierten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteikongreß darf ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, drei seiner Mitglieder, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je eines ihrer Mitglieder zum Kongreß zu delegieren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesamten Vorstandes auf dem Kongreß zulässig. Besoldete Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.

§ 7. Spätestens vier Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreßprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand von fünf Personen: einem ersten und zweiten Vorsitzenden, einem ersten und zweiten Sekretär und einem Kassierer übertragen. Der Kassierer hat eine von der Kontrollkommission gutzuheißende Kautions- oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Kongreß festgesetzt. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteikongreß für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteikongreß, und zwar in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität, gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteiorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanzen ein, so besetzt die Kontrollkommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein

Verwaltungszirkular an die Kontrollkommission und an den Ausschuß zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteikongreß konstituieren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstand, falls der Kongreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Kontrollierung des Vorstandes besteht eine Kontrollkommission von sieben an einem und demselben Ort wohnenden Personen. An die Kontrollkommission können auch alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt auf gleiche Weise wie die des Vorstandes.

§ 11. Der Ausschuß, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Kontrollkommission in Tätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Kongreß in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Kongreß, gewählt. Der Ausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Kontrollkommission oder neun seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Kontrollkommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuß und die Kontrollkommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verletzt oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhilfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das letztere der Fall, so besetzen die Kontrollkommission und der Ausschuß vereint bis zum nächsten Kongreß die betreffenden Posten. Sind mehr als zwei Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb sechs Wochen ein Parteikongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwalten die Kontrollkommission und der Ausschuß die Partei durch eine zu ernennende Kommission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuß einzelne oder sämtliche Mitglieder der Kontrollkommission ihrer Tätigkeit entheben; der Ausschuß hat dann bis zum nächsten Parteikongreß die Posten neu zu besetzen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind vorläufig der „Neue Sozialdemokrat“ zu Berlin und der „Volksstaat“ zu Leipzig. Beide Organe sind Eigentum der Partei; in bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Kongresses erledigt.

§ 15. Die Redakteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Kongreß dem Vorstande überweist, auf dem Kongreß gewählt, und ihre Gehälter dort bestimmt; Hilfsredakteure und Hilfsexpedienten etc. und deren Gehalt werden auf Antrag der Redaktionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Kongreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Kautions- oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Überwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je zwei Revisoren zu ernennen,

falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens einmal monatlich das Kassenswesen der genannten Blätter zu revidieren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich dem Ausschuss sowie einem jeden Parteikongress Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Kontrollkommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuss behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Kontrollkommission und Ausschuss können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annullieren. Berufung an den Kongress ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ausschusses, welchem über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse sowie der Kassen der Organe, welche Eigentum der Partei sind, nachdem sämtliche Teile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

Anträge zum Programm

1. Sylvanus in Hamburg beantragt:

1. Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3 zu streichen, weil Abschwächung von Nr. 2: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.“
2. Ebendasselbst Nr. 5 zu streichen: „Rechtsprechung durch das Volk“ — wofür zu setzen: „Neugestaltung des Gerichtswesens in einer Weise, die Begünstigung von Klasseninteressen möglichst erschwert“.
3. Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 1 zu streichen: „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat“.
4. Absatz 1 des Programms ganz zu streichen oder zu ersetzen durch folgendes: „Die Arbeiterpartei erstrebt die Befreiung der Arbeit, das heißt einen Gesellschaftszustand, in dem die Arbeit des einzelnen nur abhängig ist von dem Resultat der Gesamtarbeit aller“.
5. In Absatz 3 zu setzen: „eines großen Teiles der Gesamtarbeit“ statt „der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags“.
6. In Absatz 4 einzuschieben: „als solche“ hinter „alle anderen Klassen“.

7. Im Absatz 5 zu streichen „nationalen“ und „die internationale Völkerverbrüderung sein wird“, und an die Stelle des zweiten Strichs zu setzen: „die Verwirklichung eines ganz neuen Staatsbegriffs sein wird, der nur durch die internationale Verbrüderung der Völker zu vollkommener Geltung gelangen kann.“

8. In II des Programms zu streichen: „mit dem chernen Lohngesetz“.

2. Wintersberg in Gotha beantragt:

1. Die Bezeichnung der vereinigten beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie soll kurzweg sein — die Rechtspartei.
2. In Teil I Absatz 1, der mit den Worten beginnt: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“ — sollen diese Worte ersetzt werden durch die Worte: „Die Arbeit ist die Quelle alles Rechtes.“
3. In Teil II Absatz 2 die Forderung der Staatshilfe zu streichen.
4. Bei den Schutzmaßnahmen für die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft in Nr. 3 zu streichen: „Beschränkung der Frauenarbeit“ und dafür zu setzen: „Verbot der industriellen Frauenarbeit.“
5. In Teil II Absatz 2 die Forderung der „Produktivgenossenschaften für den Ackerbau“ zu streichen.

3. Gießener Parteigenossen beantragen:

1. Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 1 anstatt „vom 21. Jahre an“ „vom 20. Jahre an“ zu setzen.
2. Ebendasselbst in Nr. 3 anstatt „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung“ zu setzen: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“
3. Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 2 „Preß- und Redefreiheit“ hinter „Gewissensfreiheit“ zu setzen.
4. Die Parteigenossen in Reichenbach, Wiesbaden und Niederrabenstein beantragen:
Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ zu setzen.

5. Die Wiesbadener Parteigenossen beantragen: Den Namen der Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ abzuändern.

6. Parteigenosse H. Vogel in Berlin, Prinzenstraße 60, schlägt folgende Fassung des Parteiprogramms vor und betont besonders die gesperrt gedruckten, auch von anderen Berliner Parteigenossen unterstützten Punkte:

„Programm der (sozialistischen) Arbeiterpartei Deutschlands. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur; genügenden Nutzen bringt nur gesellschaftliche Arbeit bei allseitiger Beteiligung an derselben, deshalb sind alle Menschen verpflichtet, sich an derselben nach ihren Fähigkeiten zu beteiligen und haben dann an ihren Ergebnissen alle volles gleiches Anrecht.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache der Ausbeutung, des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus diesem durch Gewalt und Betrug erhaltenen Abhängigkeits- und Lohnverhältnisse ist durch Gerechtigkeit und positive Wissenschaft geboten; sie muß zugleich eine politische, soziale und moralische sein, und erfordert

die Einführung demokratischer Grundsätze in allen Beziehungen des öffentlichen und des Privatlebens und die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft sowie die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind; sie erfordert deshalb auch die gemeinsame und einheitliche Organisation der gesamten Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird. Zur Anbahnung der Befreiung der Arbeiterklasse erstrebt dieselbe in Deutschland schon innerhalb der heutigen Gesellschaft folgende Einrichtungen und Änderungen:

Ernennung aller Beamten in Staat und Gemeinde auf bestimmte Jahresfristen durch Wahlen vermittelt des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller Männer und selbständigen Frauen vom 21. Lebensjahr an in je einem Wahlkreise für den betreffenden Wirkungskreis mit Besoldung aller Beamten.

Das Recht des Volkes, Gesetze vorzuschlagen und darüber abzustimmen.

Allgemeine Wehrhaftigkeit und Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

Rechtsprechung durch Volksgerichte mit öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren und unentgeltlicher Rechtspflege; Abschaffung der religiösen Eidesformeln und der Todesstrafe. Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzmäßigkeit der durch sie gegen Staatsbürger vollzogenen Maßnahmen (Verhaftungen etc.), und staatliche Entschädigung für durch erwiesene Rechtsirrtümer erlittene Schädigungen. Humane Reform des Gefängniswesens. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze.

Abschaffung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, des Geschlechtes und der Konfession.

Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule. Entfernung aller religiösen Formeln aus dem öffentlichen Leben und des Religionsunterrichtes aus der Schule. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht und unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Freiheit der Wissenschaft und der Gewissen.

Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer an Stelle aller bestehenden, namentlich der indirekten Steuern.

Achtstündiger Normalarbeitstag. Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit. Beschränkung der Frauen- und Nachtarbeit. Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie zum Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Aufhebung der gewerblichen Hilfskassen mit gleichzeitigen Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber.

Volle Koalitionsfreiheit.

Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Leipziger Parteigenossen beantragen:

I, 1 wie folgt zu fassen: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur; und da gesellschaftlich nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört das gesamte Arbeitsprodukt der Gesellschaft, d. h. allen Gesellschaftsgliedern, bei allgemeiner Arbeitspflicht, jedem nach seinen Bedürfnissen.

I, 2 vor „Kapitalistenklasse“: Grundeigentümer- und

I, 3 statt „Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut“: Verwandlung... in...; und vor „gerechter Verteilung“: gemeinnütziger Verwendung und

I, 4 in folgender Fassung: Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiter sein; sie erfordert deshalb die geschlossene, einheitliche Organisation der Arbeiterklasse.

I, 5 zu streichen.

II statt „deutsche Arbeiterpartei“: Arbeiterpartei Deutschlands; statt „Lohnsystems“: System der Lohnarbeit; die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz“ zu streichen.

Einen neuen Absatz anzufügen, lautend:

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen.

III statt „Produktivgenossenschaften“: sozialistischen Arbeitsgenossenschaften.

Unter den „freiheitlichen Grundlagen“:

1. statt „Männer vom 21. Lebensjahre an“: Staatsangehörige vom 20. Lebensjahre an.

2. mit „Vorschlags- und Verwerfungsrecht“ zu streichen.

3. statt „die Volksvertretung“: das Volk.

4. anzufügen: überhaupt alle Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

Nach „wirtschaftliche Grundlage des Staates“ zu setzen: vor dessen sozialistischer Organisation.

Unter den „geistigen und sittlichen Grundlagen“:

1. nach „allgemeine Schulpflicht“: religionslose Schulen; nach „Unterricht“: in allen Bildungsanstalten; Erklärung der Religion zur Privatsache.

2. zu streichen.

Im letzten Absatz

2. wie folgt zu fassen: achtstündiger Normalarbeitstag; Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit.

3. anzufügen: zum Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Anträge zur Organisation

1. Sylvanus in Hamburg beantragt:
In § 1 der Organisation zu setzen statt „zum Parteiprogramm“: „zu den Grundsätzen des Parteiprogramms“.
2. Parteigenossen in Niederrabenstein beantragen:
Den § 1 der Organisation dahin abzuändern, daß eine bestimmte Zeit und eine bestimmte Summe der Beiträge sowie eine bestimmte Zeit betreffs Ausschlusses der säumigen Mitglieder festgestellt werden.
3. Parteigenossen in Gießen beantragen:
 1. Dem § 1 der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Partei kann jeder unbescholtene Mann, der 10 Pfennig monatliche Steuer zahlt, angehören; wer länger als ¼ Jahr im Rückstande bleibt, wird nicht mehr als Parteimitglied betrachtet.“
 2. Den § 6 in folgender Fassung anzunehmen: „Auf dem Parteikongreß darf ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, drei seiner Mitglieder, der Ausschuß, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je eines ihrer Mitglieder zum Kongreß zu delegieren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesamten Vorstandes auf dem Kongreß zulässig. Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.“
 3. Den § 7 in folgender Fassung anzunehmen: Spätestens vier Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreß-Protokoll den Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden.
4. Die Parteigenossen in Bremerhaven beantragen, dortselbst einen ständigen Agitator anzustellen.
5. Die Parteigenossen in Schedwitz beantragen, auf dem Kongreß die Bergarbeiterfrage zu beraten und Organisations-Vorschläge zu machen.
6. Die Parteigenossen zu Neustadt a. d. H. beantragen, in der Vorderpfalz eine regere Agitation zu entwickeln und nach Neustadt einen ständigen Agitator zu setzen.
7. Die Sangerhausener Parteigenossen beantragen, im Thüringischen und im Harz eine rege Agitation zu entfalten und Partei-Flugschriften nach Art der Traktätchen in Masse zu vertreiben.

Liebknechts grundsätzliche Rede auf dem 6. Kongreß der Sozialdemokr. Arbeiterpartei in Coburg Juli 1874

Öffentliche Sitzung (Volksversammlung).

Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 3.30 Uhr, im Kurgarten

(Der Saal ist gedrängt voll. Circa 600 Personen füllen die Räume. Unter den nach dem Garten geöffneten Saalfenstern sind noch einige hundert Personen zu zählen. Wie Ortskundige versichern, sind die Zuhörer zur größeren Hälfte keine Parteigenossen, davon ein bedeutender Teil gegnerisch.)

Parteigenosse Rüger-Coburg eröffnet als Einberufer die Volksversammlung, deren Zweck er bekanntgibt und sodann folgendes Büro vorschlägt: Vahlteich-Cheumnitz als ersten, Geib-Hamburg als zweiten Vorsitzenden; Eckstein-Waldheim als ersten, Mehlhorn-Kriemtschau als zweiten Schriftführer.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen bei.

Vahlteich übernimmt den Vorsitz. Er gibt in kurzen Worten kund, daß die heutige Volksversammlung sich von den bisher in Coburg abgehaltenen dadurch unterscheidet, daß es erwählte Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seien, welche die Grundsätze und die Stellung der Sozialdemokratie klarzulegen hätten. „Die vorliegende Tagesordnung ist speziell aus dem Grunde gewählt worden, um jedermann und besonders den Gegnern einmal Gelegenheit zu geben, die verhänglichsten, zur Verleumdung unserer Partei am meisten benutzten Fragen nach den Darlegungen solcher Parteileute kennenzulernen, die kraft ihrer Position in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und im öffentlichen Leben sicher mehr Glaubwürdigkeit zu beanspruchen haben als die Quellen, aus denen die entstellenden und sinnverwirrenden Schilderungen der sozialistischen Bestrebungen herrühren: die gegnerische Presse und deren Zuträger, die einesteils unfähig sind, die Wahrheit zu erkennen, anderteils ein Interesse haben, die Wahrheit über den Sozialismus nicht zu sagen.“

Wir sind bereit, Gegenrede zu hören und Gegnern Rede zu stehen, und erwarten, daß die Anwesenden, dies anerkennend, den Verhandlungen mit der erforderlichen Aufmerksamkeit und Ruhe folgen werden.

Über Punkt 1 der Tagesordnung: „Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ sprechen Liebknecht und Motteler. Ich erteile zunächst das Wort Herrn Liebknecht.“

Liebknecht: „Meine Herren! Schon vor vier Jahren, auf dem Stuttgarter Kongreß, hatte ich über diese Frage zu sprechen. Ereignisse, durch welche die Oberfläche der Welt verändert ward, haben sich seitdem zugegetragen, allein auf die politische Stellung unserer Partei sind dieselben ganz ohne Einfluß, weil unsere Parteistellung durch unser Prinzip von vornherein fest bestimmt, von zufälligen politischen Eintagsbildungen — und scheinen sie noch so kolossal — nicht berührt wird. Es läßt sich heute also nichts Neues sagen; und wenn wir das Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt haben, so geschah es nicht, um innerhalb, sondern um außerhalb der Partei Klarheit zu verbreiten, was jetzt doppelt notwendig ist, weil das blödsinnige Märchen von dem Bündnis der roten und schwarzen Internationale, dessen perfiden Erfindern durch gewisse Vorkommnisse am Saum unserer Partei, erwünschter Vorschub geleistet worden ist, in den Köpfen des Denkvolks großen Unfug angerichtet, und auch viele, die uns an sich keineswegs feindlich sind, stutzig gemacht hat. Rücksicht auf diese war hauptsächlich maßgebend, nicht Rücksicht auf die verleumderischen Urheber des Märchens und deren Handlanger in der Reptilienpresse, für welche wir nur das Gefühl tiefster Verachtung haben.“

Nun zur Sache. Die Frage unserer politischen Stellung hat ihre Antwort in unseren Prinzipien. Unser Parteiname ist unser politisches Programm. Als Sozialisten erstreben wir eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht kennt und die Gesamt-Produktion und Konsumtion genossenschaftlich regelt; als Demo-

kraten erstreben wir einen Staat, welcher die sozialistische Regelung zur Aufgabe hat, und, da die Arbeit die Mutter aller Kultur, durch Befreiung der Arbeit und durch eine die Zwecke der Menschheit fördernde Organisation der Arbeit zum wirklichen 'Kulturstaat' wird. Die heutige Gesellschaft und der heutige Staat sind aber das genaue Gegenteil dessen, was wir erstreben. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung der arbeitenden durch die besitzenden Klassen, beruht auf der Klassenherrschaft; und der heutige Staat, der nichts anderes ist als der Ausdruck der heutigen Gesellschaft, drückt auf die Ausbeutung den Stempel des Gesetzes, garantiert die Klassenherrschaft: ist Klassenstaat, kulturfeindlicher Klassenstaat, trotz des famosen Kulturkampfes. Der Staat speziell, in dem wir leben, das sogenannte Deutsche Reich — in Wirklichkeit nur ein erweitertes Preußen — ist Klassenstaat in des Wortes vollster Bedeutung. Ein Blick auf die ausschließlich den Sonderinteressen der besitzenden Klassen dienende Gesetzgebung der letzten Jahre erhebt dies für jeden Denkfähigen außer Zweifel. Und dieser Klassenstaat ist zugleich noch Militärstaat. Ein Klassenstaat, gehüllt in den Panzer des Militärstaats, lastet das preußisch-deutsche Reich mit doppelter Wucht auf dem arbeitenden Volke. Damit ist unsere Stellung dem Reich gegenüber gegeben. Wir sind 'Reichsfeinde', weil wir Feinde des Klassenstaates sind. Daß wir in der Reichsfeindlichkeit augenblicklich nicht allein stehen, kann uns nicht zu Verzicht auf unsere prinzipiell gebotene Stellung veranlassen. Die Reichsfeindlichkeit ist ja kein politisches Programm, konstituiert keine Partei, ebensowenig wie weiland die Preußenfresserei der württembergischen Volkspartei und kleinstaatlichen Reaktionen. Die Ultramontanen und Partikularisten, soweit von letzteren noch die Rede sein kann, sind zwar auch Reichsfeinde, allein nicht, wie wir, aus prinzipiellen, sondern aus Opportunitätsgründen. Die Partikularisten und Ultramontanen sind Anhänger des herrschenden Klassenstaats: sie streiten mit der Reichsregierung bloß um den ihnen zukommenden Anteil an der Klassenherrschaft und werden Herrn Bismarck und Konsorten, sobald die Opposition ihnen nicht mehr von Vorteil ist, jedenfalls der Klassenstaat, ihre gemeinsame Domäne, irgend bedroht wird, gerührt in die Arme sinken. Insbesondere der Kulturkampf ist nur politische Geschäftskonkurrenz. Bismarck will der himmlischen Gendarmerie die preußische Pickelhaube aufsetzen, und die himmlische Gendarmerie möchte das Geschäft mehr auf eigene Rechnung führen. Da das Geschäft im Grunde das nämliche, und die Gefahr der Emanzipation des arbeitenden Volkes für beide Teile die gleiche ist, so kann eine Aussöhnung nicht ausbleiben. Mit uns dagegen ist sie unmöglich; denn wir sind dem Wesen des Reichs feind, nicht seiner zufälligen Entstehung und seiner zufälligen, dem Wechsel und der Laune unterworfenen Tagespolitik. Was geht es uns an, daß die Gründung des Reichs ein Bruch mit dem 'Recht' war? Der 'Rechtsboden' des alten Bundes taugte gerade soviel und so wenig wie der Rechtsboden des neuen Reichs. Rückkehr in die Misere des alten Bundes liegt unserem Streben selbstverständlich ebenso fern, wie die Befestigung des neuen Reichs, dessen, allerdings sehr unfreiwillige Verdienste um die Revolutionierung der politischen und sozialen Welt wir übrigens nicht abtugnen wollen. Genug: Wir stehen in prinzipiellem Gegensatz zu dem Reich; daraus folgt, daß wir als politische Partei, als Männer der Aktion, nicht der frommen Wünsche, die prinzipielle, die radikale Umgestaltung des Reichs anstreben; mit anderen

Worten: daß wir eine revolutionäre Partei sind. Das Wort revolutionär hat in jüngster Zeit eine ziemlich Rolle gespielt; man hat z. B. bei dem Leipziger Hochverratsprozeß einen Strick daraus drehen wollen, um uns juristisch zu erdrücken. Jedoch nicht mit Glück. Vor allem nicht mit Geschick. Jede Partei darf das Recht beanspruchen, daß ihren Ausdrücken der Sinn untergelegt wird, den sie selbst ihnen unterlegt. Und dieses Recht hat sie um so mehr, wenn sie dabei dem Sprachgebrauch gefolgt ist, wie wir es in diesem Fall getan haben. Das Ziel geht die Herren Staatsanwälte überhaupt nichts an. Und weiter: ein revolutionäres Ziel erheischt nicht mit Notwendigkeit die Anwendung revolutionärer Mittel, im Sinn der staatsanwaltlichen Auffassung des Wortes 'revolutionär'. Ein revolutionäres Ziel ist sehr wohl durch nicht gewaltsame, durch gesetzliche Mittel zu erreichen. Wir haben ein Beispiel an der englischen Reformbewegung, die insofern wenigstens revolutionär war, als sie der Klasse, welche bis dahin in England ausschließlich geherrscht hatte, trotz ihres Widerstandes diese ausschließliche Herrschaft entriß, ohne daß der gesetzliche Boden verlassen wurde — einfach durch eine großartige Agitation, durch unwiderstehliche pressure from without — 'Druck von außen', d. h. aus dem Volk heraus. Hier ist auch für uns der Punkt, an welchem der Hebel anzusetzen. Zwar ist unser Vereinsrecht nach allen Richtungen hin beschnitten, unsere Preßfreiheit ein Spott auf den Namen, allein selbst mit diesen rostigen, mangelhaften Waffen, mit den Gesetzen, die gegen uns gemacht worden sind, getrauen wir uns, den Feind zu besiegen. Jedenfalls werden wir uns nicht von dem Boden der Gesetze abdrängen lassen, womit nur unseren Feinden gedient wäre; und werden uns nicht auf das Gebiet der Putsche begeben, auf das man uns von gewisser Seite her durch allerhand Provokationen verlocken möchte. Wir überlassen es unseren Feinden, ihre eigenen Gesetze zu brechen.

Hier eine Bemerkung. Ich stimme der Lassalleschen Definition der Begriffe der Revolution und Reform nicht bei. Der Unterschied liegt nicht im Ziel, sondern in den Mitteln und Wegen. Die umfassendste Revolution kann reformatisch durchgeführt, die revolutionärsten, ich meine gewaltsamsten, Mittel können für nichts weniger als revolutionäre, ja geradezu reaktionäre Ziele in Anwendung gebracht werden. Z. B. die sehr unzereemonielle Absetzung verschiedener gottesgnädiger Fürsten durch den preußischen Junker Bismarck. —

Ein großer Irrtum ist's, den Reichstag als Hauptfeld, als Schwerpunkt unserer Agitation zu betrachten. Es ist wahr, der Reichstag geht aus allgemeinem Stimmrecht hervor; aber, nicht genug, daß das Stimmrecht verkümmert ist, fehlen uns auch die politischen und sozialen Garantien für dessen freie Ausübung; dazu kommt, daß der Reichstag absolut machtlos ist; er liegt in der Hand des Fürsten Bismarck, und auf die Hand des Fürsten Bismarck läßt sich der Hebel nicht stützen, welcher den Fürsten Bismarck und das durch ihn vertretene System aus den Angeln heben soll. Der Hebeplatz muß fest sein und außerhalb des zu bewegenden Gegenstandes liegen. Vom Reichstag gilt weder das eine noch das andere. Vom Volk dagegen gilt beides. Wenn wir uns an den Reichstagswahlen beteiligen, so tun wir es sonach nur, weil sie uns eine günstige Gelegenheit zur Agitation unter dem Volk bieten; alle anderen Parteien wählen die Massen auf, zehren tiefe Furchen in die Oberfläche des Staatskörpers und wir helfen mit, und streuen die Saat der Sozialdemokratie in die

Furchen. im Reichstag selbst ist unsere Wirksamkeit eine sehr beschränkte. An legislatorische (gesetzgeberische) Tätigkeit ist von vornherein nicht zu denken, 1. weil der Reichstag keine selbständige gesetzgeberische Körperschaft ist, sondern bloß ein ornamentales Anhängsel der Bismarckschen Diktatur, und 2. weil im Reichstag, solange das jetzige politische und gesellschaftliche System dauert, unsere Feinde die überwältigende Majorität haben und haben werden. Unsere Vertreter im Reichstag müssen deshalb stets das agitatorische Moment im Auge behalten. Können sie gesetzgeberisch etwas zum Vorteil der Arbeiterklasse durchsetzen — gut, dann mögen und sollen sie es tun. Prinzipienreiterei treiben wir nicht. Im wesentlichen werden sie sich jedoch negativ, kritisch zu verhalten, dem heutigen Klassenstaat die Maske abzureißen, im Parlament den Parlamentarismus ad absurdum zu reduzieren haben. Detaillierte Vorschriften lassen sich da nicht machen; die Taktik der Gegner wird die unsrige bestimmen. Jedenfalls werden wir, wenn man anständig gegen uns ist, trotz unserer Verachtung für den Parlamentarismus dem parlamentarischen Prinzipienkampf nicht ausweichen, vor dem unsere Feinde, wo es sich um die Sozialdemokratie handelt, eine so heilige Scheu haben — trotz ihrer Schwärmerei für den Parlamentarismus.

Noch eins: Der politischen Tätigkeit wird hier und da von sozialistischen Phantasten die Berechtigung abgesprochen. Es ist hier weder Zeit noch Ort, in den Kern der Frage einzuhaken, die übrigens von unserer Partei längst entschieden worden ist. Ich will nur bemerken, daß es uns vor Verfolgungen nicht bewahrt, wenn wir den politischen Fragen auszuweichen suchen. Unsere Feinde wissen sehr wohl, daß die Konsequenzen des Sozialismus sich mit der Existenz des heutigen Staats nicht vertragen, und handeln demgemäß. Verkriechen wir uns in die Ecke, es wird uns nichts nützen — die Feinde ziehen uns an den Haaren hervor, und zum Schaden fügen wir noch die Schande der Feigheit.

Sind wir nicht Männer? Was scheren wir uns um die Verfolgungen? Sie können unserer Sache nur nützen. Erliegt der eine oder andere, so wird die Lücke rasch ausgefüllt werden. Und stehen wir vor dem Äußersten, so laßt uns der Helden gedenken, die an den Pfählen von Satory ihr Blut vergossen haben, ohne die Wimper zu zucken; so laßt uns gedenken der Worte jener Römerin^{*)}, die sich der Schmach der Knechtschaft durch einen freiwilligen Tod entzog: Es tut nicht weh!

Ich empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt, die sozialdemokratische Arbeiterpartei verharret gegenüber den jetzigen politischen Gestaltungen Deutschlands in ihrer durch die Parteiprinzipien gebotenen Stellung und beteiligt sich an den Reichstagswahlen und durch ihre Vertreter an den Reichstagsverhandlungen wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken.“

Vahlteich: Ich eröffne hiermit die Diskussion über das soeben beendete Referat. Wer das Wort wünscht, mag dasselbe verlangen, wir ver-

^{*)} der Arria, die unter Kaiser Claudius (44 n. Chr.) mit ihrem Gemahl Pätus, der fälschlich einer Verschwörung angeklagt war, sich durch Selbstmord der Folter und Schmach entzog. Als Pätus zauderte, stach sie sich den Dolch in die Brust und reichte ihm denselben mit den Worten: Paete, non dolet! Pätus, es tut nicht weh!

bürgen volle Redefreiheit. (Pause.) Da sich bis jetzt niemand zum Wort gemeldet hat, ertheile ich das Wort dem zweiten Referenten

Motteler: „Nach den klaren und bündigen Ausführungen des Voredners beabsichtige ich durchaus nicht, Ergänzungen zu denselben zu geben. Ich habe mir vielmehr die Aufgabe gestellt, an der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung u. a. m. speziell nachzuweisen, daß die von meinem Voredner gekennzeichneten Grundsätze unserer Stellung, allen anderen Parteien des heutigen Staates gegenüber sowie im Gesamtinteresse des Volkes notwendig und wichtig sind.“

Redner schildert hierauf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahrzehnten und zeigt, wie die Versuche der damaligen politischen Parteien sich ihrer zu bemächtigen, sämtlich fehlschlügen, und wie bei den Reichstagswahlen 1867 die Arbeiter zum erstenmal selbständig als politische Partei auftraten.

„Aus dem Prinzip unserer Partei erhellt ihre politische Stellung“, sagte mein Voredner sehr richtig. Unser Prinzip ist: „das Gesamtinteresse aller“, und daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, als einzig sichere Unterlage aller politischen Freiheit und Macht im Staate, die soziale Befreiung in erster Linie anzustreben und vorzubereiten. Wir trennen also, wie die Dinge heute liegen, beide Fragen nicht voneinander und nehmen demgemäß überall Stellung in den Kämpfen der Parteien, in welchem sich selbstverständlich unser Vorgehen wesentlich nach dem Widerstand und dem Verfahren unserer Gegner zu richten hat, die sich der Regel nicht dazu verstehen, einen Kampf der Prinzipien gegen uns zu kämpfen, sondern es vorziehen, sich der Waffen der Vergewaltigung und Entstellung gegen uns zu bedienen. Beweise hierfür hat der Voredner bereits genügend erbracht. Allerdings ist mit einem zweifelnden Kopfschütteln, wie man es während seiner Erwähnung der parlamentarischen Praxis, die im Reichstage die Sozialisten möglichst selten zum Worte kommen läßt, in „höheren Kreisen“ (— auf der Galerie, wo sich eine Anzahl höherer Herren befindet —) wahrnehmen konnte, keine Entkräftung unserer Beweise, kein Gegenbeweis erbracht.

—Ich halte es um so mehr geboten, den Nachweis zu führen, wie auch im Reichstage sich die gegnerischen Kampfgrundsätze nur als der Ausfluß unersättlicher Herrschsucht und der Furcht, diese Herrschsucht nicht vollauf befriedigen zu können, gezeigt haben. Ich werde dabei gleichzeitig auf unsere soziale und politische Stellung den letzten Reichstagsvorlagen gegenüber zu sprechen kommen und Sie mögen danach bemessen, ob es gewisserselbst mit Recht gar so heiter anregen konnte, wenn mein Voredner sagte, daß unsere agitatorische Tätigkeit außerhalb und in dem Reichstag stattzufinden habe, und daß wir nur aus agitatorischen Gründen uns von den parlamentarischen Schaustellungen neuester Zeit nicht fernhielten.“ — Redner charakterisiert hierauf die Redeordnung im Reichstag und deren Handhabung dem Abgeordneten Geiß gegenüber, der bei der Preßgesetzdebatte die Äußerung des Abg. Bamberger — (in der Kontraktbruchgesetz-Generaldiskussion) —, daß gewisse Minoritäten im Reichstage von der Majorität als Gäste zu berücksichtigen seien, nicht haben widerlegen können, weil das Präsidium, ihn unterbrechend, erklärte, es stehe keinem Redner das Recht zu, in frühere Debatten zurückzugreifen. während für die andere Seite dies geradezu Regel war. — Redner be-

leuchtet die einzelnen Gesetzesvorlagen als Ausfluß der reinsten Klassengesetzgebung, die darauf beruhe, die Massen in wirtschaftlicher Abhängigkeit und damit politisch machtlos zu erhalten; und geißelt schließlich noch die Lächerlichkeit der gegnerischen Anschuldigung, daß die Sozialisten mit den „Schwarzen“ verbündet sein sollen, weil sie u. a. im Reichstag bei verschiedenen Vorlagen gemeinschaftlich gegen den gemeinschaftlichen Gegner gestimmt haben. Daß die prinzipiellen Motive zu dieser Taktik von den Gegnern verschwiegen werden, sei ein weiterer Beweis dafür, wie sehr man die Macht der sozialistischen Wahrheit fürchte; und die laut zutage tretenden Wünsche der Gegner, ein „Korrektiv“ für das allgemeine direkte Wahlrecht baldigst zu schaffen, seien der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer politischen Stellung, wie sie bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gelangt und fernerweit einzunehmen sei. Daß der Parlamentarismus das Ideal der Sozialisten nicht sein könne, in dessen Verwirklichung sie bessere Gesellschaftszustände verbürgt sähen, müsse jedem klar werden, der die Machtlosigkeit des Reichstags sich vor Augen hält. Die Sozialisten würden demgemäß auch fortfahren, sich seiner nur zu vorwiegend agitatorischen Zwecken zu bedienen und in ihren einmal als richtig erkannten Bestrebungen sich nicht beirren lassen, sondern unentwegt weiterkämpfen.

Vahiteich: Nachdem der zweite Berichtsteller gehört ist, frage ich nochmals, ob jemand aus der Versammlung sprechen will und vertese zuvor die Resolution. — Es hat sich niemand zum Wort gemeldet und ich ersuche nun diejenigen, die gewillt sind, diese Resolution anzunehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Mehrheit, ich bitte um die Gegenprobe. (Geschicht.)

Die Resolution ist mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Wir verschreiten zu Punkt 2 der Tagesordnung. „Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.“ Der erste Referent, Herr Yorck Hamburg, hat hiezu das Wort.

Yorck: Geehrte Anwesende, Freunde, Arbeiter! Über dieses Thema ist wohl wenig Neues zu sagen, nachdem es seit mehr als einem Jahrzehnt nicht nur in Tausenden von Arbeiterversammlungen besprochen, sondern auch bei den über den Arbeitern stehenden Gesellschaftsklassen ein freilich wenig beliebter, dafür aber ein um so zudringlicherer Mahner ist. Und die Zeichen mehren sich, die uns beweisen, daß die sogenannte Arbeiterfrage nicht nur immer mehr und mehr das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt, sondern auch als naturgemäß und berechtigt anerkannt wird.

Aber was die „Arbeiterfrage“ für die einen ist, das ist sie nicht für die anderen. Die einen verstehen darunter die soziale Frage überhaupt, die anderen sehen in ihr nur einen Teil der sozialen Frage.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ der Inbegriff aller Anforderungen, welche die vom Bewußtsein ihrer Menschenwürde durchdrungenen und von der Erkenntnis ihrer Klassenlage geleiteten Arbeitermassen an den Staat, als Inbegriff der großen Vereinigung des gesamten Volkes, stellen.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ allen Ernstes die Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft nach dem, was dieselben bislang zur Förderung und Besserung der Lage der Arbeiter und zur Verwirklichung der berechtigten Forderungen derselben getan haben und

tun wollen. Mehr noch: Für uns ist die „Arbeiterfrage“ die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht!

Aber welche Forderungen stellen denn die Arbeiter an die übrigen Klassen der Gesellschaft, an den Staat überhaupt? Nun, dies sind die bekannten Forderungen der Sozialdemokratie, die als sozialdemokratisches Programm in Tausend und aber Tausenden von Exemplaren über Deutschland verbreitet, und nur denen nicht bekannt sind, die am tollsten dagegen eifern. Es sind die Forderungen, für welche vor einigen Monaten bei den letzten Reichstagswahlen fast eine halbe Million wahlberechtigter Männer ihre Stimmen abgegeben haben: es ist die Forderung politischer und sozialer Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. In politischer Hinsicht freiestes und weitestes Wahlrecht bei allen vorkommenden Wahlen für den ärmsten Arbeiter in gleichem Maße wie für den Millionär, in sozialer Hinsicht Befreiung der besitzlosen Majorität — der Arbeiter — von der Ausbeutung durch eine besitzende Minorität — Unternehmergeellschaft — derart, daß Einrichtungen getroffen werden, die jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern.

Und diese Forderung gerade ist der Haupttragbalken der „Arbeiterfrage“, denn diese Forderung schließt in sich die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht.

Von wie großer Bedeutung auch alle die Fragen sein mögen, die gegenwärtig unser gesellschaftliches Leben so tief bewegen, und die in ihrer Gesamtheit die Arbeiterfrage, richtiger gesagt, die soziale Frage ausmachen, als da sind die Wohnungsfrage, die Ernährungs- und Erziehungsfrage (obligatorischer unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesamte Volk); wie tief einschneidend der Streit um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, Beseitigung der Kinder- und Frauenarbeit, Koalitionsfreiheit und Kontraktbruch-Bestrafung; wie hochwichtig die Forderung nach größerer politischer Freiheit — Erweiterung des Wahlrechts — auch ist: gegenüber der Forderung eines neuen Arbeitsrechts treten doch alle diese Fragen und Forderungen in den Hintergrund. Alle Fragen politischer oder sozialer Natur aber lösen sich damit von selbst, die Erfüllung aller Forderungen fällt uns wie reife Früchte in den Schoß.

Aber was ist denn das für ein Recht, das neue Arbeitsrecht, welches wir als die Quintessenz der Arbeiterfrage bezeichnen? Es ist das gesetzlich verbürgte und tatsächlich gesicherte Recht der Arbeiter auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit. Es ist die gesetzliche und tatsächliche Beseitigung jedweder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit einem Worte: es ist die Ausrottung aller Ungerechtigkeiten, die aus dem gegenwärtigen Ausbeutungssystem in Produktion und Handel entspringen.

Was ist von jeher, vom grauen Altertum bis auf den heutigen Tag, der Arbeit Recht gewesen? Der gesetzliche, und dann der tatsächliche Zwang, die Fristung der kümmerlichsten Existenz, das Recht zu leben durch das Schaffen von Schätzen und Reichtümern im Dienste und Interesse anderer sich zu erkaufen.

Die Sklaven im Altertum, die ihren Herren persönlich mit Leib und Leben gehörten, die an die Scholle gefesselten Leibeigenen des Mittelalters, die zwar nicht mehr persönliches Eigentum ihrer Herren waren, sich aber deren Willen in jeder Hinsicht fügen mußten, sie waren durch

Gesetz und Recht gezwungen, für des Lebens Nahrung und Notdurft ihre ganze Arbeitskraft im Dienste und im Interesse ihrer Herren zu opfern. Welche ungeheuren Schätze und Reichtümer durch die gebundene Arbeit im Altertum und Mittelalter aufgehäuft wurden, darüber gibt uns die Geschichte Auskunft, davon legen noch heute die Bauwerke des Altertums und Mittelalters, die reichen Dotationen der Kirchen und Klöster, besonders aber die vielen Stiftungen des Mittelalters Zeugnis ab.

Eine Klasse Arbeiter war allerdings nicht an die Scholle gefesselt, auch nicht gezwungen, für einen bestimmten Arbeitsherrn zu arbeiten, wir meinen die Handwerksgesellen und Knechte; sie konnten nach Belieben den Meister, auch die Stadt wechseln. Aber diese Freiheit war mehr persönlicher Natur und beschränkt durch die Zunftgesetze, durch welche die unselbständigen Gesellen gezwungen wurden, ihre Arbeitskraft zwar nicht gerade dem zünftigen Meister Hans oder Kunz, aber doch einem zünftigen Meister zu opfern. Die Zunftgesetze bestimmten die Länge der Arbeitszeit, sie setzten die Höhe der Löhne fest, die neben der gelieferten Naturalverpflegung, Kost und Logis in des Meisters Haus, als Belohnung für besonderen Fleiß, als Taschengeld, teils auch als Entgelt für nicht gelieferte Kleidung, gewährt wurde.

Wir sehen also auch hier, trotz der scheinbaren Freiheit, doch den gesetzlichen Zwang, durch welchen die Arbeiter genötigt wurden, ihre Arbeitskraft für andere privilegierte Personen zu opfern.

Und heute? Freilich gehören heute die Arbeiter nicht mehr persönlich den Arbeitsherrn zu eigen wie die Sklaven im Altertum; sie sind überhaupt nicht mehr an einen bestimmten Herrn gefesselt wie die Hörigen im Mittelalter, kein Gesetz zwingt sie für diesen oder jenen Herrn zu arbeiten, wenn sie nicht wollen, an diesem oder jenem Ort zu bleiben, wenn es ihnen nicht beliebt. Nichtsdestoweniger aber sind sie doch gezwungen, ihre Arbeitskraft für des Lebens Nahrung und Notdurft zu verkaufen. Die Schätze und Reichtümer, die man heute mit dem Namen Kapital bezeichnet, legen Zeugnis dafür ab, daß die Arbeiter heute noch gerade so wie vor tausend Jahren im Dienste und im Interesse anderer, der besitzenden und herrschenden Klasse, frohnden müssen. Dazu kommt: alles Kapital, bewegliches und unbewegliches, ist das Produkt der Arbeit, ist aufgehäufte Arbeit — geschaffen von den Arbeitsbienen und in Besitz genommen von den Drohnen der menschlichen Gesellschaft zum Zweck neuer Ausbeutung der Arbeiter auf Grund des Ausbeuter-Privilegs, welches ihnen die heutige Produktionsweise — von Rechts wegen — einräumt; früher als Unfreie durch Gesetz und Recht, heute als Freie durch den Hunger dazu gezwungen. Denn welcher ungeheure Fortschritt in dem Unterschied zwischen dem Sklaven und dem heutigen freien Arbeiter auch in individueller Hinsicht sich bemerkbar macht, in seiner Eigenschaft als Produzent ist der Arbeiter heute noch ebenso gefesselt wie vor 1000 Jahren. Damals der Sklave eines Herrn, heute Lohnsklave des Kapitals — das ist der gewaltige Unterschied und Fortschritt, der auf sozialem Gebiete während der Zeit zu verzeichnen ist. Während in dieser Zeit das persönliche Recht des Arbeiters ein ganz anderes geworden ist, ist das Arbeitsrecht noch immer dasselbe, kraft dessen die Sklaven vor 1000 Jahren ausgebeutet wurden, dessen Rechtstitel auch der Rechtstitel des Raubritters, Wegelagerers und Strauchdiebes ist — die Gewalt.

Und gerade darum ist die Arbeiterbewegung berechtigt, ist die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht zeitgemäß und zur Emanzipation des Arbeitervolkes notwendig.

Darum aber auch, und in diesem Sinne aufgefaßt, ist die Arbeiterfrage nicht ein Stück der sozialen Frage, sondern sie ist die soziale Frage in erster und letzter Instanz.

Auf Grund des alten Arbeitsrechts haben sich herausgebildet unsere heutigen Eigentums- und Besitzverhältnisse, das Erbrecht nicht zu vergessen, durch welche die große Masse des Volkes eigentums- und besitzlos geworden ist und alle die Not, alles das Elend, welches so schwer auf dem arbeitenden Volke lastet, über uns hereingebrochen ist.

Auf Grund des heutigen Arbeitsrechts ist die große Masse des Volkes, sind Millionen dazu verdammt, trotz schwerer Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend ein Dasein in Not und Elend zu führen, während einige wenige Müssiggänger, als Ausbeuter der Arbeitskraft ihrer Arbeiter, im Reichtum ersticken.

Auf Grund des alten Arbeitsrechtes, des Rechtes der Ausbeutung, der Unterdrückung der Arbeiter durch den Besitz, ist der allgemeine Wohlstand des sogenannten Mittelstandes heute ruiniert, und wird ein Zustand gefördert, der einer Hand voll Reicher ein Land voll Armer entgegensetzt und Gesittung, Kultur und Bildung, mit einem Worte die wahren Staatsinteressen, in verderbenbringender Weise schädigt.

Wohl wahr! Die Erfüllung der Forderung der Arbeiterklasse schon nach einer Verbesserung ihrer Lage — von dem Endziel einer Neugestaltung des Arbeitsrechtes gar nicht zu sprechen — bringt die herrschenden und besitzenden Klassen bis herab zum kleinsten Handwerksmeister, der selbst nur ein elendes Dasein fristet, kurz alle, die ein wirkliches oder auch nur ein eingebildetes Interesse an der Erhaltung der alten Zustände, der Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter im fremden Interesse haben, schon in eine Aufregung, daß man glauben sollte, die Welt müsse untergehen, wenn jemals die Forderungen der Arbeiter sich verwirklichen sollten. Welch Geschrei in den Reihen der sogenannten selbständigen Unternehmer und Fabrikanten um jede noch so geringe Lohnerhöhung der Arbeiter, trotzdem das große und kleine industrielle Unternehmertum für jeden mehr bezahlten Groschen Lohn mindestens das Dreifache, oft genug das Zehnfache durch Steigerung des Preises der Waren schon vorweggenommen hatte. Lange bevor die Löhne in die Höhe gingen, war der Mietpreis der Wohnungen, der Preis der Lebensbedürfnisse um mindestens 25 bis 30 Prozent gestiegen, und die Beispiele lassen sich zu Dutzenden anführen, daß Handwerker und Fabrikanten die Warenpreise in die Höhe trieben lange bevor die Arbeiter auch nur einen Pfennig mehr Lohn erhielten.

Am tollsten aber gebärdete sich das von fremder Arbeit wohllebende Geldprotzertum, die Tagediebe und Müssiggänger, deren Arbeit höchstens im Geldwägen und Couponabschneiden besteht, wo und wann es den Arbeitern gelang, die Arbeitszeit auch nur um eine Stunde zu verkürzen.

Da wurde die gesamte Meute des dienstbaren käuflichen Preßgesindels auf die „unverschämten“ Arbeiter ghetzt, und in fast allen Zeitungen Deutschlands konnte man lesen, wie die armen bedauernswerten Unternehmer und Fabrikanten zugrunde gerichtet würden von den Arbeitern,

die Champagner aus Bierseideln söffen, Rehrücken und Austern frühstückten, in Droschken zur Arbeit führen und sogar als Steinträger täglich 6 Taler verdienten.

Hat wohl jemand, der nicht Lohnarbeiter ist, eine Ahnung davon, welche Erbitterung, welchen unauslöschlichen Haß diese frechen Lügen unter den Arbeitern hervorrufen müssen? Die Erbitterung ist um so größer, als wir wissen, daß die feile Presse diese perfiden Lügen nur in die Welt setzte, um das Kleinbürgertum und alle sonst unparteiischen Leute gegen die Arbeiter zu verhetzen und zu erbittern. Und das geschah zu einer Zeit, wo industrielle und kommerzielle Strauchdiebe und Raubritter in arbeitslosem Erwerb Hunderttausende, ja Millionen ergaunerten. Dazu freilich schweg die Presse, ja ein Teil derselben unterstützte diese Gaunerei ganz direkt.

Und die Staatsgewalt, die eigentlich ein hohes Interesse daran haben müßte, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der erworbenen Reichtümer eines Landes anzustreben, da es niemals zum Heile eines Staates gereichen kann, wenn einer in Reichtümern und Genüssen schweigenden kleinen Minorität die große Masse des Volkes, ausgeschlossen von jeglichem Genuß und betrogen um ihren Anteil an dem steigenden „Nationalreichtum“, darben und murrend gegenübersteht — welche Stellung nimmt die Staatsgewalt, die Hüterin des Rechts sein soll, in diesem Streite zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen, zwischen Arbeitsherren und Arbeitern ein?

Es ist ein schlimmes Zeichen der Zeit, zu sehen wie die Staatsgewalt, die über den Parteien stehen sollte, zumal in dem sozialen Kampfe Schirmherr der Schwächeren sein müßte, sich auf Seite derer stellt, die unterstützt, deren kommerzielles, industrielles und Grundbesitzer-Interesse ihr eigentliches Staatsinteresse ist, bei welchen beim Großbürger der Staatsbürger aufhört, und die den Staat als eine ihnen gehörende Domäne betrachten und ihre Handlungen darnach einrichten.

Doch betrachten wir nun einmal die Arbeiterfrage als Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft, was die letzteren bisher auf die seit zehn Jahren erhobene Forderung der Arbeiter um eine zeitgemäße Änderung und Besserstellung der Klassenlage der Arbeiter getan haben, oder was sie überhaupt dazutun wollen — und wir müssen staunen, welche Antworten wir da zu hören bekommen. Mit so albernem Einwendungen, als dies zu Beginn der Bewegung vor zehn Jahren geschah, wagt man allerdings heute nicht mehr die Forderungen der Arbeiter als unberechtigt zurückzuweisen. Heute wagen die Brotgelehrten der besitzenden Klassen nicht mehr die wohlberechtigten Forderungen der Arbeiterklasse mit der banalen Phrase niederzuschreiben: „Was wollt ihr, die Arbeiter leben heut besser als die Fürsten vor mehreren hundert Jahren, die keine Tapeten, keine Öfen, keine Sofas etc in ihren Zimmern hatten! Welch ungeheurer Fortschritt zum Bessern! Und damit wollt ihr noch nicht zufrieden sein?“

Alberneres konnte als Argument gegen die Forderungen der Arbeiter gar nicht vorgebracht werden. Diesen Fortschritt zu leugnen, war den Arbeitern noch gar nicht eingefallen. Und was bewies dieses Argument anderes als die Dummheit der Gegner, die da glaubten, die Arbeiter derart von der Forderung nach Verbesserung ihrer Klassenlage abbringen zu können?

Die Antwort der Arbeiter: „Ihr grundgescheiten Leute, beweiset uns doch einmal, daß die Lage der Arbeiter vor soundso viel hundert Jahren, der Lage der anderen Gesellschaftsklassen und den vorhandenen Genußmitteln gegenüber, eine schlechtere war als die unsere in der heutigen, in Überfluß und Genußmitteln erstickenden Gesellschaft! Und dann, wenn ihr diesen Beweis erbracht habt, wollen wir euch sagen, daß ihr noch gar nichts bewiesen habt, denn ein mehrhundertjähriger Kulturfortschritt zwingt uns Arbeiter, ganz andere Forderungen zu unserer Existenzbedingung zu stellen, als unsere Vorfahren zu jener Zeit auch nur ahnen konnten.“

Seitdem ist jenes Argument, von welchem die Gegner der Arbeiterbewegung so großen Erfolg erhofften, niemals wieder gegen die neu aufstrebende Bewegung geltend gemacht worden.

Doch wir wollten ja die Antworten der Gegner in der Neuzeit und deren Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage hören. Und merkwürdig, während die Arbeiterbewegung gerade deshalb von den besitzenden, d. h. von den herrschenden Klassen (die Herrschaft ist heute vom Besitz unzertrennlich) gehaßt und verfolgt wird, weil dieselbe als geschlossene Partei ihre Forderungen zur Geltung bringen will, sehen wir, wie die Stellung der Gegner zur Arbeiterfrage gerade durch ihre politische Parteilichkeit scharf gekennzeichnet ist, da die Konservativen, die Ultramontanen, die Liberalen ganz verschiedene Antworten geben, jede Partei ein anderes Universalmittel zur Lösung der sozialen Frage in Bereitschaft hat.

Die Arbeit — und damit meinen sie die industrielle Arbeit — muß feudalisiert werden, sagen die konservativen Großgrundbesitzer, der Feudal-Adel, dem die mittelalterliche Gesindeordnung, durch welche die ländlichen Arbeiter in langen Arbeitskontrakten an ihre Herren gefesselt werden, so treffliche Dienste leistet, zur Unterdrückung der Arbeiter.

Was heißt das, „die Arbeit muß feudalisiert werden“, anders als: die Arbeiter müssen wie im Mittelalter mehr an die Scholle, mehr an die Arbeitsstätten, mehr an die Fabriken gefesselt werden, in der Industrie geradeso, wie dies auf Grund der preußischen Gesindeordnung mit den ländlichen Arbeitern der Fall ist. Wenn man nun bedenkt, daß die Großgrundbesitzer gleichzeitig auch die Gerichtsbarkeit über ihre Arbeiter haben, welch herrliches Bild entrollt sich da unseren Blicken, sofern wir uns derartige Einrichtungen auch auf die industriellen Arbeiter ausgedehnt denken!

Darf es uns da wundernehmen, wenn nicht nur die feudal-adligen Volksbeglucker, sondern auch andere, ihnen geist- und gesinnungsverwandte Abgeordnete plebejischer Herkunft im Reichstage mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß für die Verwirklichung ihres Ideals eintreten und für die sogenannte Kontraktbruchbestrafung der Arbeiter und Einführung von Gesindebüchern auch für die industriellen Arbeiter alle Hebel in Bewegung setzen, denn durch beides sollen die Arbeiter mehr an „ihre Herren“, an die großindustriellen Fabrikanten und Unternehmer, gefesselt werden. Nicht weniger als ein Herzog, zwei Prinzen, vier Fürsten, sieben Grafen, 21 sonstige Herren „von“, 15 Doktoren und 17 Personen ohne „von“ und Doktorhut, aber auch ganz nette Volksbeglucker, wie z. B. der Oberbürgermeister Harburgs, Grumbrecht,

der Zünftler Schlossermeister Schmidt aus Hamburg, der — — — Fabrikant Stumm haben sich zu einer sogenannten freien Kommission vereinigt, um die Arbeiter noch ganz besonders durch oben genannte nette Einrichtungen zu beglücken.

Nun, die Talkraft der deutschen Arbeiterpartei wird die Arbeiter Deutschlands wohl davor bewahren, daß der schliche Wunsch der preussischen Kreuzritter und ihrer reichstäglichen Bundesgenossen in Erfüllung geht und daß die Ausdauer und Widerstandskraft des deutschen Arbeiterstandes über Kontraktbruchbestrafung und Gesindebücher-Einfluß den endlichen Sieg davontragen. Doch gestalten Sie mir, auch meine Meinung über die kriminelle Bestrafung des sogenannten Kontraktbruchs kurz auszusprechen. Es ist eine freche Lüge, wenn man behauptet, die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, billige den Kontraktbruch der Arbeiter, wo wirklich ein solcher vorliegt und derselbe unter normalen Verhältnissen begangen ist. Wir meinen, daß die bestehenden Gesetze zu dessen Bestrafung wie bisher auch fernerhin ganz gut ausreichen. Es bedarf gegen den Bruch des Arbeitskontrakts gar keiner anderen gesetzlichen Strafbestimmungen wie für den Bruch aller anderen Kontrakte. Das sogenannte Kontraktbruch-Bestrafungsgesetz ist ein gehässiges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Die Furcht vor der Koalitionsfreiheit der Arbeiter hat es gefordert. Warum verlangen die Verteidiger dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter denn nicht ganz frei und offen: die Koalitionsfreiheit der Arbeiter muß wieder beseitigt werden? Warum wollen sie diesen sehnlichsten Wunsch auf dem Umwege der Kontraktbruchbestrafung erreichen? Weil sie den Mut nicht haben, es offen zu tun, weil sie die Arbeiter fürchten. Und da suchen sie denn in ihrer Verlegenheit nach einem Rechtstitelchen zur Beschönigung, Verbrämung und Bemäntelung für das an den Arbeitern zu verübende Unrecht, und das Wort „Kontraktbruch“ soll das Feigenblatt sein, unter welchem die bloße Arbeiterunterdrückungs-Wut verborgen werden soll. Doch gemacht, wir reißen das Feigenblatt herunter und zeigen sie den Arbeitern in ihrer Nacktheit, auch wenn sie den Kontraktbruch der Arbeiter noch so schrecklich in ihren Petitionen als Teufel an die Wand malen.

Huh! wie schrecklich das klingt, wenn in Petitionen an den Reichstag gesagt wird, daß bloß in dem Tischlergewerbe im vergangenen Jahre allein in 12 Städten bei 634 Meistern, bei denen insgesamt 3500 Gesellen arbeiteten, 2700 ihre akkordierten Arbeiten unvollendet liegen gelassen, und daß von 692 bei selbigen Meistern in der Lehre gewesenen Burschen 186 ihren Lehrkontrakt gebrochen hätten.

Aber man ist für diese Behauptung den Beweis schuldig geblieben, daß ein wirklicher Kontrakt, der die Gesellen zur Innehaltung der Lieferungszeit verpflichtete, überhaupt vorgelegen hat. Angenommen aber, es wäre dies wirklich der Fall gewesen, was ist damit bewiesen, wenn, wie uns da mitgeteilt wird, durchschnittlich jedem der 634 Meister vier bis fünf Gesellen den Akkord liegen gelassen, jedem vierten bis dritten Meister immer ein Lehrling davongelaufen ist? Was ist damit bewiesen? fragen wir. Höchstens doch nur, daß wir es mit einer Sorte Leuteschinder sondergleichen zu tun haben. Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß es unter den Arbeitern Leute gibt, die aus Gleichgültigkeit oder weil sie es von den Meistern nicht besser gelernt haben, die Arbeit willkürlich verlassen, denn die Meister sind, was willkürliche Entlassung der Gesellen

anbelangt, um kein Haar besser, ja, wir behaupten, eher schlimmer als die Gesellen. Aber das mögen höchstens drei bis vier Prozent sein. Wenn also in dem Berichte zirka 60 Prozent der Gesellen als kontraktbrüchig bezeichnet sind, so ist damit bewiesen, daß die Meister in hundert Fällen mindestens neunzigmal die Schuld tragen, insofern, als dieselben es versuchten, durch die den Gesellen aufgedrängten Akkordarbeiten, diesen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wenn irgendein „humaner Arbeitsherr“ seine Arbeiter zu einer Akkordarbeit gepreßt, förmlich bei den Haaren zu dem sehr „vorteilhaften“, natürlich für den Herrn vorteilhaften Akkord herbeigezogen hat, welcher Geschrei, welche sittliche Entrüstung, wenn die Arbeiter den Akkord nicht fertigmachen, sobald sie bemerken, daß sie die Geprellten sind, daß der Arbeitgeber durch den Akkord es fertiggebracht hat, den ortsüblichen Lohn auf die Hälfte herabzudrücken. Kontraktbruch! Wenn aber ein Kauf- und Herr, Fabrikant oder Handwerker Bankrott macht, d. h. seine kontraktlichen Verbindlichkeiten nicht erfüllt, so „lobt der Herr den ungerechten Haushalter darob, daß er klüglich gehandelt“, d. h. sein Schäfchen ins Trockene gebracht hat.

Aber was haben denn jene Arbeiter anderes getan, als was der Kaufmann, der Fabrikant, die sich Bankrott erklärten, auch tun? Beide kommen ihren Verbindlichkeiten nicht nach, beide brechen eingegangene Kontrakte, die Arbeiter, weil sie nicht anders können, wenn sie bei ihrer Arbeit nicht verlumpen wollen; die Arbeitsherren, Fabrikanten, Kaufherren etc. brechen dieselben, wenn auch nicht immer, doch oft um bessere Geschäfte, Profitens zu machen. Dafür: für die Arbeiter Gefängnisstrafe, für die reichen Leute, die es verstehen, wie so ein Bankrott gemacht wird, 50 bis 60 Prozent Gewinn, und für die Neulinge mindestens eine gerichtliche Ehrenerklärung. Und das alles „von Rechts wegen“.

Wohlan! Wir wollen das Recht der kriminellen Bestrafung des Arbeitskontraktbruchs zugestehen, sofern jeder Bankrotteur mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft wird.

Eine ganz andere Antwort als die Feudalritter haben die Ultramonänen, die christlichsozialen Mucker katholischer und protestantischer Konfession, auf die Arbeiterfrage. Da hört man ganz frei aussprechen: Jawohl, ihr Arbeiter habt recht. Ihr werdet in schmählicher Weise ausgebeutet durch die Unternehmer. Eure Existenz ist eine jammervolle, es ist unerhört, daß eure Frauen, eure Kinder auch in den Fabriken arbeiten müssen und so das Familienleben und damit der ganze Arbeiterstand an Körper und Geist zugrunde gerichtet wird. Doch fragt man weiter, auf welche Weise diese Partei die Arbeiterfrage lösen, den Arbeitern helfen will, da pfeift der Wind aus einem anderen Loche.

Nicht etwa, daß diese Leute so einfältig sind, die Arbeiter auf das Jenseits zu verweisen, dabei würden sie sehr schlechte Geschäfte machen. Denn sie wissen zu gut, daß Heinrich Heines „Wir wollen auf Erden schon glücklich sein und keiner soll mehr darben“ und „Den Himmel überlassen wir den Eogeln und den Spatzen“ selbst in den Reihen ihrer Anhänger aus den Arbeiterkreisen zahlreiche Zustimmung findet; aber sie suchen ihren Schäfchen begreiflich zu machen, daß nur durch die Religion, durch die christliche Kirche die soziale Frage gelöst, die Lage der Arbeiter verbessert werden könne.

Wie das geschehen soll, ist uns ungläubigen Sozialdemokraten freilich noch nicht geoffenbart worden, ja, wir bezweifeln sogar, daß die Vertreter des christlichen Sozialismus, die Verkünder der Lehre von der Lösung der Arbeiterfrage durch die Kirche auch nur selbst eine Ahnung davon haben, wie das möglich ist. Mit der Lösung der Frage im Jenseits dürfen die Führer der eigenen Herde nicht einmal kommen, Wunder geschehen heutzutage auch nicht mehr, und selbst der bergeversetzende Glaube vermag den hungernden Arbeitern kein Brot zu verschaffen. Nimmer aber wird es dahin kommen, daß die Arbeiter sich damit vertrösten lassen, zu warten bis die Kirche, wie zu der Zeit, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht stand, alle Kisten und Kasten voll hat, um den darbenenden Arbeitern einige Brocken in den Schoß zu werfen. Die ultramontane Partei hat mit der Lehre vom christlichen Sozialismus allerdings momentane Erfolge aufzuweisen, indem ein großer Teil der industriellen Arbeiterbevölkerung, insbesondere katholischer Konfession, denen der Sozialismus im christlichen Gewande mehr zusagt als der Sozialismus in der Bluse, sich dieser Partei angeschlossen haben. Allein da alle Christlichkeit, aller Glaube, alles Beten die soziale Frage ebensowenig lösen wird, als die Kirche imstande ist, die hungernden Arbeiter zu ernähren, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß im Moment der Entscheidung die christlichsozialistischen Arbeiter den Kirchenrock mit der Bluse vertauschen werden. Hier können wir auch mit vollster Siegeszuversicht ausrufen: Die Zukunft gehört uns!

Nun aber kommen wir zu der liberalen Partei, die seit jeher sich mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit gebrüstet, sich als Vorkämpferin für die Arbeiterinteressen geriert hat. Was hat diese Partei für eine Antwort auf die Arbeiterfrage?

Zur Vereinfachung der Situation wollen wir unter dem Namen „liberale Partei“ die heutige „nationalliberale Partei“ und die sogenannte „Fortschrittspartei“ verstehen, die auf demselben Standpunkt steht, im Reichstage nur etwas mehr oppositionell spricht als ihre Freunde, die national-liberalen Reaktionäre.

Daß diese Partei trotz aller scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit ein womöglich noch größerer Gegner der radikalen Arbeiterbewegung ist als die vorgenannten Parteien, darf uns nicht wundernehmen, wenn wir bedenken, daß dieselbe, die bis vor 10 Jahren die unbestrittene Führung der Arbeitermassen in den Händen hatte, durch die Arbeiterbewegung, die die Arbeiter aus dem Schlepptau dieser Partei riß, allen Einfluß auf die Haltung der Arbeiter in sozialer und politischer Beziehung verloren hat. Nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der Arbeiterbevölkerung, die Anhänger der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, hält auch heute noch Fühlung mit der Fortschrittspartei, ist zum Teil in deren Lager. Auf wie lange noch, ist freilich eine andere Frage. Dagegen hat die nationalliberale Partei absolut gar keinen Anhang unter den Arbeitern, nicht den entferntesten Einfluß auf dieselben.

Obschon nun die liberale Partei kein soziales Programm aufgestellt hat, weil dies der verschiedenen Elemente halber, aus welchen dieselbe zusammengewürfelt ist, gar nicht möglich ist, so wissen wir doch sehr gut, welche Stellung dieselbe zur Arbeiterfrage einnimmt. Deshalb kann uns auch alles Selbstlob, alles Beteuern ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht hindern, in dieser Bourgeoispartei den heftigsten Gegner der Arbeiter-

bewegung zu bekämpfen. Und doch, was will diese Partei nicht alles schon im Interesse der Arbeiter getan haben? Gewerbefreiheit — im Interesse der Arbeiter; Freizügigkeit — im Interesse der Arbeiter; Aufhebung der Schulhaft und der Lohnbeschlagnahme — im Interesse der Arbeiter; Unterstützungswohnsitz und freies Verchelichungsrecht, Haftpflicht- und Koalitionsrecht! Dies alles und noch viel mehr behauptet die liberale Partei im Interesse der Arbeiter erkämpft zu haben. Und das ist noch lange nicht alles, wodurch sie sich um die Lösung der Arbeiterfrage verdient gemacht haben will. Gleichheit vor dem Gesetz, freies Vereins- und Wahlrecht sollen wir ihr zu danken haben.

Aber die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter sind nun einmal so undankbarer Natur, daß sie, weit entfernt, diese Arbeiterfreundlichkeit anzuerkennen, behaupten, daß alle diese an und für sich ganz zeitgemäßen Einrichtungen und Gesetze an der Lage der Arbeiterklasse absolut nichts geändert, noch weniger gebessert haben.

Gewerbefreiheit. Was nützt den unselbständigen Handwerksgehilfen die Gewerbefreiheit, von den Hunderttausenden von Fabrikarbeitern gar nicht zu reden, nachdem längst der Beweis vorliegt, daß das selbständige Handwerkertum durch die Großindustrie und das Großkapital von Jahr zu Jahr in steigender Progression in die Reihen der Lohnarbeit herabgedrückt wird. Es steht ja unumstößlich fest, daß die Konkurrenz der kapitalbewaffneten Großindustrie dem Kleingewerbe sowie dem gesamten Mittelstand den Untergang bereitet.

Und ist es denn mit der Freizügigkeit anders? Wie hübsch es auch klingt, durch die Freizügigkeit solle den Arbeitern ermöglicht werden, ihre Arbeitskraft an anderen Orten vorteilhafter zu verwerten, wenn am Wohnort der Betreffenden die Löhne zu gering seien. Ja, in der Theorie macht sich das ganz schön! Wenn nur das Reisen kein Geld kostete oder der verheiratete Arbeiter seine Familie und seinen Hausstand ins Felleisen packen und von einem Ort zum andern schleppen könnte, das bequeme Fahren erlauben ihm ja die niederen Löhne nicht, die zumeist nicht einmal zur Bestreitung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen. Trefflicher zustatten aber kommt die Freizügigkeit und das damit verbundene Niederlassungsrecht den Fabrikanten, den großen Unternehmern, Aktiengesellschaften etc., denen es gar nicht schwer fällt, Hunderte von schwedischen und italienischen Kulis einzuführen, wenn es den Heren einfällt, den Arbeitslohn der heimischen Arbeiter herabzudrücken oder die Arbeitszeit zu verlängern. Trotz alledem aber will die liberale Partei das Freizügigkeitsgesetz im Interesse der Arbeiter erlassen haben. Freilich, die Fabrikanten sind ja „auch“ Arbeiter. Wenn wir nun noch der willkürlichen Ausweisungen von Arbeitern durch die Polizei gedenken, die trotz Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht und Unterstützungswohnsitz erfolgen und die Arbeiter im eigenen Vaterlande heimatlos machen, so kommen uns die, angeblich im Interesse der Arbeiter, erlassenen liberalen Gesetze recht reaktionär vor. Und ist es mit den übrigen liberalen Errungenschaften um ein Haar besser bestellt? Ist es nicht erwiesen, daß das durch seinen § 2 schon für die Arbeiter mit zweierlei, und zwar verschlechtertem, Maß messende Haftpflichtgesetz durch die liberale Partei noch verschlechtert wurde zugunsten der Fabrikanten! Ist es nicht bekannt, daß die liberale

Partei im Reichstage in ihrer Mehrzahl das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten will durch die kriminelle Bestrafung des sogenannten Kontraktbruchs und durch Einführung der Gesindbücher? Und was tut denn diese Partei, die jetzt so arg gefährdete Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schützen? Wo steckt sie, um ihr stolzestes Paradeferd, die arg mißhandelte „Gleichheit vor dem Gesetz“, vor frivolen Übergriffen zu retten? Aber freilich, es sind ja bloß die Arbeiter, denen das Vereins- und Versammlungsrecht verkümmert wird, es sind ja bloß die Arbeiter, denen gegenüber die Gleichheit vor dem Gesetz zur schönen Phrase geworden ist. Sollen wir hierfür erst noch den Beweis erbringen? Es ist nicht nötig, denn täglich berichten ja die Zeitungen, wie willkürlich die Polizei nicht nur die öffentlichen Versammlungen der Arbeiterpartei verhindert, deren Mitgliederversammlungen als sogenannte politische Vereine, die angeblich mit andern derartigen Vereinen in Verbindung stehen, auflöst, sondern zu gegenseitiger Unterstützung begründete gewerklliche Vereine für politische Vereine erklärt und auflöst, während dergleichen politische und wirklich miteinander in Verbindung stehende Vereine der konservativen und liberalen Partei ganz unbehindert fortbestehen, und auch die gewerkllichen Vereine der Fortschrittspartei, die genau dieselbe Organisation haben, denselben Zweck verfolgen und gerade soviel oder sowenig politisch sind als die Gewerkschaften der Arbeiterpartei, die man verfolgt, ruhig gewähren läßt. Das wißt ihr alles, ihr Herren, und seid ganz einverstanden damit; aber wir wissen auch, daß ihr seit jeher die Rechte des Volkes verraten habt, sofern nur euer Klasseninteresse gewahrt blieb. Ihr seid entlarvt als politische Heuchler, als welche selbst euer Herr und Meister Bismarck euch gebrandmarkt hat!

Sollen wir nun erst noch auf das alberne Geschwätz eingehen, daß die Arbeiter nicht gebildet genug seien, um eine bessere Lage beanspruchen zu können? Ist es erst noch nötig, den Bildungsjesuiten zu sagen, daß die mehr oder weniger große Bildung für die Lösung der Arbeiterfrage gar nicht in Betracht kommt, daß aber alle Schuld für die mangelhafte, oft elende Schulbildung der Arbeiter diejenigen trifft, die das Heft der Gesetzgebung in der Hand haltend, mit Vorbedacht und systematisch die Aufklärung und bessere Bildung und Erziehung des Volkes durch gute Schulen und tüchtige, berufstreue Lehrer verhindert haben? Wer ist es denn, der den obligatorisch unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesamte Volk fordert? Sind es die Bildungsheuchler, die den Arbeitern ihre Unbildung zum Vorwurf machen, oder sind es die ungebildeten Arbeiter, die diese Forderung stellen? Der letzte Trumpf zur Bekämpfung der Arbeiterpartei, Verleumdung und Lüge, müssen längst angewendet werden, und das sagt alles! Was hat es gefruchtet, die Vorkämpfer der Arbeiterfrage, die Sozialdemokraten, als rote Internationale des Bündnisses mit der schwarzen Internationale, als welche die Ultramontanen bezeichnet werden, zu zeihen, obschon beide Parteien sich wie Feuer und Wasser zueinander verhalten? Nichts! 400 000 Stimmen für die sogenannten roten Reichsfeinde war die Antwort des Volkes.

Ferner! Was hat es denn genützt, daß liberale Lügner, als die Arbeiterbewegung damit vernichtet werden sollte, dieselbe als kommunistisch in ihrem Sinne bezeichneten, die Sozialdemokraten als „Teiler“ verdächtigten? Nichts, gar nichts! Das Volk ist hinter die Ränke gekommen und hat gefunden, daß nicht die Sozialdemokraten die Teiler sind, sondern

jene Heuchler, die in der verschiedenartigsten Weise die Teilerei als Kultus betreiben.

Es ist ganz erschrecklich, in welcher vielfältiger Weise bei den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen „geteilt“ wird. Erst kommt der Arbeitsherr, der mit dem Arbeiter teilt. Dem Arbeiter gibt man den „Lohn“, der etwa die Hälfte bis zwei Drittel von dem beträgt, was der Arbeiter für diesen Lohn geschaffen hat, dem Arbeitsherrn aber gehört aller über den Lohn hinaus erzeugte Wert. Dann kommen der Hausherr und der Groß- und Kleinhändler, denen der Arbeiter einen Teil seines Lohnes als Zins und sogenannten Profit zahlen muß. Drittens kommt der Staat und die Gemeinde und verlangen in Form von Steuern und Abgaben ihren Teil. So geht die Teilerei fort, unter welcher der Arbeiter so schwer zu leiden hat, daß ihm nur ein kleiner Bruchteil dessen, was er erarbeitet, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse übrigbleibt, bis zum Grabe; ja über dieses hinaus, denn selbst von dem toten Arbeiter nimmt die Kirche noch ihren Teil.

Diese Teilerei will die Sozialdemokratie nun möglichst beseitigen. Darum der Haß, das Geschrei, die Lügen und die Verdächtigungen derselben durch die wirklichen Teiler. Die Lösung der Arbeiterfrage besteht gerade darin, daß alle Teilerei abgeschafft wird, die Arbeiter also nicht wie früher im Arbeitslohn nur einen Teil dessen erhalten, was sie geschaffen haben und was ihnen gebührt, sondern daß denselben alles, der volle Ertrag ihrer Arbeit, zuteil wird.

Wie groß aber die Summen sind, die die Arbeiter, gezwungen durch die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen, an die Teiler abgeben müssen, davon einige Beispiele.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik, die vormals dem Herrn Kommerzienrat J. Zimmermann gehörte und vor zwei Jahren zu einer „Gründung“ für zwei Millionen Taler verkauft wurde, liefert hierfür den besten Beweis.

Diese Fabrik hat in dem einzigen Jahr, vom 1. Juli 1872 bis zum 30. Juni 1873, einen Nettogewinn von 358 997 Taler 12 Ngr. 5 Pfg. gemacht. Diese Beute ist in folgender Weise verteilt worden: Tantieme an den Direktor Herrn Zimmermann 26 924 Taler 22 Ngr., 15 Prozent Dividende an die nichtstuhenden Aktionäre 300 000 Taler, Reservefonds 17 949 Taler, Tantieme an den Aufsichtsrat 10 706 Taler, Saldo aufs neue Geschäftsjahr 3416 Taler.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik beschäftigt ca. 1 500 Arbeiter, es würde demnach jeder Arbeiter, wenn der Arbeitsertrag ihm statt den Drohnen der Gesellschaft zugute käme, 240 Taler pro Jahr durchschnittlich mehr verdient haben. Es würde also ein Arbeiter der Fabrik, der jetzt durchschnittlich 250 Taler Lohn erhalten hat, 490 Taler erhalten haben. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter wohl schwerlich einen Direktor anstellen würden, der für ein Minimum von täglicher Arbeit, neben 26 924 Taler Tantieme, vorweg 10 000 Taler fixen Gehalt bezieht. Was so ein Bourgeoisemagen verdauen kann, davon legt uns Herr Kommerzienrat Zimmermann ein sprechendes Zeugnis ab. Rechnen wir einmal. Herr Zimmermann hat als „Direktor“ sicher ein sehr bequemes Leben, seine wirkliche tägliche Arbeit nimmt vielleicht den zehnten Teil der Zeit in Anspruch, welche ein Arbeiter in dieser Fabrik sich abschinden muß.

Vergleichen wir also einmal die Lage des Herrn Direktors mit derjenigen eines seiner Arbeiter. Herr Zimmermann erhält a) 10 000 Taler Gehalt, b) 26 924 Taler Tantieme als Direktor, c) die 15 Prozent Dividende von mindestens 400 000 Taler Aktien, welche ihm, wenn wir nicht ganz irren, bei Verkauf seiner Fabrik zugeschrieben wurden, die 60 000 Taler betragen, d) die Zinsen von 1 600 000 Taler Rest-Kaufsumme seiner Fabrik, von denen wir annehmen, daß er sie sicher und solid statt in Aktien, in 5 prozentigen Staatspapieren angelegt hat, diese Zinsen betragen 80 000 Taler, e) dem sonstigen sehr erheblichen Vermögen des Herrn Zimmermann, das wir aber nicht im Betrage kennen und außer Frage lassen wollen. Die sämtlichen hier aufgeführten Summen ergeben den kolossalen Betrag von 176 924 Taler jährlicher Einkünfte, oder nahe an 500 Taler täglich.

Ein Arbeiter der Chemnitzer Werkzeugfabrik, der täglich sich elf Stunden abschindet, und wenn er alt und stumpf geworden ist, wie eine ausgepreßte Zitrone beiseite geworfen wird, verdient durchschnittlich pro Woche vielleicht fünf Taler, jährlich also 260 Taler, d. h. das ganze Jahr nur die größere Hälfte von dem, was Herr Zimmermann an einem einzigen Tag einnimmt, und wohl gemerkt, ohne nennenswerte Arbeit. Der „Entbehrenslohn“ des Herrn Zimmermann umfaßt also die ganze Jahreseinnahme von 720 Arbeitern der unter seiner Leitung stehenden Fabrik, und, wenn wir einem Vergleich mit dem Lohn unserer Weberbevölkerung ziehen wollen, das Jahreseinkommen von 1 500 Weberfamilien, also einer Weberbevölkerung von ca. 7 500 Köpfen.

Dieselbe Fabrik veröffentlichte über das letzte Geschäftsjahr die Bilanz, der ich folgende Zahlen entnehme:

Den Aktiven im Betrage von 3 226 128 Taler 17 Gr. 5 Pfg. stehen Passiven im Betrage von 2 914 818 Taler 3 Ngr. 3 Pfg. gegenüber, mithin sind 311 310 Taler 14 Ngr. 2 Pfg. verdient (von den Arbeitern); hiervon gehen die üblichen Abschreibungen und Dotierung des Reservefonds ab mit 94 831 Taler 4 Ngr. 5 Pfg., so daß aus den bleibenden 216 479 Taler 9 Ngr. 7 Pfg. und nach Bestreitung der Tantiemen an die Verwaltung 8 Prozent Dividende auf ein Aktienkapital von 2 400 000 Taler verteilt werden können (an die Aktionäre!), ein Resultat, das bei dem ruhigen Geschäftsgang und dem plötzlichen Abschlag aller Materialien gewiß ein befriedigendes zu nennen sein dürfte. — Die Arbeiter mögen nicht vergessen, daß es ihr Arbeitsertrag ist, was da verteilt wird.

Ein Bericht über die vormals Münnichsche Maschinenfabrik in Chemnitz gibt folgende Aufschlüsse über die Einnahmen der Teiler:

Die Tantieme für den Aufsichtsrat im vorletzten Geschäftsjahre betrug bekanntlich zusammen 22 663 Taler 6 Ngr. 4 Pfg. oder 3 777 Taler 6 Ngr. für jedes einzelne Mitglied, wobei extra Reise- und andere Verläge reichlich vergütet wurden. Drei Sitzungen hatten die Herren im ganzen gehalten. Also kostete der Gesellschaft jede Aufsichtsratssitzung 7 554 Taler 12 Ngr. und jedes Mitglied verdiente 1 259 Taler 2 Ngr. pro Sitzung, auch wenn es derselben nicht anwohnte.

Für diese 1 259 Taler muß im Durchschnitt ein Arbeiter genannter Fabrik fünf Jahre lang Tag für Tag arbeiten.

Der bekannte Kanonen-Krupp in Essen hatte bisher 7 200 Taler Einkommensteuer bezahlt. Wie uns berichtet wird, ist Herr Krupp für das Jahr 1874 in die 117. Steuerstufe gesetzt und zu einem Steuerbetrage von

50 400 Talern veranlagt worden. Diese Summe würde somit, bei einem Zinsbetrage von nur drei Prozent veranlagt, ein Einkommen von jährlich einer Million und 680 000 Taler repräsentieren. Bisher hat also der „große Industrielle“ von seinem Einkommen nur dreisebentel Prozent als Steuer gezahlt, d. h. sehr viel weniger als jeder andere preußische Bürger. Interessant wäre es zu erfahren, wieviel Arbeiter des Herrn Krupp zusammen eine Jahreseinnahme von 1 680 000 Taler haben, und wie hoch die Steuersumme ist, welche diese Arbeiter an den Staat entrichten müssen.

Die armen Bergleute, welche für den Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein arbeiten, haben dieser Gesellschaft laut Geschäftsbericht im Jahre 1873 die Summe von 100 010 Talern Reingewinn verdient. Bei 425 Arbeitern macht das auf jeden einzelnen 200 Taler. Die Aktionäre stecken 45 Prozent Dividende in ihre weiten Taschen, ohne etwas getan zu haben. Wer aber das „Teilen“ abschaffen will, ist ein „Feind des Eigentums“, ein „betörter Fanatiker“, ein „gewerbsmäßiger Agitator“ usw.

Und nun frage ich, sollen wir noch mehr Beweise erbringen dafür, wie „geteilt“ wird und wer die „Teiler“ sind?

Nun, vom Schauplatz der Großindustrie werden diese Proben genügen.

Aber jetzt fragen wir, wer ist es denn, der die ungeheuren Summen zur Bereicherung Einzelner aufbringen muß, und wer die „Teiler“ sind.

Merkt die liberale Partei, merken die Gegner der Arbeiterpartei nun wohl, wie die giftgetränkten Pfeile der Lüge und Verleumdung von dem blanken Schild der Sozialdemokratie: Wahrheit und Gerechtigkeit abprallen und ins eigene faule Fleisch dringen?

Ich halte es nicht mehr der Mühe wert, die Palliativmittelchen zur Lösung der Arbeiterfrage, d. h. Vorschläge, durch Spar-, Vorschuß- und Konsum-Vereine, durch Teilhaberschaft am Reingewinn, die Lage der Arbeiterbevölkerung bessern zu wollen, näher ins Auge zu fassen und deren Nutzlosigkeit nachzuweisen.

Es geht diesen Mitteln wie dem Hoffschen Malzextrakt: sie helfen denen am meisten, die sie am lautesten anpreisen.

So viel aber wird der denkende Zuhörer aus den gegebenen Darlegungen wohl selbst entnommen haben und weiterentwickeln können, daß die Lage der Industriearbeiter in keiner Weise eine Besserung zu gewärtigen habe, es sei denn, daß die Forderungen der Sozialdemokratie zur Geltung kommen, wie sie dieselben klar und bündig gestellt und unermüdetlich verfochten hat.

„Beitritt zur Organisation der Partei“, das ist der Ruf, den ich an alle richte, die ein Interesse haben, daß es anders werde. Nur im fortgesetzten Kampfe gelangen wir zum Siege; unsere Waffe aber ist die Organisation. Also, Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Vahlteich: Ich wiederhole auch diesmal die Aufforderung zum Wort, bevor der Korreferent spricht. Da niemand sich meldet, erteile ich das Wort Herrn Grillenberger-Nürnberg.

Grillenberger: Meine Herren! Mein Vorredner hat hauptsächlich die industrielle Arbeiterfrage behandelt, so daß mir nur erübrigt, über die Verhältnisse der ländlichen, der bäuerlichen Arbeiter, zu sprechen. Ich werde bei Behandlung dieses Themas selbstverständlich auch auf eine

andere Frage zu sprechen kommen, die mit der ländlichen Arbeiterfrage aufs innigste verwachsen ist und deshalb nicht wohl von ihr getrennt werden kann, obwohl ich sie nicht als Hauptfrage für mein Referat behandeln werde — es ist dies die Grund- und Bodenfrage.

Man hat sich in sozialdemokratischen Kreisen schon manchmal darüber gewundert, daß die sozialistische Bewegung im allgemeinen trotz der angestrengtesten Agitation noch keinen größeren Einfluß auf die Wahlen hervorzubringen imstande war. Es liegt dies zum großen Teile darin, daß die ländlichen Arbeiter die Bestrebungen des industriellen Proletariats nicht nur nicht unterstützen, sondern aus Unkenntnis feindlich dagegen auftreten und die industriellen Arbeiter bei den Wahlen niederstimmen. Und doch sind die Interessen des arbeitenden Volkes auf dem Lande solidarisch mit denen ihrer Brüder in den Städten, und wir können sicher sein, nie etwas Durchgreifendes fertigzubringen, solange nicht die Arbeiter in Stadt und Land Hand in Hand miteinander gehen.

Es ist keine geringe Aufgabe, über die „ländliche Arbeiterfrage in Deutschland“ zu sprechen, da bei uns die Verhältnisse noch lange nicht entwickelt genug sind, um diese Frage sofort von dem nämlichen Gesichtspunkt aus aufzufassen, wie dies bei den übrigen Punkten der sozialen Frage möglich ist. Man kann z. B. in einem großen Teile Süddeutschlands recht wohl von einer „bäuerlichen“ Frage, aber trotzdem noch nicht von einer „ländlichen Arbeiterfrage“ sprechen, wie dies z. B. in Norddeutschland vielfach eher am Platze ist. Im großen und ganzen ist es jedoch überall gleich insofern, als die ländlichen Arbeiter nicht minder, sogar sehr häufig noch mehr, unter dem Druck des Kapitals zu leiden haben als die Handwerker. Wir haben deshalb ein Hauptaugenmerk auf die ländlichen Arbeiter zu richten und eine Organisation derselben ins Leben zu rufen. Wenn wir aber einen klaren Überblick über die Situation erlangen und zu einem Resultat kommen wollen, wie die Sache anzufangen sei, so müssen wir vor allen Dingen die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse sowie die verschiedenen Wandlungen der Eigentumsform in bezug auf Grund und Boden in den verschiedenen sogenannten Kulturländern ins Auge fassen. In keinem Lande der Welt machen sich wohl die schrecklichen Folgen der Monopolwirtschaft auf krassere Weise bemerklich als in England, in demjenigen Staate, in dem es längst keine freien Bauern, sondern lediglich Sklaven — in des Wortes ausgedehntester Bedeutung — der Großgrundbesitzer gibt.

(Redner schildert nun in kurzen Zügen die „Aneignung“ des englischen Grund und Bodens durch das adelige Raubgesindel der Normannen, die gewaltsame Expropriierung des Gemeindelandes durch die Landlords, die Umwandlung von Tausenden Acres Land in Weideland und das rücksichtslose Davonjagen der früheren Kleinbesitzer und kommt schließlich auf die jetzigen Verhältnisse und auf die Lage der englischen Landarbeiter zu sprechen.)

Das englische Volk hat tatsächlich keinen Grundbesitz, da der gesamte Boden, auf dem ca. 30 Millionen Menschen wohnen, sich in den Händen von etwa 30 000 Besitzern befindet. Von diesen besitzen die einhundertundsechzehn reichsten die Hälfte von England und drei Viertel von Schottland als Privateigentum! Daß diese Herren selbst nicht arbeiten, ist selbstverständlich. Die meisten von ihnen

verbummeln ihre halbe Lebenszeit auf dem Kontinent oder auch in den großen Städten Englands und haben meist nicht die geringste Ahnung von der Lage, in der sich diejenigen befinden, welche das Land zu bebauen haben. Der größte Teil des Landes ist an Pächter vermietet, welche ungeheure Pachtsummen zu zahlen haben und deshalb den Boden und die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiter — Knechte und Tagelöhner — in der ausgedehntesten Weise ausbeuten. Nur ein kleiner Bruchteil des Nutzlandes wird auf eigene Rechnung der „Herren“ von ihren eigenen Beamten verwaltet und ausgenützt. Wir haben es hier also mit zwei Sorten von Ausbeutern zu tun: mit den „Eigentümern“ des Landes, welche eine möglichst hohe Pacht herauszuschinden suchen, und mit den „Pächtern“, welche diese Gelder nicht durch eigene Arbeit aufbringen, sondern einfach von den Arbeitern „verdienen“ lassen. Während in Deutschland neben dem eigentlichen ländlichen Proletariat, dem Tagelöhner und Knecht, noch vielfach der kleine Bauer existiert, ist dies in England nicht mehr der Fall. Die Landarbeiter befinden sich in bezug auf Lebensart, Auslohnung usw. ganz genau auf derselben Stufe wie die Industriearbeiter. Von dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Pächter oder Bauer und Knecht wie in Deutschland ist dort schon lange keine Rede mehr. Und auf welcher schrecklicher Stufe des Proletariatlebens sind jene Menschen bereits angelangt! Sie können nichts weiter, als morgens sich in ihr Joch zu spannen und zu wühlen, um den erbärmlichen Hungerlohn zu verdienen. Diese Tätigkeit wird nur unterbrochen, wenn das Arbeitstier, denn so kann man den englischen Landarbeiter füglich nennen, zum Troge geht oder die matten Glieder auf der Streu ausstreckt. Von den Wohnungen eines großen Teil dieser Leute mögen sich unsere „Humanisten“ einen Begriff machen, wenn sie hören, daß in den so vielfach von den Dichtern besungenen „Cottages“ selten mehr als ein einziger Raum zum Wohnen vorhanden ist, in welchem dann ein Dutzend oder noch mehr Menschen jeglichen Alters und Geschlechts zusammen wohnen, nein nicht wohnen, sondern wie die Tiere im gräulichsten Schmutze vegetieren. In solchen Ställen werden die Menschen geboren, wachsen sie auf, paaren sie sich und leben mit ihren Nachkommen wiederum in derselben Weise zusammen. Und auf der anderen Seite existiert ein für uns fast unglaublicher Luxus, eine Verschwendung, die alle Begriffe übersteigt; das Mark des Arbeiters und sein Schweiß kristallisieren sich in Form von Goldstücken und dienen den „Herren“ zur Befriedigung der wahnsinnigsten Gelüste. Und ist dann der Arbeiter durch ein knappes Menschenalter hindurch genügsam ausgepreßt, so winkt ihm als tröstliches Asyl für sein Alter das „Workhouse“, das Arbeitshaus. Es gibt in England Arbeiter in Masse, die lieber Selbstmord begehen, als sich dem Workhouse überliefern zu lassen. Man wird nun wohl sagen, daß diese Zustände in neuerer Zeit anfangen anders, besser zu werden, da sowohl von sogenannten Humanitäts- und Wohltätigkeitsgesellschaften als auch von den Grundbesitzern selbst für den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen usw. gesorgt würde. Das letztere ist richtig. Aber diese Wohnungen werden nicht gebaut, um dem Arbeiter eine menschenwürdiger Existenz zu sichern, sondern lediglich aus Spekulation, um die Arbeitskräfte an die Scholle zu fesseln, da sie bereits angefangen haben, sich aus stumpfsinnigen Arbeitsmaschinen zu denkenden Menschen zu machen und sich eine Organisation geschaffen haben, die bereits jetzt nach Hunderttausenden zählt. Bei der jetzigen Aussperrung kann man es ja am allerdeutlichsten sehen, daß es mit diesen

Wohnungen nur darauf abgesehen ist, die Arbeiter abhängiger zu machen; denn sobald einer es wagt, sich zu rühren, kommt er bekanntlich außer Arbeit und in allen solchen Fällen ist mit der Arbeitsentlassung auch die Kündigung der Wohnung verbunden.

Wenn man nun Zustände wie die geschilderten selbst vom „orthodox-christlichen“ Standpunkt aus ansehen wollte, so müßte man sich fragen: Was soll das für ein Herrgott sein, der eine solche Welt geschaffen hat? Wie kommt er dazu, die ganze schöne Erde ein paar Faulenzern als „Eigentum“ zuzusprechen, während eine so erschrecklich große Anzahl von fleißigen Menschen zu nichts weiter bestimmt sein soll, als für jene Minorität gefügige Werkzeuge abzugeben?! Die Erde ist für uns alle da, und niemand hat jenen das Recht gegeben, sie zu usurpieren und als Monopol zu betrachten!

Durch den Großgrundbesitz in England mußte selbstredend auch der Großbetrieb auf dem landwirtschaftlichen Gebiete herbeigeführt werden; wir sehen die Maschinen in ihrer größten Vollendung, soweit dieselbe bis jetzt erreicht ist, in Anwendung; der Dampfplug der Landlords hat längst den Handplug des freien Bauern verdrängt. Es ist rationeller Betrieb, kein kümmerlicher Raubbau wie in Frankreich und einem großen Teile Deutschlands vorhanden, und deshalb ist auch in England die Ertragsfähigkeit bzw. der Nutzen, den das Land abwirft, um fast sechshundsechzig Prozent größer als in Frankreich.

Dies lehrt, daß das gesamte Land, wenn Eigentum der Arbeiter und auf die genannte Weise bearbeitet, genug abwerfen würde, um alle reichlich zu ernähren und keinen darben zu lassen.

Sehen wir nach Frankreich hinüber. Dort existiert seit Jahrhunderten das Parzellensystem, das System der Güterzertrümmerung. Es existierte dasselbe schon zur Zeit der Leibeigenschaft in indirekter Form. Die großen Besitzungen der in den Klöstern ihr Unwesen treibenden Pfaffen und die des Adels waren sämtlich in soundso viele kleine Parzellen eingeteilt, welche von den „Hörigen“ für die „Herren“ bearbeitet werden mußten. Durch die große Revolution vom Jahre 1789 wurden diese Parzellenbauern frei. Sie traten in den Besitz des Landes, das von dem souveränen Volk expropriert worden war. Aus diesem Grunde kämpfte auch der französische Bauernstand zum großen Teil mit so gewaltiger Begeisterung für die Revolution und für die Republik. Er sah in ihr seine Befreierin. Er wurde durch sie zum Grundbesitzer gemacht. Achtzig Jahre sind seitdem verflossen; die französischen Bauern haben während dieser Zeit Gelegenheit gehabt, alle möglichen Verbesserungen für die Landwirtschaft einzuführen.

Sehen wir uns indes nach dem Resultat dieses 80jährigen Besitzes um!

Der französische Bauer steht in Hinsicht auf sein ökonomisches und leibliches Wohlergehen noch genau auf derselben Stufe wie vor der Revolution. In allen übrigen Fragen steht es noch weit schlimmer.

Die Hypothekenschulden, die auf dem Lande lasten, betragen 1851 schon 10 Milliarden Francs, und 1866 gab es in Frankreich mehr als 3½ Millionen Bauern, welche infolge ihrer schlechten Lage ihre Steuern nicht bezahlen konnten! Und dabei ist ins Auge zu fassen, daß in Frankreich, (das bei einer Einwohnerzahl von 38 Millionen 7850 000 Grundeigentümer zählt — während England bei 30 Millionen bloß 30 000 (!) zählt —)

infolge der Parzellenwirtschaft der Ertrag, wie ich schon angeführt habe, weit geringer ist, als in England, wo die Arbeit, zu deren Verrichtung in Frankreich sieben Hände notwendig sind, dort von zweien verrichtet wird.

Die Lebensweise selbst aber ist in vielen Gegenden noch erbärmlicher als in England, abgesehen davon, daß das Land entvölkert wird und verarmt.

Meine Herren! Ich glaube nicht nötig zu haben, auch noch auf andere „Kulturländer“ überzugehen. Betrachten wir nun einmal unser liebes Deutschland. Hier finden wir beide bereits geschilderte Wirtschaftssysteme vertreten. In Norddeutschland, namentlich in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen, finden wir den englischen Großgrundbesitz in ausgeprägtester Weise. Die dortigen Rittergutsbesitzer sind dasselbe wie die englischen Landlords, nur fehlt hier der Pächterstand, wenigstens ist derselbe nicht in der gleichen Ausdehnung vorhanden wie in England. Wir haben hier unter den Arbeitern dreierlei Art zu unterscheiden: die eigentlichen „Knechte“, die auf festen Lohn gedungen werden und auch Kost und Wohnung (und was für eine!) bei den „Herren“ haben; dann die „Tagelöhner“, welche wie die industriellen Lohnarbeiter um ein bestimmtes Tagesgeld oder zur Erntezeit wohl auch im Akkord arbeiten, und keine weiteren Verbindlichkeiten gegen die Besitzer haben, und endlich die sogenannten „Inst- oder Dienstleute“, die Nachkommen der früheren Leibeigenen, welche zu dem Gutsherrn in dauerndem Dienstverhältnis stehen, Wohnungen und Naturallieferungen erhalten und dafür verpflichtet sind, mit Weib und Kind, womöglich auch noch mit einem Scharwerker für den Herrn zu arbeiten. Diese letzteren Arbeiter unterscheiden sich von den früheren schwarzen Sklaven Amerikas nur in sehr geringem Grade.

Daneben gibt es dann allerdings auch noch einen gewissen „Kleinbauernstand“, der aber im Vergleich zu den bis jetzt genannten Arbeiterarten fast vollständig verschwindet. Die Bezahlung dieser sämtlichen Arbeiter ist geradezu jammerwürdig, und in bezug auf die Wohnung stehen sie so ziemlich auf derselben Stufe wie die englischen Cottagers. Daber auch die riesige Zunahme der Auswanderung nach Amerika aus jenen Gegenden, die zwar nebenbei auch noch dem Militarismus mit in die Schuhe geschoben werden muß. Denn der englische Arbeiter, so geplagt und ausgepreßt er auch wird, da ihn der Fabrikant oder Gutsbesitzer nach Belieben hungern, ja verhungern lassen kann — er hat wenigstens den Trost, daß er nicht zum Militärdienst gezwungen werden kann, während der deutsche Proletarier und namentlich der ländliche Proletarier die sichere Aussicht hat, wenn er seine geraden Glieder hat, gedrillt zu werden, um das System der Ausbeutung und der Unterdrückung noch im Dienste der Pickelhaubenkultur mit dem Schießprügel in der Faust aufrechterhalten und sich dafür totschießen lassen zu dürfen!

(Redner geht nun auf die statistischen Angaben der Herren von der Goltz und Rudolph Meyer ein und schildert in satirischer Weise ihre Vorschläge zur Steuerung der Auswanderung sowie zur Lösung der sozialen Frage im allgemeinen.) — In den erwähnten Ländern nun ist die Ausbeutung und die Arbeitsmethode so weit gediehen, um mit der Organisation der Landarbeiter zur Erzielung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen vorgehen zu können. Auch können diesen Leuten die Grundlehren des Sozialismus, und die Konsequenzen, die er für die Land-

arbeiter mit sich bringt: allmähliche Umwandlung der Staatsdomänen und Kirchengüter in Kollektiveigentum mit genossenschaftlicher Bearbeitung sowie später gänzliche Expropriation des gesamten Grund und Bodens, — recht wohl begreiflich gemacht werden.

In Süd- und Westdeutschland ist noch mehr das französische Parzellensystem mit denselben Regeln bzw. der Erbfolge im Gebrauch. Dort existiert noch ein ziemlich wohlhabender bäuerlicher Mittelstand, der aber infolge der Fortschritte auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Wissenschaft gezwungen ist, entweder den rationellen Großbetrieb mit Maschinen einzuführen und dadurch zur Vergrößerung und Arrondierung seiner Güter zu greifen, oder, wenn er die Mittel hierzu nicht hat, langsam zu verkommen und in die Reihen der Kleinbauern und Tagelöhner zurückzutreten. Diese Beobachtung kann man namentlich in dem wohlhabendsten Regierungsbezirk Bayerns, in Niederbayern, der sogenannten bayrischen Kornkammer machen. Zwei Drittel des gesamten Grund und Bodens von Niederbayern sind mit Hypothekenschulden überlastet, und auch das andere Drittel ist mehr oder weniger in den Klauen von Wuchern und Geldwechslern.

Das ist die Kehrseite der Medaille. Und tritt irgendwie eine Krisis oder ein Krieg ein, so daß der Bauer zahlungsunfähig wird, so fällt das ganze Land in die Hände einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten. Es ist daher notwendig, auch die ländlichen Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zu organisieren nach dem Muster der englischen Gewerkschaften. Daß der Sozialismus unter der Landbevölkerung Wurzel fassen kann, beweist erstens die schleswig-holsteinsche Gegend und dann auch die katholisch-soziale Propaganda. Mit letzterer hatte ich Gelegenheit, zusammenzutreffen. Als ich in der Wahlperiode unter den ländlichen Arbeitern agitierte, wurde mein sozialistisches Programm immer mit größter Freude aufgenommen; aber gleich darauf kommt ein Pfaffe und sagt: alles, was der euch gesagt hat, ist richtig; wir wollen ganz dasselbe. Nur wollen wir den Herrgott dazu und die Sozialdemokraten wollen den Herrgott nicht. Selbstverständlich wenden sich nun die meisten von uns wieder ab. Es ist daher in dieser Hinsicht Vorsicht zu üben; nicht daß man jesuitisch mit seiner eigenen Überzeugung hinter dem Berge hält, sondern man braucht nur nicht mit der Türe ins Haus zu fallen, und hat eben mehr über die Organisation, als über Religion und dergleichen zu reden.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß es notwendig ist, in nächster Zeit schon eine Organisation der Landarbeiter ins Leben zu rufen und empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung anerkennt die Solidarität der industriellen und ländlichen Arbeiter und betrachtet es als eine Hauptaufgabe für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, durch planmäßige Agitation die sozialistischen Grundsätze unter der Landbevölkerung zu verbreiten und baldigst eine sozialdemokratische Organisation der ländlichen Proletarier ins Leben zu rufen.“ —

Sorgen Sie dafür, daß die sozialistische Propaganda immer größere Ausdehnung erlange, sorgen Sie dafür, daß es hell werde in den Köpfen der ländlichen Proletarier, damit auch auf dieser Seite der Wahlspruch zur Wahrheit werde:

„Tod der Not, Krieg dem Müßiggang;
Friede und Arbeit,
Brot und Gerechtigkeit!“

Vahlteich: Wer aus der Versammlung das Wort wünscht, hat dasselbe. (Kurze Pause.) Es wünscht niemand zu sprechen, wir kommen zur Abstimmung. (Geschicht.) Die Resolution ist einstimmig angenommen und unsere Tagesordnung somit erledigt, dafern nicht sonst noch jemand im allgemeinen ein Anliegen hat. (Kurze Pause.) Es ist der Fall nicht, wir kommen zum Schluß.

Meine Herren! Auf den sittlichen Geist hinweisend, von welchem die Vorträge der Redner durchdrungen gewesen sind, wende ich mich insbesondere an die der Sozialdemokratie feindlich oder gleichgültig gegenüberstehenden Anwesenden, indem ich sie auffordere, wenn nicht an der sozialistischen Propaganda, so doch an der Kulturarbeit teilzunehmen, welche darin besteht, daß man dem armen vernachlässigten Volke wahre Bildung durch gesunde geistige Nahrung zuführt. Jeder Anwesende konnte durch die gehörten Reden zum wenigsten wohl davon überzeugt werden, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht den Schilderungen entspricht, welche ihre Feinde von ihr zu entwerfen pflegen; wie sie selbst ihre Sache mit sittlichem Ernste auffaßt, so mag auch das große Publikum sich bemühen, durch eifriges Studium sich mit der sozialen Wissenschaft bekannt zu machen. Jeder der ein Herz hat für die Leiden des Volkes, der es gut meint mit der ganzen Menschheit, ist zu solchem Handeln verpflichtet. —

Die Versammlung ist hiermit geschlossen!

(Der Verlauf dieser Versammlung war ein äußerst günstiger, und fanden sämtliche Referate lebhafte Anerkennung. Trotz der drückendsten Hitze blieb der Saal gefüllt bis zum Schluß der Versammlung (6.30 Uhr abends.)

Eröffnungssitzung am 22. Mai 1875

Anwesend etwa 120 Delegierte, außerdem viele Gothaer Parteigenossen.

Der Vorsitzende des Empfangs-Komitees, W. Bock, eröffnet die Sitzung und heißt die Delegierten in herzlicher Ansprache zum Vereinigungswerke willkommen.

Auf Antrag aus der Versammlung wird nach lebhafter Debatte bestimmt, daß bis zur definitiven Wahl des Büros Bock die Verhandlungen leiten solle. Die Büro-Wahl solle stattfinden, wenn die Mandate geprüft und für gültig erklärt worden seien.

Zu letzterem Zweck wird eine Kommission von zwölf Personen gewählt, und zwar von jeder Richtung die Hälfte. Die Wahl fiel auf Derossi, Fritzsche, Hasselmann, A. Kapell, Hackow und Vater von der einen, sowie Auer, Bronnemeler, Burkhardt, Geib, Grillenberger und Vahlteich von der anderen Seite.

Sodann wird noch eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäfts-Ordnungs-Vorlage gewählt, und zwar Hasenclever, Reimer, Bebel, O. Kapell, Liebknecht.

Auf Antrag Geibs erfolgt schließlich nach Art des Reichstag-Hammelsprungs die Abgabe der Mandate an Fritzsche, Geib, Hasselmann und Vahlteich, während von Auer und Rackow die Abrechnungen etc. verteilt werden.

Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen.

Zweite Sitzung am 23. Mai 1875

Dieselbe wird von Bock eröffnet. Die Geschäftsordnungs-Kommission legt durch O. Kapell ihre Vorlage vor, und werden nach kurzen Debatten über die einzelnen Punkte folgende Bestimmungen festgesetzt:

1. Die Delegierten, welche sprechen wollen, müssen sich beim Büro schriftlich zum Wort melden; 2. ebenso müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich eingereicht werden; 3. Delegierte, welche zu Anträgen sprechen wollen, müssen bemerken, ob für oder wider; 4. Anträge müssen von mindestens 15 Delegierten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen. Ist diese Unterstützung vorhanden, so erhält zunächst der Antragsteller das Wort. 5. Kein Delegierter darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort erhalten; 6. bei Schlußanträgen ist einem Delegierten für und einem wider den Schluß das Wort zu geben, sodann abzustimmen. 7. Für die General-Debatte wird die Redezeit auf zehn Minuten, für 8. die Spezial-Diskussion auf fünf Minuten festgesetzt; 9. die Referenten haben unbeschränkte Redezeit. 10. Persönliche Bemerkungen und faktische Berichtigungen sind erst nach Schluß der Debatte zu machen. 11. Alle Redner haben von der Tribüne aus zu sprechen. 12. Das Büro besteht aus zwei Vorsitzenden sowie einem Führer der Rednerliste und acht Schriftführern aus beiden Fraktionen, welche letztern zu je zwei abwechselnd die Protokolle anzufertigen haben.

Auf Antrag von Groß wird, weil die Mandatsprüfungs-Kommission mit ihrer Arbeit noch nicht fertig ist, die Versammlung um 12 Uhr vertagt.

Die Sitzung wird um 3.30 Uhr durch W. Bock wieder eröffnet, und werden von demselben Telegramme verlesen aus Graz, Glauchau, Bockenheim, Karlsruhe, Bornheim, Harburg, Guben und Berlin.

A. Kapell beantragt hierauf im Auftrage der Mandatsprüfungs-Kommission, daß der Kürze halber zur Benennung der beiden Fraktionen die Ausdrücke Eisenacher und Lassalleaner gebraucht werden möchten. Dem stimmt die Versammlung bei.

Es wird sodann das Resultat der Mandats-Prüfung der Eisenacher Fraktion zur Vorlage gebracht und jeder Delegierten-Name nebst den von ihm vertretenen Orten und der Stimmenzahl einzeln verlesen. Es sind vertreten: 144 Orte durch 56 Delegierte mit 150 Mandaten und 8121 Parteigenossen. (Später erfolgen noch einige Nachträge.) Dieser Bericht wird vom Kongreß gutgeheißen. Da die Mandats-Prüfung seitens der Lassalle'schen Fraktion noch nicht vollendet ist, so wird zunächst auf Antrag Fritzsches ein Mandat für Liebisch von der „Lassalle-Schule“ in Leipzig, welches von der Kommission beanstandet war, vorgenommen.

Fritzsche legt als Referent der Kommission die Gründe der Beanstandung vor, welche hauptsächlich darauf beruhten, daß in den Bedingungen zur Teilnahme an dem Kongresse enthalten sei, daß die betreffenden Sozialdemokraten im Laufe des letzten Vierteljahres irgendwelche Parteibeiträge an eine der beiden einberufenden Fraktionen gezahlt haben müssen. Dies sei seitens der Mitglieder der „Lassalle-Schule“ nicht geschehen, und konnte daher die Kommission das Mandat derselben nicht anerkennen.

Wiemer ist für Zulassung, da es sich um eine Vereinigung sämtlicher Sozialisten Deutschlands handle.

Auf Zwischenantrag wird beschlossen, bis zur Wahl des definitiven Büros zwei provisorische Schriftführer zu wählen, und werden dazu Mielke und Derossi bestimmt.

Fritzsche kommt noch einmal auf die Gründe der Kommission zurück. Wer keine Beiträge geleistet habe, könne sich nicht vertreten lassen. Ließe man die Lassalle-Schule trotzdem zu, dann falle auch der Grund zur Nichtzulassung mancher alten, im Zahlen säumigen, speziellen Parteigenossen.

Kokosky ist prinzipiell nicht gegen die Anerkennung des Leipziger Mandats; da aber einmal festgesetzt, daß Beiträge gezahlt worden sein müßten, so könne man dasselbe aus diesem Grunde nicht anerkennen. Braunschweig könnte sonst z. B. mehrere tausend Parteigenossen hier zur Vertretung gebracht haben.

Ulrich weist darauf hin, daß in Offenbach ebenfalls eine derartige „Fraktion“ bestände wie in Hamburg und Leipzig, die sich auch Sozialdemokraten nennen, aber nichts für das sozialdemokratische Prinzip tun, sondern durch ihr Gebaren gegen dasselbe wirke. Rodner ist indessen dafür, daß Liebisch persönlich zugelassen werde.

Frick stellt die Frage, ob die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ bei der letzten Wahl in Leipzig mitgewirkt haben.

Dies wird von Delegierten aus Leipzig bejaht.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag von Bebel angenommen, wonach noch zwei Rednern für und zweien gegen die Zulassung das Wort zu geben ist.

A. Kapell führt an, daß die Minorität der Kommission zwar nicht für Anerkennung des Mandats, wohl aber dafür war, daß man Liebisch persönlich zulasse. Die Leute haben schon durch die Aufbringung der Mittel zur Delegation Liebischs bewiesen, daß sie den guten Willen haben, an der Vereinigung teilzunehmen. Wir müssen also etwas Rücksicht nehmen.

Hartmann ist nicht dagegen, daß Liebisch als einzelne Person anwesend sei; aber wohl dagegen, daß das Mandat anerkannt werde. Derjenige, welcher das Wesen der Bräuerschen Fraktion nicht kenne, vermöge kaum zu beurteilen, in welcher Weise dieselbe noch bis jetzt vorgegangen ist. Man braucht nur einen Blick in das Organ derselben zu werfen. Wir hätten sie aufgefordert, wieder in den Verein einzutreten — vergebens. Nehme man daher keine Rücksichten, es steht ihnen ja auch noch nach der Vereinigung der Eintritt in die neue Partei offen.

Bebel. Es handelt sich nicht um die Bräuersche Fraktion in Hamburg, sondern um die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ in Leipzig. Liebisch habe das Mandat der Hamburger abgelehnt. Derselbe sei hergekommen, um sich an der Vereinigung zu beteiligen, wie es von seiner Seite und der seiner Mandatgeber schon seit länger in den Versammlungen in Leipzig geschehen ist. Wir haben sie in Leipzig mit Freuden aufgenommen, und hat Liebisch schon so viel Vertrauen genossen, daß er öfters zum Vorsitzenden in Volksversammlungen gewählt wurde. Was Bräuer geschrieben und gesagt, geht Liebisch nichts an. Wir können übrigens nur Delegierte zulassen, keine einzelne Personen; es steht uns aber frei, zuzulassen, wen wir wollen, und wenn wir eine Ausnahme betreffs der Bedingungen zur Beteiligung am Kongresse machen wollen, so steht dem nichts im Wege. Weisen wir das Mandat zurück, so stoßen wir einer Anzahl Parteigenossen vor den Kopf, und die gegnerische Presse wird dies sicherlich in der bestmöglichen Weise ausnutzen.

Wenn man beschließen wolle, die Leute einzeln aufzunehmen, so sehe der Redner nicht ein, weshalb wir sie nicht heute insgesamt anerkennen wollen.

Auer: Um die Personen handelt es sich nicht, auch nicht um das Vorgehen des Hamburger Bräuerschen Blattes. Die Gruppen, welche die Vereinigung eingingen, waren von vornherein bestimmt fixiert; von beiden Seiten mußten im letzten Vierteljahr Beiträge gezahlt worden sein. Wollen wir die Mitglieder der „Lassalle-Schule“ deshalb anerkennen, weil sie bei der Wahl Bebels mitgewirkt haben, so müßten noch Tausende hier vertreten sein. Für uns handelt es sich lediglich um die Vereinigung der beiden großen Fraktionen. Wenn die Mandanten Liebischs mit den Vereinigungs-Grundsätzen einverstanden sind, so können sie der vereinigten Partei ja beitreten. Wir haben bei der Mandats-Prüfung Hunderte gestrichen, weil die angegebenen Zahlen der Mandanten nicht mit den gezahlten Beiträgen stimmten — wir würden also hierin höchst ungerecht gehandelt haben, wenn wir nur dies Mandat anerkennen wollten.

Liebisch: Wenn man konsequent sein wolle, so dürfe man ihn auch nicht als einzelne Person zulassen, wenn man das Mandat nicht anerkenne; tue man das letztere nicht, so wolle er auch nicht als leerer Schatten fungieren. Er habe ein Mandat von Hamburg abgelehnt und den Anhängern Bräuers erklärt, daß sie selbst einen Delegierten senden sollten. Er sei mit dem Bewußtsein und dem festen Willen hergekommen, mit für die Gemeinsamkeit zu wirken. Die 20 Mandanten sind alte Kämpfer der Sozialdemokratie, und es wäre unrecht, dieselben zurückzuweisen und ihn lediglich zu einem Schattenmanne zu machen. Wenn man sagt, es genüge nicht, daß diese Leute bei der Wahl in Leipzig mitgewirkt haben, so weise der Redner darauf hin, daß es vorgekommen, daß hervorragende Parteileute nicht einmal ihren Beitrag gezahlt haben. Der Kongreß würde sich blamieren, wenn er die 20 Stimmen zurückweise. Etwas anderes wäre es, wenn ultramontane Sozialisten den Kongreß besuchen wollten; die 20 Leute aber in Leipzig sind alte treue Kämpfer der Sozialdemokratie. In Leipzig habe man dieselben als gleichberechtigt anerkannt, und der „Volksstaat“ habe sogar einen Antrag derselben zum Kongresse zum Ausdruck gebracht. Sie können mich hinauswerfen — Aber Sie werden es sicher bereuen. Redner bemerkt zum Schluß, daß er wohl für das Hamburger Blatt geschrieben habe, aber lediglich im Interesse der Gesamtpartei.

Fritzsche (als Referent): Furcht vor den 20 Mann, wie Liebisch meint, haben wir wohl nicht; ob wir uns durch die Nichtzulassung blamieren, möge er aber ruhig uns selbst überlassen. Liebisch hat noch immer nicht erklärt, wie er jetzt mit der Bräuerschen Fraktion steht. Es ist vorgekommen, daß Partikularisten uns bei den Wahlen unterstützt haben — wir müßten also, wenn wir das Mandat Liebischs anerkennen wollen, auch konsequenterweise gestatten, daß diese sich am Kongresse beteiligen können. Wir können nur diejenigen Parteigenossen berücksichtigen, auf die wir auch unter allen Umständen rechnen können. Man möge also dem Antrage der Kommission zustimmen.

Vahlteich bemerkt persönlich, daß er für Zulassung Liebischs mit Mandat gewesen.

Liebknecht betont, daß der von Liebisch erwähnte Antrag zum Kongreß in den „Volksstaat“ deshalb aufgenommen wurde, weil man irrtümlich annahm, daß die betreffenden Antragsteller den Bedingungen Rechnung getragen hätten, welche für die Beschickung des Kongresses gestellt waren.

Hartmann richtet nochmals die Frage an Liebisch, ob er mit der Fraktion Bräuer in Verbindung stände, bzw. mit derselben einverstanden sei.

Liebisch meint, ob die Delegierten denn Spießbürger und Philister seien; er habe doch gesagt, daß er das Mandat von Hamburg abgelehnt habe. Wenn er nach der Vereinigung noch mit der Bräuerschen Fraktion in Zusammenhang bleibe, dann erst hätte man Grund, gegen ihn vorzugehen.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag der Kommission auf Verwerfung des Mandats wird angenommen.

Ein nunmehr von Kaiser gestellter Antrag auf namentliche Abstimmung, welcher sich darauf stützt, daß das Resultat zweifelhaft sei, wird angenommen.

Liebisch bemerkt, daß er sich, wenn er gewußt hätte, daß die Verhandlungen durch ihn so sehr in die Länge gezogen würden, zurückgezogen haben würde. Er bittet also, über seine Person wegzugehen.

Von Hasenclever wird beantragt, daß erst die Präsenzliste der Lassalleschen Fraktion vorgelegt werde; dies wird angenommen und durch Rackow erledigt. Das Gesamtergebnis der einzeln vorgebrachten Mandate ist: 148 Orte, vertreten durch 73 Delegierte mit 172 Mandaten und 15322 Stimmen. Dies wird gutgeheißen.

Fritzsche führt an, daß nachträglich noch mehrere Mandate eingetroffen seien, und später das Endergebnis der Mandatsprüfung mitgeteilt werde.

Es folgt nun namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommission, das Mandat für Liebisch nicht anzuerkennen.

Für diesen Antrag stimmen: Auer, Bronnemeier, Bock, Blos, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Fink, Geib, Gladewitz, Grillenberger, Heittbrinck, Hochheim, Kühn, Kokosky, Kegel, Liebknecht, Löwenstein, Mamme, Mai, Schumacher, Scheu, Ullrich; Brückmann, Drossi, Dreesbach, Dulk, Egert, Finn, Fritzsche, Gadow, Globe, Groß, Günther, Hartmann, Hasenclever,

Hasslmann, Heinemann, Heinzel, Herzog, Hörig, Hurlmann, A. Kapell, O. Kapell, Klein, Klute, Köhnke, Kreuzberg, Kronenberg, Lingner, Lichtenberg, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzold, Bleß, Rackow, Reichelt, Reimer, Reinders, Tscharnke, Schiedewitz, Stuhr, Tutzauer, Winner, Vater.

Gegen den Antrag stimmen: Böttcher, Baumann, Bebel, Bender, E. Fischer, Fischer (Coburg), Franz, Just, Hoffmann, Hirsch, Kaiser, Klees, Kettel, Lehmann, Linke, Müller, Motteler, Mielke, Paditz, Petermann, Reinhold, Richter, Slauck, Stolle, Ufert, Vah' sich, Wiemer, Wendeler, Wobusa; Bähke, Bardow, Böttcher, Daßbach, Drogand, Fahl, Frick, Harm, Hasse, Heerhold, Kuhl, Löffelbein, Polster, Prinz, Risch, Rödiger, Schönian, Schwedendick, Steffens, Steineck, Walther, Wichtendahl, Wytzka, Zwiener, Strecker.

Der Antrag der Kommission ist also mit 68 gegen 54 Stimmen angenommen.

Petzold gibt zu Protokoll, daß er deshalb gegen Zulassung des Leipziger Mandats gestimmt, weil Liebisch keine genügende Antwort auf die Frage Liebichs gegeben, der ihn unmittelbar vor der Abstimmung noch über sein Verhältnis zum „Hamburger Sozialdemokrat“ interpelliert. Tölcke und Burkhardt enthalten sich der Abstimmung.

Es kommt nun zur Abstimmung ein Antrag O. Kapells, Liebisch persönlich ohne Stimmrecht zuzulassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Telegramme aus Offenbach, Pest, Hanau, Berlin, von Parteigenossen des Teltower Kreises.

Es wird nunmehr zur Wahl des definitiven Büros geschritten.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat folgende Vorschläge gemacht: zu Vorsitzenden die Delegierten Hasenclever und Geib, und zu Schriftführern die Delegierten Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger von der einen, und Burkhardt, Bronnemeier, Kegel und Mielke von der andern Seite zu wählen.

Klein hebt hervor, daß beiden Richtungen Rechnung getragen worden sei, und daher am besten der Antrag der Kommission en bloc angenommen werde.

Drogand und Groß sind gleichfalls dafür.

Bähke schlägt zu Vorsitzenden Geib, Fritzsche und Reimer vor.

Reimer verzichtet, Fritzsche desgleichen.

O. Kapell bemerkt, daß nach dem Antrage der Kommission kein Unterschied in den Vorsitzenden gemacht wäre, sondern dieselben abwechselnd fungieren sollen.

Burkhardt bemerkt, daß man Delegierte zu Schriftführern wählen möge, welche im protokollieren bessere Übung hätten als er, und man daher einen anderen Delegierten nehmen solle.

Stolle ist für den Vorschlag der Kommission.

Walther meint, wir würden gegen den Parlamentarismus verstoßen, sobald wir zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählten; er beantrage deshalb, durch einen ersten und zweiten Vorsitzenden den Kongreß leiten zu lassen, und schlage als ersten Vorsitzenden Geib, als zweiten Hasenclever vor.

Groß ist nicht der Ansicht Walthers; wenn die Wahl der Parteibehörde vorläge, wäre es etwas anderes, so aber können wir ganz gut zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählen, welche sich gegenseitig zu verständigen haben.

Dulk meint, man möge doch über die kleinen Vorfragen durch einen Akt der Großherzigkeit wegzukommen suchen; von einer Rivalisierung und Majorisierung darf durchaus nicht die Rede sein. Möge man den Antrag der Kommission annehmen und dem aus der Minorität gewählten Vorsitzenden die Leitung des ersten Tages überlassen, für fernere Tage mögen dann die Vorsitzenden abwechseln.

Tölcke stellt den Antrag, daß die zu wählenden Vorsitzenden sich dahin in die Leitung des Kongresses zu teilen haben, daß für jede Sitzung ein anderer Vorsitzender fungiere.

Klein tritt nochmals für den Antrag der Kommission ein.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag der Kommission wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende verliest eine Depesche aus Glauchau.

Hartmann beantragt, daß die Depeschen vor jeder Sitzung zu verlesen seien, um Störungen zu vermeiden. Dem wird zugestimmt.

Sodann wird als Führer der Rednerliste Reinders gewählt.

Da eine Anzahl von Delegierten der Meinung ist, daß vorerst betreffs der Vorsitzenden nur über das System, nicht aber über die Personen abgestimmt worden sei, so wird noch einmal, und zwar über die Personen abgestimmt, und der Vorschlag der Kommission, Hasenclever und Geib zu nehmen, mit großer Majorität angenommen.

Die beiden Vorsitzenden übernehmen das Büro.

Geib stattet Bock den Dank der Versammlung ab für dessen gute Führung der Verhandlungen, und stimmt die Versammlung dem beifällig zu. Radner betont, daß er für seine Person entschlossen sei, die Geschäftsordnung mit aller Strenge zu handhaben. Es sind beiderseits noch viele Vorurteile vorhanden, und es ist daher Aufgabe des Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß diese nicht zu unliebsamen Debatten Veranlassung geben. Es sind zwar viele Delegierte hergekommen, wenn auch nicht mit gebundenen Mandaten, so aber doch mit bestimmten Wünschen der Parteigenossen. Diese Wünsche übertönt jedoch als Grundton unserer Verhandlungen das Verlangen nach Vereinigung und Versöhnung. Die Sozialdemokraten aller Länder blicken auf uns, und wir wollen zeigen, daß wir der uns gestellten Aufgabe gewachsen sind. Wir wollen gemeinsam Schulter an Schulter den Kampf für die Arbeitersache führen und in diesem Sinne in die Verhandlungen treten!

Es folgt nun die Wahl der Schriftführer.

Reimer schlägt an seiner Stelle Klute vor.

Geib meint, daß Reimer sich gut eigne, und wohl jeder die Bürde übernehmen müsse, welche der Kongreß ihm auferlegt.

Die Vorschläge der Kommission werden angenommen mit der Abänderung, daß an Stelle Burkhardts Scheer tritt, weil ersterer eventuell für

die Korrespondenz-Kommission in Aussicht genommen ist. Gewählt sind: Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger, Schou, Bronnemeier, Kegel und Mielke.

Geib: Zu Korrespondenzen für die Parteiblätter ist -- notwendig, eine Kommission zu wählen, damit die Berichte nach Seiten hin Rechnung tragend abgefaßt werden. Die Blätter, an ... außer den Parteiblättern Berichte gesandt werden sollen, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“, möge der Kongreß oder auf dessen Beschluß das Büro in Übereinstimmung mit der Korrespondenz-Kommission bezeichnen.

Prinz ist gegen die Sendung von Berichten an die „Frankfurter Zeitung“, da dieselbe ein Bourgeoisblatt sei, welches gegen uns gewirkt habe.

Hasenclever betont, es handle sich darum, objektive Berichte in anständige gegnerische Blätter zu bringen, und so schlage er neben der „Frankfurter Zeitung“ beispielsweise die „Vossische Zeitung“ vor.

Kokosky bemerkt, daß er zwar niemals Korrespondenzen an gegnerische Blätter gesandt habe; er halte es aber doch für praktisch, wenn das Publikum wahrheitsgetreue Berichte liest, und nicht bloß durch die Parteiberichte unterrichtet wird.

Groß ist der Meinung, daß, wenn wir an fremde Blätter Berichte schicken, wir auch keine Blätter ausschließen könnten.

Bebel erklärt, daß die „Frankfurter Zeitung“ der Sozialdemokratie gar nicht feindlich entgegengetreten sei, wie Prinz behaupte; aber abgesehen davon handle es sich darum, in die Blätter wahrheitsgetreue Berichte zu bringen. Wir haben uns ja immer beschwert, daß gegnerische Blätter wahrheitswidrige Berichte gebracht haben. Wenn sich also Blätter erboten, Berichte unentgeltlich, vielleicht sogar gegen Bezahlung, aufzunehmen, so können wir das wohl akzeptieren. Wir wissen wohl, daß hier „offizielle“ Berichterstatter sind, aber keine andern. Auch werden die Leute in Gotha auf unsere Unterredungen lauschen und diese entstellt weiter kolportieren. Begegne man diesem durch die vorgeschlagenen Korrespondenzen.

Engelhardt meint, es sei praktisch, daß diejenigen Blätter bestimmt würden, an welche die Berichte nicht gehen sollten.

Es wird von Reichelt ein Antrag eingereicht auf Zulassung des Berichterstatters des „Gothaer Tageblattes“.

Geib erklärt, daß an dieses Blatt gleichfalls die Berichte gesandt würden.

Prinz betont, daß die „Frankfurter Zeitung“ auch die Verhandlungen des vorjährigen Kongresses der Eisenacher nicht getreu berichtet habe; indessen nehme er seine Äußerung über dieselbe zurück.

Es wird Schluß der Debatte beschlossen.

Der Antrag von Geib, daß das Präsidium und die Korrespondenz-Kommission die Blätter bestimmen, an welche Berichte gesandt werden sollen, wird hierauf angenommen.

Es folgt Bestimmung der Personen. Geib proponiert die Wahl von sechs Berichterstattern.

O. Kapell beantragt Beschränkung der Zahl von sechs auf vier.

Kokosky meint, wenn man praktisch handeln wolle, so möge man bei sechs bleiben.

Reichelt macht auf seinen Antrag betreffs Zulassung des Gothaer Berichterstatters aufmerksam. Der Vorsitzende Geib erwidert ohne Einrede, daß mit der vorigen Abstimmung dies ablehnend entschieden sei.

Von Wiemer geht ein Antrag ein, daß den Blättern, welche nicht wahrheitsgetreue Berichte bringen, die Korrespondenzen entzogen werden.

Kokosky meint, daß die Blätter wegen des Preßgesetzes nicht überall nach ihrem Wunsche berichten könnten, und deutet die Möglichkeit an, daß z. B. der „Braunschweiger Volksfreund“ aus diesem Grunde die eine oder andere Bemerkung in der Korrespondenz streichen müsse.

Wiemer betont, daß sein Antrag dahin ginge, nur dann zu handeln, wenn die betreffenden Blätter entstellen und Unwahrheiten bringen.

Brückmann faßt den Antrag so auf, daß im Falle tendenziöser Entstellung der Berichte den bezüglichen Blättern keine mehr zugestellt werden sollen. Es soll den Sozialdemokraten Deutschlands die Wahrheit voll und ganz gesagt werden, auch vom „Braunschweiger Volksfreund“, und können nur Wendungen gemacht werden, die notwendig sind wegen der Gesetze.

Kokosky bemerkt persönlich, daß er nicht gemeint habe, er müsse die Berichte für letzteres Blatt entstellen, sondern er könne möglicherweise nicht alles bringen wegen des Preßgesetzes.

Der Antrag Wiemer wird nunmehr angenommen.

Gleichfalls der Antrag auf sechs Personen.

Nach einigen Bemerkungen von Grillenberger, Fritzsche und Kokosky werden gleichfalls die von der Kommission vorgeschlagenen sechs Personen angenommen, als: Vahlteich, Fritzsche, Hasselmann, O. Kapell, Kokosky und Grillenberger.

Franz beantragt, protokollarisch festzustellen, daß der Delegierte Paditz aus Meerane wegen Nichtaufnahme Liebichs den Kongreß verlassen habe. Dem wird zugestimmt.

Bebel beantragt, dem Büro das Recht zu geben, nach seinem Ermessen Personen, welche keine Parteigenossen sind, aber den Verhandlungen beizuwohnen wünschen, zuzulassen.

Auch dies wird angenommen.

Die Sitzung wird auf eine Stunde vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung abends 9.15 Uhr. — Schriftführer Bronnemeier und Rödiger.

Der Vorsitzende Geib verliest Telegramme aus Glauchau, Offenbach, Pest, Hanau, Berlin, Hamburg, Guben, Hildesheim, Bornheim, Karlsruhe, Bockenheim, Gratz, Glauchau, Landshut, Berlin, Forchheim, München und Hannover.

Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen: als krank und entschuldigt Fink und Motteler; abgereist Paditz (ohne irgendwelche Angabe), Böttcher und Kronenberg.

Der Vorsitzende verliest die in vorhergegangener Sitzung angenommene Geschäftsordnung und stellt die Frage über den Abstimmungsmodus zur Diskussion.

Hasenclever befürwortet den Antrag von Groß, nach Kopfbzahl abzustimmen.

Hasselmann ersucht diesen Kongreß nicht nach Kopfbzahl abzustimmen, weil viele Orte der Meinung waren, daß sie durch ihre Delegierten nach Stimmzahl vertreten werden. Es würden große Mitgliedschaften wie Hamburg nicht nur drei, sondern vielleicht zehn oder zwanzig Delegierte gesendet haben, wenn man vorher gesagt hätte, daß nach Köpfen gestimmt würde. Damit die Verhandlungen des Kongresses nicht in die Länge gezogen werden können, möge man einen Paragraphen in die Geschäftsordnung aufnehmen, nach welchem ein Antrag nur dann zur namentlichen Abstimmung gelangen kann, wenn 15 oder 20 Delegierte dies beantragen oder die Abstimmung durch Händeaufheben zweifelhaft war. Dies entspricht einem alten Brauch bei den Lassalleanern, und ist dadurch die mehr Zeit erfordernde namentliche Abstimmung immer nur sehr selten zur Anwendung gekommen.

Es kommt ein Protest der Sozialisten in Wandsbek zur Verlesung, welcher lautet: „Die Sozialisten Wandsbeks erheben Protest gegen den Beschluß des Kongresses, wonach in allen Prinzipienfragen nach der Zahl der Mandatgeber abgestimmt werden soll. Sie erblicken darin eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung, und weil eine derartige Beeinträchtigung die Möglichkeit eines Terrorismus in sich trägt, hat der Delegierte von Wandsbek die Verpflichtung, ferner nur beratend teilzunehmen, und stellen wir den Antrag, die sofortige Abänderung der Mandat-abstimmung vorzunehmen.“

Groß (Delegierter von Wandsbek) motiviert diesen Protest dahin, daß seine Mandatgeber die Abstimmung nach der Zahl der zu vertretenden Stimmen für vollständig undemokratisch halten, und lasse sich dies nicht für diesen Kongreß abändern, so möge man es wenigstens für die Zukunft tun.

Hartmann: Meine Stellung in dieser Frage habe ich bereits präzisiert, auf diesem Kongreß sollte nicht nach Köpfen abgestimmt werden, da es Terrorismus der Majorität durch die Minorität wäre. Er wäre in Hannover für Kreiseinteilung eingetreten, doch da es einmal so sei, müßten wir uns fügen, und ersuche er, heute von dieser Angelegenheit abzusehen. Die Hamburger hätten nur der Geldkosten wegen bloß drei Delegierte gewählt, wäre es bekannt gewesen, daß nach Köpfen gestimmt werden sollte, hätten sie mehr Delegierte gesendet.

Fritzsche ist gegen jede Änderung der einmal angenommenen Geschäftsordnung, sonst würde er keine Mandate übertragen haben.

Luchtenberg: Wenn bei früheren Generalversammlungen nach Köpfen gestimmt wurde, so folgte dem die Urabstimmung. Für diesen Kongreß möge man nicht nach Köpfen stimmen, und bei allen späteren Kongressen für wichtige Bestimmungen Urabstimmung durch die Mitglieder vornehmen lassen.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag aus Wandsbek auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag Hasselmanns: „Namentliche Abstimmungen auf Grund der vertretenen Genossen finden statt: 1. wenn mindestens 15 Delegierte

solche Urabstimmung beantragen; 2. wenn eine Abstimmung über prinzipielle und organisatorische Fragen zweifelhaft beblieben ist“, wird angenommen.

Drogand verlangt, daß ein vorliegender Antrag aus Breslau von Reinders verlesen werde.

Der Vorsitzende berichtet, daß dieser Antrag jetzt sowieso zur Debatte gestellt werden würde, und kommt derselbe zur Verlesung. Er lautet: „Die Parteigenossen beider sozialdemokratischen Richtungen zu Breslau stellen den Antrag, den Vereinigungskongreß zwei Tage zu vertagen, damit beide Fraktionen, jede für sich zunächst, ihre inneren Angelegenheiten regeln können. K. P. Reinders. C. Just.“

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird dieser Antrag genügend unterstützt.

Reinders: Wir sind hergekommen, um festen Grund für den neu zu errichtenden Bau zu schaffen. Dazu ist aber erforderlich, daß erst die Separat-Kongresse der beiden Richtungen stattfinden. Allen ist wohl bekannt, daß vielfach die Meinung verbreitet ist, es hätten beiderseits Unregelmäßigkeiten stattgefunden, die vorher jede Richtung unter sich zu ordnen hat, damit jeder Delegierte sich klar ist, wann es an die Wahl der Beamten geht. Er könne niemand seine Stimme geben, von dem er nicht ganz genau wisse, daß er seine Schuldigkeit getan. Deshalb möge man den Kongreß vertagen und dem Antrage Breslaus zustimmen.

Auer betont, daß sich die Separat-Kongresse ebensogut nach dem Vereinigungs-Kongreß abhalten ließen. Die Eisenacher brauchten dazu höchstens einen Tag, da über ihre Kassenverhältnisse vierteljährlich abgerechnet worden ist, also vor dem Kongreß eine genügende Kontrolle stattfindet. In unseren Abrechnungen stimmt alles, wie alle Angehörigen meiner Richtung bezeugen werden. Von uns hat niemand verlangt, daß unser Partalkongreß vorher abgehalten werde. Auf der Konferenz in Gotha wurde von Geib und mir Pfingsten als der geeignetste Zeitpunkt für Abhaltung des Kongresses bezeichnet. Hasselmann und Hasenclever erklärten dies für untunlich mit Hinweis darauf, daß erst der Kongreß der Lassalleaner stattfinden müsse. Später wurde diese Angelegenheit noch einmal zwischen Hasselmann, Hasenclever, Geib und Liebknecht in Leipzig besprochen und diese Abänderung getroffen. Hintergedanken hat niemand gehabt. Bei uns gilt die Parole: Wir sind arm, aber ehrlich; wir können den Kongreß nicht unnütz in die Länge ziehen und sind wir deshalb gegen den Breslauer Antrag.

Hasenclever bemerkt Auer gegenüber, daß der wichtigste Grund dafür, den Kongreß nicht während der Feiertage abzuhalten, der sei, daß Handwerker, die in der Partei viel vertreten sind, nicht Zeit hätten, an demselben teilzunehmen. Es haben zwar Unterredungen stattgefunden über die Abhaltung der Separat-Versammlungen, doch habe er sich später entschlossen, das Gutachten mehrerer bekannten Parteigenossen, unter andern das Fritzsches, und des Vorstandes einzuholen, die sich auch dafür erklärt, die Generalversammlung vorher abzuhalten, und glaubt er also im Interesse aller gehandelt zu haben.

A. Kapell spricht für den Breslauer Antrag und tritt den Reinderschen Ausführungen bei. Nach der Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ist viel auf Personen herumgeritten worden; würde

der Antrag abgelehnt, so käme die Sache voraussichtlich auf dem Kongreß zur Sprache. Auch halte er die Generalversammlung nach dem Kongreß für unstatthaft, da viele Delegierte nach Vollzug der Einigung sagen würden, die Generalversammlung sei überflüssig. Unsere Organisation wird geleitet und getragen durch Personen, und diese muß man vorher kennen, sonst kann man sie nicht wählen.

Winner: Wie er gehört habe, sei vieles vorgekommen, worüber Unklarheit herrscht. Seine Mandatgeber hätten ihn beauftragt, dahin zu wirken, daß der Vereinigungskongreß damit nicht behelligt werde. Darum empfehle er den Breslauer Antrag.

Harm: Man möge die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten auf dem Kongreß erörtern und keine Geheimniskrämerci treiben, und stimme er deshalb gegen den Antrag.

Frick ersucht den Vorsitzenden, alle derartigen Behauptungen ohne genügende Beweismittel als Verleumdungen zurückzuweisen.

Der Vorsitzende gibt eine dahingehende befriedigende Erklärung ab.

Hartmann erklärt sich durch die von Hasenclever angeführten Gründe für die Einberufung des Kongresses vor der Generalversammlung nicht befriedigt. Derselbe hat beim Vorstände angefragt, ob die Generalversammlung nach dem allgemeinen Kongreß stattfinden solle, da auch die Eisenacher ohne Angabe von Gründen ihren Kongreß nach dem gemeinsamen verlegt hätten. Vor sechs Wochen noch stand in unseren Parteiblättern, daß die Generalversammlung vorher tagen solle. Die nachherige Änderung des einmal Festgesetzten mußte Mißtrauen hervorrufen. Auch wegen der Angelegenheit des Briefes von C. Hirsch in Paris ist die Verschiebung der Generalversammlung ungerechtfertigt. Die scharfen Äußerungen von C. Hirsch finden nicht unsere Billigung. Auch nach Hamburg ist dieser Brief gekommen, und wenn diese Angelegenheiten nicht vorher erst geregelt werden, so gebe er seine Stimme keinem derjenigen, die jetzt in der Verwaltung sind.

Derossi: Hasenclever hat keine Schuld an der etwas scharfen Fassung des Zirkulars an den Vorstand. Redner habe nichts gewußt von der Abmachung in Gotha und setzte also voraus, da Hasenclever nichts darüber schrieb, daß derselbe auch nichts davon wüßte. Es mußte also die Änderung einen unangenehmen Eindruck auf mich machen und so auf die Fassung der Form des Zirkulars einwirken. Was den Brief von C. Hirsch betrifft, so habe er denselben nur infolge der auf einer bei seiner Anwesenheit in Hamburg zufällig stattfindenden Zusammenkunft über das Zirkular gemachten mißfälligen Äußerungen den Vorstandsmitgliedern zur Durchsicht gegeben. Propaganda für irgend etwas ist mit dem Brief nicht gemacht worden. Der Vorstand hatte bei Auftauchen desselben schon über das Zirkular abgestimmt.

Ullrich befürwortet, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Groß spricht für denselben.

Wytzka ersucht, den Antrag abzulehnen, da man es auf jemand gemünzt haben könne. Man mußte denselben so zeitig bekanntmachen, daß alle davon wußten.

Liebknecht stellt den Antrag, da der Brief von Hirsch an seine Person gerichtet war, denselben zu verlesen.

A. Kapell ist dagegen, weil der Inhalt desselben unwesentlich sei.

Frick ebenfalls, da Liebknecht durch diesen Brief gar nicht berührt werde.

Der Vorsitzende verliest folgenden von Bebel, Auer und Vahlteich gestellten Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, die Lassalleaner aufzufordern, am morgenden Tage eine Stunde vor Eröffnung des Kongresses eine Kommission zu wählen, welche die Kassenverhältnisse der betreffenden Fraktion zu prüfen hat; alsdann auf dem Kongreß das Programm und die Organisation zu Ende zu beraten und die Wahlen für die neue Parteileitung so lange auszusetzen, bis die Generalversammlung der Lassalleaner und der Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefunden haben, wobei vorausgesetzt wird, daß die Verhandlungen der Fraktionen nicht länger als einen Tag in Anspruch nehmen.“

Ferner wird folgender Antrag verlesen: „Wir beantragen, daß der Kongreß eine aus beiden Fraktionen zusammengesetzte Revisionskommission ernenne, um die Finanzverhältnisse und die Verwaltung beider Richtungen zu prüfen und dann über die Tätigkeit der beiderseitigen Beamten Bericht zu erstatten. Rackow, Derossi, Baethke, Fritzsche, Walther, Hurlmann, Meister, Glebe, Wichtendahl.“

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß vor allem Liebknechts Antrag auf Verlesung des Briefes zur Erledigung kommen müsse.

Vater hebt hervor, daß der Brief durchaus keine Beeinflussung ausgeübt habe, da er erst nach bereits geschehener Abstimmung des Vorstandes über die Verlegung der Generalversammlung aufgetaucht sei, die Verlesung sei daher überflüssig.

Engelhardt ist für Verlesung.

A. Kapell ersucht, diesen Antrag abzulehnen und den Breslauer Antrag anzunehmen.

Vahlteich will wissen, was der Brief enthält.

Liebknecht: Er würde die Sache nicht zur Sprache gebracht haben, aber es scheint, als sei vermittelt des Briefes für gewisse Zwecke Propaganda gemacht worden, durch Verlesung des Briefes aber würde dessen Harmlosigkeit dargetan werden. Es kämen in dem Briefe allerdings einige harte Ausdrücke vor, so z. B. gegen Hasenclever; es sei dies aber lediglich eine Privatansicht des Briefschreibers. In bezug auf ihn (Liebknecht) selbst sei noch des Planes einer temporären Übersiedlung nach Paris Erwähnung getan. Ferner sei das in dem Briefe besprochene Zeitungsprojekt kein Geheimnis gewesen, sondern schon früher von ihm mit Hasenclever besprochen und auch an Drogand in Hamburg seiner Zeit mitgeteilt worden. Dies Projekt bezog sich auf ein neuzugründendes Zentralorgan, welches neben den beiden jetzigen Hauptorganen erscheinen sollte.

Slauck ist für die Verlesung.

Es wird abgestimmt und die Verlesung beschlossen.

Derossi verliest zunächst das Begleitschreiben des Parteigenossen in Coswig, an welchen der Finder des fraglichen Briefes denselben übersendet und bemerkt hierzu, daß er Liebknecht Mitteilung hiervon gemacht, wie auch ihm die Adresse Moldenhauers angegeben habe.

Liebknecht: Der Brief, welcher auf noch unerklärte Weise abhanden gekommen, noch ehe er ihm in die Hände gelangt, sei ihm von

Derossi noch in dem ursprünglichen Kuvert übersendet worden. Der Finder habe also wissen müssen, für wen der Brief bestimmt gewesen und habe sich somit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, indem er den Brief nicht an die richtige Adresse gesandt.

Es erfolgt die Verlesung einer Abschrift des Briefes durch Derossi.

Hasenclever weist die in dem Briefe enthaltenen Bemerkungen über seine Person zurück. Gegenüber der Äußerung Hirschs, Redner werde eventuell die Szenen des Eisenacher Kongresses von 1869 wiederholen, konstatiere er, daß er 1869 gar nicht in Eisenach gewesen sei, auch dem damaligen Konflikt ferne gestanden habe. Im übrigen ist mit dem Briefe unsererseits nicht darauf eingewirkt worden, das Einigungswerk zu stören.

A. Kapell verlangt Auskunft über den Verbleib des Originals dieses Briefes.

Geib: Der Brief sei in ein Zeitungspaket gelegt worden, welches er von Leipzig erhalten. Dasselbe sei zerrissen und ohne den Brief in seine Hände gekommen, es sei also anzunehmen, daß der Brief herausgefallen sei.

Liebknecht verliest ein späteres, in bezug auf den fraglichen Brief an ihn gerichtetes Schreiben von C. Hirsch, worin der Inhalt des ersten Briefes kurz wiedergegeben und erklärt wird, daß Hirsch sich gern eines Besseren belehren lassen würde, falls er sich geirrt habe.

Es wird beschlossen, die Sache hiermit als erledigt zu betrachten.

A. Kapell wünscht, der Expedient des „Volksstaat“ möge erklären, ob sich die Sache mit der Übersendung des Briefes an Geib so, wie sie vorgebracht worden, verhalte.

Liebknecht erklärt nochmals was er über die Schicksale des abhandengekommenen Briefes weiß und vermutet, und bestätigt die Aussage Geibs.

Derossi (persönlich): Es sei bemerkt worden, daß es nicht anständig von ihm gewesen, benannten Brief nicht sofort an seine Adresse zurückgesendet zu haben. Er müsse dazu bemerken, daß man in Parteiangelegenheiten nicht stets den gewöhnlichen Anstand bewahren könne, unter Umständen sei es sogar Pflicht, das persönliche Gefühl nicht in Betracht zu ziehen; so auch in diesem Falle, da der Brief schon von anderen Parteigenossen, sogar von einem Vorstandsmitgliede, gelesen worden. Wäre der Brief geschlossen in seine Hände gelangt, würde er ihn auch geschlossen Liebknecht übermitteln haben.

Der Vorsitzende Geib stellt die Unterstützungsfrage für den Antrag Bebel, Auer, Vahlteich. Dieselbe wird bejaht.

Ebenso erhält der Antrag von Rackow und Genossen die genügende Unterstützung.

Es gelangt alsdann folgender Protest von Harms und Kuhl zur Verlesung:

„Wir erheben hiermit Protest gegen jedwede Vertagung des Kongresses, da wir mit der Generalversammlung der Lassalleaner ebenso wenig noch zu schaffen haben, wie mit der Eisenacher Partei, indem wir

nur zum Vereinigungskongreß gewählt worden sind, und uns nicht tagelang durch die schmutzige Wäsche der einzelnen aufhalten lassen können.

Reinders verlangt, daß der Antrag aus Breslau zur Erledigung komme.

Hurlemann ist nicht dafür, daß die Generalversammlung vor dem Kongreß erledigt werde, jedes Jahr seien einzelne Beamte verdächtigt und doch wiedergewählt worden und hätten noch dazu ein Vertrauensvotum erhalten. Er glaube, daß man die Generalversammlung deshalb vorher wünsche, um gewisse Personen wieder in ihr Amt zu bringen. Er ersuche, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Stolle befürwortet, den Kongreß nicht zu vertagen, man brauche ja unreine Elemente nicht in die neue Parteileitung hineinzuwählen.

Heerhold: Es sind in letzter Zeit Verdächtigungen von Berlin nach Hamburg-Altona und Ottensen kolportiert worden und sei er deshalb dafür, daß die Generalversammlung vor dem Kongreß stattfinde.

Hasselmann spricht gegen den Antrag, ist aber für die Revisionskommission, und verliest das letzte Vorstandszirkular, durch welches der Beschluß über Verlegung der Generalversammlung nach dem Kongreß herbeigeführt wurde. Entscheidend für die Vorstandsmitglieder war wohl folgender Passus: „Die Eisenacher haben ihren Kongreß nach dem gemeinsamen Kongreß, und zwar ohne Angabe von Gründen, verschoben.“ Derossi befinde sich im Widerspruch mit seinen Äußerungen, welche er vielen Hamburger Parteigenossen gegenüber getan hat.

Klein gegen Hasselmann. Der Kongreß sei souverän und nicht gebunden an die vorherigen Abmachungen einzelner. Die schmutzige Wäsche werde wohl nicht so schwarz sein, daß sie nicht rein zu waschen wäre. Man müsse sich nur klar sein, wer das Vertrauen verdiene und wer nicht.

Hasenclever spricht gegen den Antrag, eine gemischte Kommission einzusetzen, da man auf jener Seite unsere inneren Angelegenheiten und umgekehrt jene von unserer Seite nicht so genau kenne.

A. Kapell bemerkt, daß die Parteikassen schon gegenseitig durch Kommissionen geprüft worden seien.

Derossi erklärt persönlich gegen Hasselmann, daß er ja schon dargelegt habe, mit dem Briefe Hasenclevers im Irrtum gewesen zu sein, indem er gemeint, derselbe habe ebenfalls nichts von der Verlegung des Kongresses der Eisenacher gewußt. Erst nach der Rückkehr nach Bremen habe er (Redner) bei nochmaliger Durchsicht des Briefes gefunden, daß dies in demselben nicht angegeben und es also auf einer Voraussetzung seinerseits beruhe. Im übrigen habe er lediglich den in Hamburg anwesenden Vorstandsmitgliedern das Schreiben vorgelegt.

Hasenclever erklärt sich mit dem Breslauer Antrag einverstanden. Die Anordnung betreffs der Generalversammlung sei nur auf Drängen vieler Vorstandsmitglieder erfolgt.

Der Antrag Bebel, Auer, Vahlteich wird angenommen.

Es wird bestimmt, daß die getrennt zu führenden Verhandlungen vormittags 8 Uhr und die des allgemeinen Kongresses um 10 Uhr zu beginnen haben.

Schluß der Sitzung 12¼ Uhr nachts.

Dritte Sitzung am 24. Mai 1875

Vorsitzender: Hasenclever; Schriftführer Scheu und Kuhl.

Der Vorsitzende erteilt Fritzsche vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zur Begründung eines Antrages.

Fritzsche: Es seien in der Debatte von gestern Worte gefallen, welche man nicht ruhig hinnehmen könne. Einige Redner hätten Ausdrücke gebraucht, aus denen man schließen könne, daß in den Kassenverhältnissen der Lassalleaner manches zu beanstanden sei. Besonders Auer habe durch seinen Ausspruch: „Wir sind arm, aber ehrlich“ indirekt die Beamten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins verdächtigt. Die Kassenverhältnisse dieses Vereins seien jedoch in Ordnung, und beantrage er deshalb zur Feststellung der Wahrheit im Namen der Kommission: die Herren von der Eisenacher Partei, welche die Kasse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geprüft haben, mögen erklären, in welchem Zustande sie die Kassenverhältnisse gefunden haben. — Es handle sich natürlich nicht darum, ob die Gelder in richtiger Weise angewendet wurden —, das sei eine innere Angelegenheit, welche nur Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins betreffe —, sondern ob Bücher, Rechnungen u. dgl. stimmten.

Geib: Die Revisoren von seiten der Eisenacher hatten keinen Anlaß, die Kassenverwaltung der Lassalleaner zu beanstanden. Sie sahen die Papiere des Vereins und urteilten lediglich nach den ihnen vorgelegten Büchern, ohne dieselben zu prüfen, da dies letztere eine innere Vereinsangelegenheit sei. Einen Grund zum Mißtrauen hatten wir nicht.

Lingner möchte wissen, wie es mit der Kassenverwaltung auf seiten der Eisenacher Partei stünde.

Rackow antwortet, daß bei der ersten Revision, welche die Kommission der Lassalleaner in Leipzig vorgenommen, noch nicht alle Bücher der Expedition des „Volksstaat“ etc. abgeschlossen gewesen seien, obgleich das Verwaltungsjahr mit dem 31. März ende, und sagt weiter, daß auch bei der zweiten Prüfung noch ein Teil der Bilanz unfertig war, allein dies seien lediglich formelle Unfertigkeiten gewesen. Selbstverständlich berührten sie nicht angenehm. Doch entschuldige er die Beamten der Expedition des „Volksstaat“ etc. vollständig, da sie zu sehr mit Arbeiten überbürdet gewesen seien, was teils der Mangel einer weiteren Arbeitskraft, teils die Leipziger Nachwahl zum Reichstage verschuldete.

Geib bemerkt, daß nun die Leipziger Abrechnungen dem Kongreß vorliegen. Übrigens sei, was er besonders betone, die Parteikasse der Eisenacher bis zum 15. Mai abgeschlossen. Er wüßte zu wissen, ob die Revisoren in bezug auf diese Kasse zufriedengestellt worden seien.

Klein verlangt von Geib eine Antwort, und zwar eine positive, zumal die gestrigen Äußerungen ziemlich schroff gewesen seien. Wenn die Lassalleaner das Verhältnis umkehren wollten, dann wären sie vielleicht berechtigt zu sagen, auf der anderen Seite sei mehr schmutzige Wäsche als bei ihnen.

A. Kapell gibt Aufschluß über die Revision in Hamburg. Es sei alles in bester Ordnung gefunden worden. Es passiere jedem, von Zeit zu Zeit

„Blech“ zu schwätzen —, auch ihm selbst —, und Auer habe gestern abend wohl ebenfalls „Blech“ geschwätzt.

Geib meint, er habe die Frage Kleins eigentlich schon beantwortet. Die vorgenommene Revision war eine beschränkte. Man habe sich bei derselben die Zahlen der Gesamtsummen aufgeschrieben, die Gehälter und sonst interessante Posten notiert. Übrigens rate er Klein, weniger herausfordernd zu sein, da alles Weitere in die Generalversammlung der Lassalleaner gehöre.

Schweckendiek beantragt Schluß der Debatte, nachdem man Auer gehört haben werde. Der Antrag wird angenommen.

Auer erklärt, er bereue nicht, die in Frage stehende Äußerung gemacht zu haben, da er dieselbe unter den gegebenen Verhältnissen für gerechtfertigt halte. Die Lassalleaner hätten einander selbst und zuerst mit solchen Äußerungen traktiert und dabei immer von „beiden Seiten“ gesprochen. Er habe verlangt, daß man Namen nenne, jedoch ohne Antwort zu erhalten. Es sei von „Stellenjägern“ gesprochen worden. In der Eisenacher Partei seien keine Stellenjäger, und bezüglich der Kassenverhältnisse herrsche Ehrlichkeit. Ja, er wiederhole nochmals: „Wir sind arm, aber ehrlich!“

Reinders (zur tatsächlichen Berichtigung) macht darauf aufmerksam, daß die Verwaltung in den beiden Parteien verschieden sei. In der Eisenacher Partei prüfe eine Kommission, bei den Lassalleanern die Generalversammlung das Kassenwesen.

Harm sagt, seine gestern gemachte Äußerung sei von Auer mißverstanden worden.

Hurlemann beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

Schweckendiek bemerkt (zur tatsächlichen Berichtigung), daß Auer nicht geantwortet habe, worauf der Antrag Hurlemanns nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte verworfen wird.

Slauck stellt abermals den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte. Die „Volksstaat“-Beamten müssen erst noch gehört werden. Sie seien hier in unliebsamer Weise genannt worden und müßten sich verteidigen dürfen.

Schweckendiek fordert die Versammlung auf, doch endlich zur großen Sache überzugehen, welche die Delegierten zusammengebracht habe, und alle kleinlichen Angelegenheiten fallen zu lassen!

Der Antrag Slaucks wird verworfen, worauf

Fritzsche im Namen der Mandatprüfungskommission das Wort ergreift. Das Mandat Liebichs sei — wie man sich erinnern werde, — hauptsächlich wegen der Verbindung Liebichs mit der Bräuerschen Fraktion in Hamburg ungültig erklärt worden. Es liege nun ein von der genannten Fraktion auf den Namen Josef Löffler ausgestelltes Mandat vor, das von der Mandatprüfungskommission verworfen worden sei. Er ersuche den Kongreß, den Beschluß der Kommission zu bestätigen und das Mandat Löfflers für ungültig zu erklären.

A. Kapell fordert den Kongreß auf, ohne weitere Debatte dem Verlangen Fritzsches nachzukommen.

Schweckendiek erklärt sich entschieden gegen eine leichtfertige Behandlung der Angelegenheit. Dieselbe sei sehr wichtig, und man könne deshalb nicht so geschwind über dieselbe hinwegkommen. Ja, wenn die Debatte eine Stunde dauerte, würde er gerne das Opfer bringen, die Sache eingehend zu behandeln.

Der Antrag A. Kapells wird hierauf angenommen und das Mandat des Herrn Löffler mittelst Abstimmung ungültig erklärt. Nach der Abstimmung hält es

Fritzsche für notwendig, zu erklären, daß der Kongreß den ausgesprochenen Zweck hat, die zwei großen Fraktionen der Sozialdemokraten in Deutschland zu einigen, und daß dieser Zweck bereits bei allen Vorverhandlungen als der alleinige hingestellt wurde.

Der Vorsitzende verliest hierauf Telegramme aus Mannheim, Gelenau, Nippes, Frankfurt a. M., Elberfeld.

Hierauf eröffnet der Vorsitzende Hasenclever die

Beratung des Programms der deutschen Arbeiter-Partei

Als im vorigen Herbst die Einigungsfrage durch Tölcke angeregt wurde, seien viele Bedenken über die Möglichkeit einer Vereinigung laut geworden. Zur Zeit, da er (Hasenclever) im Gefängnisse zu Zeit gesessen habe, sei ihm gesagt worden, daß die Mehrheit der Lassalleaner die feste Absicht habe, die Vereinigung zu vollziehen. Er habe darauf geantwortet, daß er für dieselbe wirken werde, sobald er sich von dem Willen der Majorität der Lassalleaner überzeugt haben würde. Er habe darauf mit Liebknecht und anderen die Sache im Gefängnis besprochen, wobei man sich dahin einigte, mit dem weiteren Vorgehen bis zu seiner Entlassung aus dem Gefängnis zu warten. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis fanden Privatbesprechungen sozialdemokratischer Reichstagsmitglieder in Berlin statt, in denen beschlossen wurde, eine Vorkonferenz mit gleicher Zahl von Delegierten auf beiden Seiten abzuhalten. Diese Vorkonferenz hat stattgefunden. Die Delegierten brachten zu derselben von beiden Seiten Organisations- und Programmvorschlüge mit, welche jedoch noch sehr im Sinne der zwei Fraktionen zugespitzt gewesen seien. Allein es war den Delegierten Ernst mit der Vereinigung, und deshalb sei ein Kompromiß-Programm zustande gekommen, in dem jede der vertretenen Parteien ihr Programm so viel als tunlich modifizierte. Ein solches Vorgehen sei auch in der nächsten Zeit absolut notwendig. Man habe gesagt, man müsse auf beiden Seiten mit der Vergangenheit brechen, dies sei jedoch nicht ganz möglich. Eben deshalb sei das Programm ein Kompromiß-Programm und leide an formellen Mängeln, welche die Verfasser selbst lebhaft fühlen. Man sei im Interesse der Einigung gezwungen gewesen, den Anschauungen und Grundsätzen beider Richtungen Rechnung zu tragen, und auch der Kongreß müsse in diesem Sinne handeln, wenn Ersprießliches geschaffen werden soll. Man einige sich vorläufig über ein Programm und eine Organisation, welche beiden Seiten gerecht wird, lasse zwei Jahre darüber verstreichen und gebe dann dem Werke

ein einheitliches Gepräge. — Man sei gegen Tölcke hier und da mißtrauisch gewesen, allein man müsse doch in jedem Falle zugeben, daß er den Anstoß zur Vereinigung gegeben habe.

Hierauf ersucht der Vorsitzende den Referenten Liebknecht, das Wort zu nehmen.

Hartmann bittet um Aufschluß, wer die Referenten ernannt habe.

Der Vorsitzende erklärt, daß vier Personen von der Vorkonferenz mit der Ausführung der gefaßten Beschlüsse betraut und von diesen die Referenten bestimmt worden seien.

Geib bestätigt dies, und befürwortet diese Einrichtung.

Es wird beschlossen, zunächst über die Vereinigung selbst zu sprechen; es erhält zuerst das Wort

Harm: Lassen wir die Vergangenheit ruhen und rechnen wir mit der Gegenwart und Sicherstellung der Zukunft durch vernünftige Einrichtungen in der jetzt zu schaffenden neuen Partei. Suchen wir das Spiel, das bisher mit der Arbeiterbewegung getrieben wurde, zunichte zu machen, indem wir uns einigen und wachsam sind. Die Form, unter welcher die Vereinigung stattfindet, ist gleichgültig, weil uns in der Regel die Formen ja doch von den Behörden zerrissen werden.

Reimer (zur Geschäftsordnung) bittet, an Löffler das Mandat zurückzugeben und denselben zu ersuchen, das Lokal zu verlassen, weil sich derselbe Aufzeichnungen mache, was nicht geduldet werden dürfe.

Fritzsche bemerkt, daß das Mandat bereits an Löffler zurückgegeben worden sei.

Reinders betont, daß bei Liebisch die Sache anders gewesen; gegen die Bräuersche Clique dürfe man nicht so milde sein.

Löffler erklärt, es tue ihm leid, daß er, der seit sechs Jahren Lassalleaner sei, von dem Kongreß so behandelt werde.

Baumann bittet, nicht so schroff gegen diese Leute zu sein; möge man doch jeden Sozialisten hier zulassen.

Bleß meint, man dürfe nicht dulden, daß Löffler auf dem Kongreß bleibe, da die Herren Bräuer und Genossen noch in allerletzter Zeit ein Zirkular herumgeschickt, nach welchem ein neuer Allgemeiner deutscher Arbeiterverein gegründet werden solle.

Es wird hierauf beschlossen, daß Löffler persönlich anwesend bleiben könne.

Hartmann wünscht konstatiert zu haben, ob ein solches Zirkular wirklich herausgegeben worden.

Ulrich erklärt, daß dies Zirkular vorhanden und an die Freunde Bräuers versandt worden sei.

Löffler meint, er sei verpflichtet gewesen, sich Notizen zu machen, weil er seinen Wählern Bericht erstatten solle. Er wisse von dem angeblichen Zirkular nicht das geringste, und daß sie es ehrlich meinten, beweise doch wohl, daß sie die Kosten nicht gescheut, ihn zu delegieren. Aber er könne nur dableiben, wenn sein Mandat anerkannt werde; denn er wolle nicht die Pfennige der Arbeiter verzehren, ohne etwas dafür zu tun.

Meister richtet an Löffler die Frage, ob die Beschimpfungen, welche der „Hamburger Sozialdemokrat“ gebracht, nur auf Rechnung der Redaktion kämen oder ob Löffler sich damit einverstanden erkläre. In letzterem Falle gehöre er eher an den Galgen als in den Kongreß.

Der Vorsitzende rügt den letzten von Meister gebrauchten Ausdruck.

Hartmann betont, daß es mit der Würde des Kongresses nicht vereinbar sei, Löffler hier zu lassen, wenn das Zirkular veröffentlicht worden sei.

Es wird konstatiert, daß Löffler das Lokal verlassen.

Nach einem kurzen von Drogand veranlaßten Zwischenfall betreffs der Führung der Rednerliste seitens Reinders wird in der Generaldiskussion fortgefahren.

Geib: Es sei bei den Verhandlungen in der Vorkonferenz im Kleinen gerade so zugegangen, wie hier im Großen. Aber seine Überzeugung sei, daß die Vereinigung notwendig stattfinden müsse; das lebhafteste Verlangen darnach erfülle die ganze sozialistische Arbeitermasse. Man möge jetzt gegenseitig Rücksichten nehmen, weil sonst voraussichtlich vor und auf dem nächsten Kongreß viele Unannehmlichkeiten bereitet würden. Und bei den Schwierigkeiten, welche die Partei nach außen habe, müsse dieselbe im Innern einig sein. Staatsgewalt, Reaktion und Bourgeoisie suchten uns auf alle Weise zu bekämpfen; deshalb müßten die Gedanken bei den Delegierten sich klären, um diese klaren Erkenntnisse in das Volk zu schleudern; dann werden wir auch bei denselben Erfolg haben. Die letzten Reichstagswahlen haben schon bei unseren Gegnern Staunen und Bewunderung erweckt, und bei den nächsten Wahlen werden wir noch viel Erstaunlicheres leisten, wenn wir nur einig sind. Auch sei ja von unten herauf immer mehr der Wunsch laut geworden, daß eine dauernde Vereinigung zustande komme. Bereits sei an vielen Orten die Vereinigung schon tatsächlich vollzogen, und wenn wir von hier aus dieselbe nun noch mächtig fördern, so wird in vier Wochen unsere einzige Partei ihre Wurzel geschlagen haben, und die Verfolgungen werden die Parteigenossen nur noch fester zusammenbinden. Zum Schlusse empfehle er nach der Diskussion folgenden von ihm in Verbindung mit noch einigen anderen Delegierten gestellten Antrag anzunehmen:

„Die Unterzeichneten beantragen: Der Kongreß erkläre, mit der Vereinigung der zum Kongreß eingeladenen sozialdemokratischen Fraktionen prinzipiell einverstanden zu sein, und schreite daher unverzüglich zur Beratung des Programm- und Organisationsentwurfes.

Geib, Kokosky, Vahlteich, Fritzsche, Hasselmann, Hasenclever.“

Heerhold betont, daß auch er von seinen Mandatgebern hierhergeschickt sei, um für die Vereinigung zu wirken. Die Führer der Partei müßten aber mit gutem Beispiele vorangehen, was gestern nicht der Fall gewesen sei.

Winner befürwortet ebenfalls die Vereinigung, und sei dasselbe auch von dem Westdeutschen Arbeitertage geschehen. Es müsse vor allen Dingen die Presse ins Auge gefaßt werden, und auch besonders in Westfalen und dem Rheinlande mehr für Agitation und Organisation geschehen, denn da seien viele Mängel. Es seien da gerade die Personen nicht berücksichtigt worden, welche am fähigsten zur Agitation gewesen.

Klees beantragt Schluß der Debatte, da ja doch jeder für Einigung sei.

Frick ist gegen Schluß, weil er nicht zu den Leuten gehöre, die so mir nichts dir nichts in die Vereinigung springen. Man müsse vorher über alles klar sein.

Bäthke empfiehlt den Schluß, da schon 40 Redner eingezeichnet seien und doch alle nur Einigung wollten.

Die Rednerliste wird verlesen. Slauck beschwert sich, daß er trotz Meldung nicht in derselben stehe, worauf er zur Hilfe für Reinders mit zum Führen der Rednerliste gewählt wird.

Der Antrag Klees wird abgelehnt.

Schweckendiek: Wenn wir uns Sozialdemokraten nennen, und unter Demokratie Volksherrschaft verstehen, dann muß es uns auch klar sein, daß wir uns auf die Volksmasse stützen müssen; und dazu gehört die Einigkeit aller Sozialisten. 1848 ist das Volk einer andern Partei nachgelaufen, und die damaligen Führer haben es stets über den Löffel barbiert. Sorge man nur dafür, daß alles gehörig zentralisiert werde, und wir uns nicht im Föderalismus zersplittern. Auch die Presse muß zentralisiert werden, und dürfen die kleinen Blätter nicht bestehen bleiben, welche ja doch nur Auszüge aus den Hauptblättern bringen. Wir müssen ein großes Hauptorgan haben, welches erst zu beweisen hat, daß es lebensfähig ist, und nur, wenn dasselbe 40 000 Abonnenten hat, dürfen andere Blätter gegründet werden. Es ist dann auch nicht möglich, daß man sich in den kleinen Blättern so herumergelt. Wenn wir es so einrichten, werden wir auch recht bald unser Ziel erreichen.

Es wird Schluß der Rednerliste bestimmt.

Brückmann bittet die Agitatoren unter den Delegierten, hier nicht agitatorisch aufzutreten.

Franz beantragt, nur noch Redner gegen die Vereinigung sprechen zu lassen, und motiviert dies unter Hinweis auf die bis jetzt stattgehabten übereinstimmenden Reden.

Da niemand sich gegen die Vereinigung meldet, wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag von Geib und Genossen wird hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Depeschen aus Köthen, Mühlhausen und Brandenburg a. H.

Die Sitzung wird hierauf, 12 Uhr, bis 2 Uhr vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung nachmittags 2¼ Uhr. — Eröffnung durch Hasenclever.

Reinders verliest die Präsenzliste. Es fehlen Dotzauer, Kettel. Einige ebenfalls als abwesend Verzeichnete melden sich später als eingetroffen. — Ein Telegramm aus München und ein Brief aus Koblenz werden verlesen.

Das Protokoll der Nachmittagsitzung vom 23. wird von Derossi verlesen und nach Erledigung einiger Monita genehmigt.

Liebknecht ergreift das Wort als Referent in der Programmfrage. In der Einleitung seiner Rede erklärt er, das zur Genehmigung vorliegende Programm sei kein ideales, sondern ein praktisches, ein Kompromißpro-

gramm. Es müsse den in der Partei vorhandenen zwei verschiedenen Strömungen Rechnung tragen. Man habe eingewendet, das Programm sei nicht ausführlich; ein Programm müsse aber kurz sein und mit möglichst wenig Worten die Grundzüge der Parteibestrebungen präzisieren. Durch eine Broschüre werde man später die einzelnen Punkte des Programms eingehend erläutern; auch werde die Parteipresse das Ihrige in dieser Beziehung tun.

Der Redner geht nun auf die einzelnen Punkte des Programms über und beantragt im Einverständnis mit der Kommission den ersten prinzipiellen Teil des Programms folgendermaßen zu fassen:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen naturgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“

Die vorgeschlagene Fassung, führt Referent aus, weiche vielfach von dem ursprünglichen Entwurf ab, die Änderungen seien aber ausnahmslos notwendige. Absatz 1 sei in der ersten Fassung nicht klar genug gewesen, namentlich habe sie die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch Gesellschaftsdrohnen am Ertrag der Arbeit teilzunehmen berechtigt seien. Darum habe man die allgemeine Arbeitspflicht betont, die durchaus in ein Arbeiterprogramm gehöre, und welche die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft bilde, während das sogenannte Arbeitsrecht oder Recht auf Arbeit ein durchaus reaktionärer Begriff sei. Die Arbeit ist ein Muß, ohne Arbeit können die Menschen nicht leben, und das Reden von einem Recht zu arbeiten ist ebenso unsinnig, als das von einem Recht zu leben. Des weiteren mußte die Pflicht der Gesellschaft, jedem nach seinen Bedürfnissen die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit zukommen zu lassen, ins Programm kommen, weil sich in dieser Forderung der sittliche, menschliche Charakter des Sozialismus gegenüber der Bourgeoislehre zeigt, die den Krieg aller gegen alle proklamiert, den Schwachen dem Starken opfert. Dem Wort „Bedürfnisse“ die Bezeichnung „vernunftgemäße“ vorzuschicken, sei für gut befunden worden, um absichtlichen und unabsichtlichen Mißverständnissen vorzubeugen.

Gegen den zweiten Punkt sei von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden. Der Widerspruch, den man im dritten Punkt gegenüber dem ersten habe finden wollen, welcher ersterer, wie behauptet worden, gewissermaßen den „blanken Kommunismus“ repräsentiere, werde durch die vorgeschlagenen Modifikationen und Erweiterungen des ersten Punktes aufgehoben. „Gerechte Verteilung“ des Arbeitsprodukts sei eine durchaus sozialistische, oder wenn man wolle: kommunistische Forderung, denn heutzutage bestehe kein Unterschied mehr zwischen Kommunismus und

Sozialismus. Kein deutscher Sozialdemokrat stecke mehr in dem alten kleinbürgerlichen Sozialismus, welcher das Privateigentum an den Arbeitsmitteln anerkannt habe. — —

Von verschiedenen Seiten wurde es übel gedeutet, daß in dem Entwurf gesagt ist, der Arbeiterklasse gegenüber seien alle andern Klassen nur eine einzige reaktionäre Masse. Dieser Vorwurf ist jedoch leicht zu ertragen, denn in der Tat gibt es heutzutage doch nur zwei große einander gegenüberstehende Klassen, die der Besitzenden und die der Nichtbesitzenden, alles Dazwischenstehende verschwindet, wie wir tagtäglich beobachten können. Kleinbürger und Kleinbauern gehören in Wirklichkeit zur Arbeiterklasse und haben darum mit den Arbeitern zu gehen. Im übrigen sind alle bisherigen Parteien, namentlich die Mittelklasse, nur so lange revolutionär gewesen, bis sie selbst zur Herrschaft gelangt waren.

Der Passus, welcher vom Verhältnis des nationalen zum internationalen Moment handle, sei im ersten Entwurf sehr mangelhaft ausgedrückt und an einen unrichtigen Ort gestellt worden. Er gehöre in die folgende Abteilung, da er kein allgemeines Prinzip ausspreche, sondern bloß unsere, der deutschen Arbeiter, Stellung zur allgemeinen internationalen, kosmopolitischen Arbeiterbewegung darlege. Der zweite Absatz lautet in der neu vorgeschlagenen Fassung:

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Systems der Lohnarbeit mit dem ehernen Lohngesetz und die Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“

Was den Namen der neuzugründenden Partei angehe, so sei die Bezeichnung deutsche Arbeiterpartei geeignet, den Verdacht zu erwecken, als seien wir in nationalen Vorurteilen befangen. Die Bezeichnung „Arbeiterpartei Deutschlands“ schließe eine derartige Auffassung aus. Es gibt nur eine Arbeiterpartei, deren Mitglieder aber in verschiedenen Ländern wohnen. Wir sind eins mit der Arbeiterpartei aller anderen Kulturstaaten, durch den Zufall der Geburt sind wir die Arbeiterpartei Deutschlands, wie die französischen, die englischen, die amerikanischen Sozialisten die Arbeiterpartei Frankreichs, Englands, Amerikas. Wir sind das deutsche Armeekorps der großen international-kosmopolitischen Arbeiterarmee. Wir wohnen in Deutschland. Hic Rhodus, hic salta. Hier in Deutschland haben wir zunächst den Kampf zu führen, aber wir sind uns, wie es der zweite Teil dieses Absatzes ausdrückt, der Zusammengehörigkeit mit unseren außerhalb Deutschlands wohnenden Brüdern bewußt und entschlossen, unsere internationalen Pflichten zu erfüllen.

Daß wir uns Arbeiterpartei nennen, ist getadelt worden; man hat gesagt, dadurch beschränkten wir die sozialistische Bewegung, die eine allgemein menschliche sei, ein allgemein menschliches Ziel verfolge, auf eine bestimmte Bevölkerungsklasse. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist

Betätigung des Menschentums. Die Arbeit ist das spezifisch Menschliche, ist was den Menschen von dem Tier unterscheidet. Durch Arbeit wird der Mensch erst zum Menschen. Arbeiter heißt also Mensch — als Mensch sich betätigender Mensch, und Arbeiterpartei nennen wir uns nicht bloß, weil wir die Arbeit als einzige wirtschaftliche Basis der Gesellschaft, den Arbeiter als einziges nützliches Mitglied der Gesellschaft anerkennen und darum die allgemeine Arbeitspflicht auf unser Banner geschrieben haben, sondern auch im Hinblick auf den echt menschlichen Charakter der Arbeit, weil die Arbeit alleinige Trägerin der Kultur und des Menschentums ist, so daß Arbeiterpartei heißt: Die Partei der wahren Kulturkämpfer, die Partei der für Kultur und Menschentum ringenden Menschen.

Gegen den Ausdruck „ehernes Lohngesetz“ sind mancherlei Einwendungen erhoben worden, und nicht mit Unrecht. Ein „ehernes Gesetz“ ist dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach unwandelbar, ewig; gäbe es ein ehernes Lohngesetz, so wäre unsere Bewegung von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Das aber, was man unter diesem Ausdruck versteht, fällt mit dem System der kapitalistischen Lohnarbeit, gegen das unser Kampf sich richtet. Ist dieses gefallen, so hat auch das aufgehört zu sein, was man „ehernes Lohngesetz“ nennt. Der Ausdruck ist also ebenso überflüssig wie inkorrekt.

Zu den speziellen Forderungen übergehend, bemerkt Referent, eine streng logische Gruppierung derselben sei sehr schwierig, wo nicht unmöglich, weil man die verschiedenen Entwicklungsstadien, in denen die eine oder andere Forderung zu realisieren sei, nicht fest bestimmen und scharf auseinanderhalten könne.

Der von den Produktivgenossenschaften handelnde Passus wurde nach allen Richtungen hin verklausuliert, um Mißdeutungen vorzubeugen und reaktionäre Experimente der Imperialsozialisten unmöglich zu machen; dadurch, daß vor „Produktivgenossenschaften“ gesetzt wird: „sozialistische“, wird vollends allen falschen Auslegungen vorgebeugt. Die sozialistischen Produktivgenossenschaften dürfen aber nicht als einzelne Experimente, sozusagen als Prämien für „gute bestimmte“ Kategorie von Arbeitern geschaffen werden, sondern sie müssen für Industrie und Ackerbau in solcher Ausdehnung ins Leben gerufen werden, daß daraus die sozialistische Organisation der Gesamtheit entstehen kann.

In bezug auf das Wahlrecht wäre es — da das von uns proklamierte Gleichheitsprinzip die völlige Gleichstellung der Frau heischt — besser, statt „Männer“ zu setzen „Staatsangehörige“. Es wird freilich zur Bekämpfung des Frauenstimmrechts vielfach geltend gemacht, daß die Frauen keine politische Bildung besitzen. Nun, es gibt auch Männer genug, die in derselben Lage sind, und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das „Stimmvieh“, welches bei allen Wahlen figuriert hat, bestand nicht aus Weibern. Ihre Partei, welche die Gleichheit auf ihr Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt.

Bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk sei es besser, den Nachsatz der Vorlage „mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht“ beiseite zu lassen, weil derselbe nur abschwäche.

Die allgemeine Wehrhaftigkeit ist etwas so Selbstverständliches, daß darüber nicht weiter gesprochen zu werden braucht, doch ist

es fraglich, ob es jetzt schon zweckmäßig wäre, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem gesamten Volke statt der Volksvertretung zu übertragen, da, solange keine allgemeine Bildung existiert, eine gewissenlose Regierung mit Hilfe der allgemeinen Volksabstimmung ebensogut einen gewissenlosen Krieg provozieren kann wie heutzutage. Selbstverständlich ist unter Volksvertretung in unserem Entwurf nicht der gegenwärtige Parlamentarismus zu verstehen, denn dieser ist bankerott, und es ist vielleicht das einzig bleibende Verdienst des Fürsten Bismarck, diesen Bankerott des Parlamentarismus beschleunigt zu haben. Übrigens empfiehlt es sich, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß statt Volksvertretung „Volk“ gesetzt wird. So kann in unserem Programm keine Anerkennung des modernen Repräsentativsystems gefunden werden.

Wenn wir Rechtsprechung durch das Volk verlangen, so verstehen wir darunter nicht, wie die Gegner behaupten, um uns lächerlich zu machen, die alte griechische, römische und urdeutsche Sitte, auf öffentlichem Markte von dem gesamten versammelten Volke Recht sprechen zu lassen, sondern wir wollen, daß die Rechtsprechung ebenso wie die Gesetzgebung ein Ausfluß der Volkssouveränität sein soll. Jedenfalls wollen wir nichts von den heutigen Schwurgerichten wissen, die nichts weiter sind als Klassengerichte, wie unsere heutige Gesetzgebung nichts anderes ist als Klassengesetzgebung. Die Justiz soll aufhören, ein Klassenmonopol zu sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft wird die Justiz zur Gerechtigkeit. Die Ausführung dieses speziellen Punktes würde jedoch hier zu weit führen.

Die Einführung der Progressivsteuer statt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern ist natürlich nur für das Übergangsstadium der heutigen Gesellschaft in die zukünftige notwendig, da im sozialdemokratischen Staate Steuern im heutigen Sinne des Wortes nicht erhoben zu werden brauchen. Den Zusatz „das Volk belastenden“ schlagen wir vor, weil der Fall eintreten kann, daß wir zum Schutz der sozialistischen Arbeit Einfuhrzölle brauchen gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben.

Zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft verlangen wir einen den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechenden Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit. Das Verbot der „Nachtarbeit“ wurde von der Kommission fallen gelassen, da dieselbe in gewissen Fällen auch innerhalb der sozialistischen Produktion notwendig sein wird und nur vernünftig eingeteilt zu werden braucht.

Unentgeltlicher Unterricht ist selbstverständlich. Außerdem müssen wir aber ausdrücklich betonen, daß die Religion Privatsache ist, dann ist die Forderung der „Gewissensfreiheit“ überflüssig. Seit der Gesandte Bismarcks in London, Graf Münster, das heutige „kulturkämpfende“ reaktionäre Preußen als den „Staat der Gewissensfreiheit“ hingestellt hat, ist dieser Ausdruck für uns unmöglich geworden.

Es mag in dem Programm manches enthalten sein, was dem einen oder dem andern nicht so ganz gefallen dürfte, doch ist dasselbe der Ausbildung fähig. Der Sozialismus ist nicht bloß eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die gelstige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken, erheischen neue Formen, und

was heute dem einen zu weitgehend ist, mag ihm in einem Jahr gut erscheinen, und was dem andern reaktionär erscheint, nun, das läßt sich entfernen, sobald der reaktionäre Charakter überzeugend nachgewiesen worden. Nehmen wir also das Programm im großen und ganzen an, wie es von der Kommission empfohlen ist.

Zu den sonst vorliegenden Anträgen erklärt der Redner: Es ist beantragt, die Partei zu nennen: „Rechtspartei.“ Der Begriff „Recht“ sei ein nicht zu präzisierender, daher der Antrag schon aus diesem Grunde nicht annehmbar. Der Sozialismus kennt nur ein Recht: das gleiche Recht für alle — das ist: Gerechtigkeit. Und die Gerechtigkeit ist etwas Selbstverständliches. Die Anträge von Vogel aus Berlin charakterisiert der Redner und weist kurz nach, daß sie entweder durch die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen erledigt oder unzulässig sind. Zum Schluß erklärt der Redner, das Programm sei kein steinernes Dogma, kein papierener Papst, sondern werde geändert, wenn man dies für nötig halte. Der Sozialismus sei im eminentesten Sinne die Partei des Fortschritts, sie könne sich kein unabänderliches Programm als Joch auferlegen. Doch ist das Programm die Fahne, auf welcher unsere Hauptforderungen verzeichnet stehen; unter dieser Fahne solle die Partei marschieren, hinweg über Sondergelüste und Sonderinteressen, dann werden wir unser Banner schließlich siegreich aufpflanzen auf den Trümmern der niedergeworfenen Zwingburgen des Kapitals. (Beifall.)

Bebel beantragt zur Geschäftsordnung, die Debatte über das Programm in der Weise zu teilen, daß die Punkte 1 und 2 zuerst zur Besprechung kommen, und erst nach Erledigung derselben auf den zweiten Teil des Programms einzugehen.

A. Kapell und Reinders sprechen gegen den Bebelschen Antrag.

O. Kapell und Vahlteich beantragen: Keine Generaldebatte mehr stattfinden zu lassen und sofort in die Spezialdebatte einzutreten. Dieser Antrag wird angenommen und dadurch der Bebelsche Antrag erledigt.

Hasselmann als Korreferent erhält das Wort, erklärt aber, auf sein Referat zu verzichten, da er mit Liebknechts Rede völlig einverstanden sei.

Klein beantragt, vor Eintritt in die Spezialdebatte 15 Minuten Pause eintreten zu lassen. Wird angenommen.

(Pause.)

Ein Telegramm aus Itzehoe wird verlesen.

Der Vorsitzende Geib verliest die Abänderungsanträge zum ersten Teil des Programms. Geib beantragt zur Geschäftsordnung, über alle Punkte unter I. gemeinsam zu debattieren. Hasenclever erklärt sich dagegen, Bebel und Fritzsche dafür. Der Geibsche Antrag wird angenommen.

Bebel ist im allgemeinen für die Kommissionsvorlage. Nur zu Alinea 4 beantragt Redner: statt „alle anderen Klassen eine reaktionäre Masse sind“, zu setzen: „alle anderen Klassen reaktionär sind.“

Hasselmann: Eine schwerwiegende Frage ist daraus nicht zu machen, doch wünsche er des besseren Verständnisses wegen den Ausdruck der Vorlage beibehalten zu sehen.

Tölsche wünscht die Vorlage der Kommission zu I. unverändert angenommen zu sehen.

Hasenclever erklärt den Begriff „Vernunft“ für einen ebensowenig zu präzisierenden, als den Begriff „Recht“. In einem sozialistischen Staate sei die Menschheit überhaupt so weit vorgeschritten, daß sie nur vernunftgemäße Bedürfnisse habe. Daher das Wort „vernunftgemäß“ vor „Bedürfnisse“ zu streichen.

Klein betont, der 5. Passus gehöre eigentlich zu II.

Der Passus 5 wird von der Beratung vorläufig abgesetzt.

Strecker wünscht, daß der Grundsatz aufgestellt werde, von jedem gleiche Leistungen zu fordern.

Liebknecht: Gleiche Leistungen könne man nicht verlangen, da die Kräfte nicht gleich seien. Man ver falle damit der Manchesterlehre. Das Wort „vernunftgemäß“ empfehle sich, weil es falschen Auslegungen des Passus seitens der Gegner vorbeuge. — Zwischen Sozialismus und Kommunismus bestehe nach moderner Auffassung kein Gegensatz, ja kein Unterschied mehr. Der moderne Sozialismus will Aufhebung des heutigen Lohnsystems und damit Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln. Das ist aber identisch mit Kommunismus.

Vahlteich stellt die Frage, warum Al. 4 empfohlen werde. Wir tun Unrecht, wenn wir uns in unserer Stellung zu anderen Parteien verrennen. Es könnte der Fall sein, daß andere Parteien mit uns Hand in Hand gehen müssen. Dies brauchen wir nicht unbedingt zurückzuweisen, unbeschadet unserer Prinzipien. Beantragt deshalb Streichung von Al. 4.

Hasselmann: Der Arbeiterstand ist das einzige lebensfähige Element in der heutigen Gesellschaft. Er könne allein seine Mission erfüllen. Die übrigen Parteien stehen sämtlich dem Proletariat feindlich gegenüber, und das Kleinbürgertum werde in den zwei großen Parteien naturgemäß aufgehen. Auch praktisch sei der Passus unvorfänglich, denn wenn der Kleinmeister einmal zur Erkenntnis seiner Lage gekommen, werde er sich auch daran nicht stoßen. — Der Redner erklärt sich gegen den Antrag Hasenclevers auf Streichung des Wortes „vernunftgemäß“.

Der beantragte Schluß der Debatte wird abgelehnt, der Schluß der Rednerliste angenommen. Dr. Dulk fragt an, wie das Wort „nutzbringend“ zu verstehen sei. Liebknecht antwortet, unter „allgemein nutzbringend“ sei zu verstehen: „für die Gesellschaft nutzbringend“, bzw. gesellschaftlich nützliche Arbeit, zum Unterschied von Kraftäußerungen, die auf Befriedigung eines rein individuellen Bedürfnisses gerichtet sind.

Dr. Dulk: Wenn wir nicht auf dem ganz schroffen Standpunkt der Gewalt stehen, wäre er (Redner) dafür, daß der ganze Passus 4 gestrichen werde. Wenn man dies ablehne, solle man wenigstens die „Masse“ streichen. Das Wort „vernunftgemäß“ sei beizubehalten, man verstehe darunter ein gewisses Gleichmaß.

Wendler spricht gegen die Beibehaltung der Bezeichnung: „vernunftgemäße Bedürfnisse“.

Dotzauer schlägt vor, zu setzen: „menschenwürdige Bedürfnisse“.

Hartmann erklärt sich aus praktischen und agitatorischen Gründen für Beibehaltung der Worte: „vernunftgemäße Bedürfnisse“. Indessen gegen Vahlteichs Antrag. An der Bezeichnung „Arbeiter“ stoße sich niemand, im Gegenteil, man trete uns seitens der Gegner oft mit den Worten

gegenüber: Auch ich bin Arbeiter. Unter Arbeiter müsse man jeden verstehen, der sich der Gesellschaft nützlich mache. Daher sei er für Ablehnung des Vahlteichs Antrags.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Fritzsche beantragt namentliche Abstimmung über I. Al. 4 — Hartmann erklärt sich dagegen.

Der Fritzsche'sche Antrag wird genügend unterstützt. Zuerst kommen die Amendements zur Abstimmung durch Akklamation. Hierbei erklärt der Vorsitzende, daß die in der Vorlage enthaltenen Leipziger Anträge sämtlich zurückgezogen seien, da sie meistens seitens der Referenten in ihre Änderungsvorschläge aufgenommen wurden. Die Anträge der Referenten erhalten die Bezeichnung „Kommissionsanträge“.

Der Antrag Silvanus' wird abgelehnt.

Der Antrag Vogels ebenfalls.

Dasselbe geschieht mit dem Antrag Wintersbergs.

Der Antrag Hasenclevers, das Wort „vernunftgemäß“ zu streichen, und der Antrag Kayzers auf Streichung des ganzen Satzes werden ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag der Referenten wird angenommen.

Vogels Antrag zu I. Al. 2 wird abgelehnt, und finden hierauf die Anträge der Kommission allseitige Zustimmung.

Silvanus' und Vogels Anträge zu I. Al. 3 werden abgelehnt, die Vorschläge der Referenten aber angenommen.

Bebels Amendement zu I. Al. 4 wird mit 58 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Vahlteichs Antrag zu Al. I. Abs. 4 abgelehnt. Dafür stimmen 12 Delegierte, welche 2191 Stimmen vertreten, dagegen stimmen 111 Delegierte mit 23022 Stimmen.

Die Vorlage der Referenten ist somit angenommen.

Die Anträge zu II. werden verlesen.

Scheu beantragt noch die Worte: „mit allen gesetzlichen Mitteln“ zu streichen.

Klein spricht gegen die Bezeichnung „Arbeiterpartei“, weil dieselbe auch von nichtsozialistischen Vereinigungen getragen werden könne. — Ferner dürfe man die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz“ nicht streichen. Das eherne Lohngesetz existiere und lasse sich von niemand abstreiten.

Klute beantragt zur Geschäftsordnung, heute nur bis spätestens 8 Uhr zu tagen, da eine Kommission der Lassalleaner noch zu arbeiten habe. Hasselmann erklärt sich für Schluß der Verhandlungen nach Beendigung der Beratung über II. Klute modifiziert seinen Antrag dahin. Derselbe wird angenommen.

Anträge von Vogel, Silvanus (gedr. Vorlage) und Scheu zu II. finden nicht die nötige Unterstützung und werden von der Beratung abgesetzt.

Hasselmann ist für Schluß der Debatte, da kein Gegenantrag den Vorschlägen der Kommission gegenübersteht.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird bestimmt, daß zwei Redner noch für und zwei gegen den Antrag sprechen sollen.

Drogand; Das eherne Lohngesetz sei die Grundlage der Lassalle'schen Lehre, man könne es nicht weglegen, sonst müsse man sämtliche Lassalleschen Schriften vernichten.

Kuhl erklärt das eherne Lohngesetz als die Grundwurzel der sozialistischen Lehre.

Fritzsche; Liebknecht habe das eherne Lohngesetz nicht geleugnet, sondern konstatiert, in der heutigen Gesellschaft sei es „ehern“, in der zukünftigen sei es abgeschafft.

Bebel; Wir erkennen das eherne Lohngesetz im heutigen Staate an. Die Worte bezüglich des ehernen Lohngesetzes können, weil sie etwas sagen, das ganz selbstverständlich ist, wegfallen, um aber Mißverständnisse zu vermeiden, beantrage er die Streichung nicht.

Liebknecht; Er habe sich nur gegen das Wort „ehern“ erklärt, welches einen Begriff der Festigkeit und Unabänderlichkeit in sich schließe, der auf das Lohngesetz nicht anzuwenden, und daß das „eherne Lohngesetz“ nur eine Folge der Lohnarbeit sei, die Folge aber mit der Ursache selbstverständlich verschwinden müsse; es sei folglich unlogisch, neben der Abschaffung der Lohnarbeit das Lohngesetz ausdrücklich zu erwähnen.

Hasselmann ist für Beibehaltung des Ausdrucks. Kein Mensch glaube, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ein solches Gesetz besteht, heute aber wirkt es wie ein Naturgesetz. Sollte es im jetzigen Wortlaut nicht ganz am Platze sein, so ist es doch ein gutes Sturmwort gegenüber unseren Gegnern. Wenn dieselben z. B. anführen, es ließen sich die Verhältnisse ändern ohne sozialistische Staatsänderung, so könne man ihnen dieses Wort entgegenschleudern.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen, und werden zum Schluß zwei Telegramme aus Frankfurt a. M. und Jägerndorf verlesen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Vierte Sitzung am 25. Mai 1875

Eröffnung durch Hasenclever. — Es wird zunächst die Präsenzliste verlesen. Nicht anwesend sind Auer, Bock, Bebel, Endres, Grillenberger, Kokosky, Kettel, Löwenstein, Kaiser, Löffelbein, Tölcke, Wöner, welche aber während der Verlesung und kurz nach derselben eintrafen. — Sodann teilt der Vorsitzende mit, daß ein Brief von Emil Roland aus Dingelstedt eingegangen, und verliest ein Telegramm aus Innsbruck. — Es erfolgt nun die Verlesung des Protokolls der Abendsitzung vom 23., dasselbe wird nach Berichtigung seitens einiger Delegierten genehmigt. — Dann kommt zur Verlesung das Protokoll vom 24. vormittags; auch dieses wird in derselben Weise genehmigt.

Reimer stellt den Antrag, die unwesentlichen Geschäftsordnungsdebatten nicht aufzunehmen.

Kokosky beantragt, eine Redaktions-Kommission zu wählen.

Hasenclever befürwortet das letztere, und wird beschlossen, daß dieselbe am Schluß des Kongresses gewählt wird.